

Panitalianismus

Von Carl Gustaf Ströhm

Der italienische Außenminister Andreotti, der bis vor kurzem vielerorts als zeitgenössischer Machiavelli im Westentaschenformat betrachtet wurde, hat sich innerhalb weniger Tage heillos in dem von ihm wiedererweckten Begriff des „Pangermanismus“ verheddert.

Kaum hatte er Bonn (und indirekt im Grunde ja auch Ost-Berlin) wegen ihrer Politik der gegenseitigen Annäherung als „pangermanistisch“ qualifiziert, die ewige Teilung Deutschlands propagiert und damit den Zorn der Bonner Bundesregierung hervorgerufen, da begab sich der linke Politiker aus Rom bereits auf dem Rückzug. Er habe, so schwor er, überhaupt nicht die Bundesrepublik gemeint, als er vor „großdeutschen Umtrieben“ warnte. Vielmehr habe er sich „einzig und allein“ auf die neuesten Vorfälle in Innsbruck bezogen.

In der Tiroler Landeshauptstadt hatten – übrigens in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten und vieler Wiener Regierungsmitglieder – Zehntausende von Tirolern aus dem österreichischen Norden und dem seit 1918 zu Italien gehörenden Süden des Landes ihres Freiheitshelden Andreas Hofer gedacht. Dabei waren auch Forderungen nach der Wiedervereinigung Tirols und dem Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler laut geworden.

„Pangermanismus“ alpin also. Was tieferst eine europäische Gefahr anklagen sollte, endet in einer Groteske, die kein Goldoni sich ausgedacht hätte. Und wird damit erst wirklich ernst. Denn die Österreicher, von keinen pangermanischen Schuldcomplexen belastet, nehmen Andreotti voll zur Brust.

Doch damit nicht genug: Der Diplomat im Fettnäpfchen hat es fertiggebracht, erst eigentlich den Schleier des Vergessens von der Tatsache wegzureißen, daß Südtirol mit seiner bis heute weitaus überwiegenden deutsch-tiroler Bevölkerung unter Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Österreich getrennt und an Italien angegliedert wurde. Es geht hier also offensichtlich nicht um großdeutsche, sondern um großitalienische Umtriebe. Deren eifrigster Verfechter war übrigens ein gewisser Mussolini. Wie schon ein früherer Römer sagte: o si tacuisses...

Kommet zu Hauff

Von Heinz Horrmann

Volker Hauff, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, will ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen. Das ist freilich nichts Neues; Hauff macht das in regelmäßigen Abständen seit 1978. Neu ist jeweils nur die Begründung.

Als Forschungsminister nannte er die Notwendigkeit, Energie zu sparen, als zwingenden Grund für ein Ende der freien Fahrt. Zwei Jahre später begründete er seine Forderung mit den hohen Unfallzahlen.

Der renommierte Verkehrswissenschaftler Professor Max Danner widerlegte ihn mit Tatsachen: Nur acht Prozent der tödlichen Unfälle kommen auf Autobahnen zustande; hiervon wiederum neunzig Prozent in Baustellen und nicht bei hohem Tempo. Durch die Erfolgsnachricht von elf Prozent Rückgang der Unfalltoden und die Aussicht auf eine weitere Reduzierung, da sich jetzt mehr als achtzig Prozent der Autofahrer anschnallen, wurde Hauff erneut ins Abseits gerückt.

Aber wo es nicht so sehr um Sach- als um Glaubensfragen geht, gibt einer nicht so leicht auf. Diesmal will Hauff den deutschen Wald mit drastischer Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit retten. Die Abgabe der Personenwagen nämlich seien es, die den Wald entscheidend schädigen.

Aber auch da muß ihm die Wissenschaft widersprechen. Zwar wäre nach Professor Danners Berechnung bei einem Durchschnittstempo aller Fahrzeuge von achtzig Stundenkilometern auf Auto- oder sonstigen Bahnen der Schadstoffausstoß tatsächlich günstiger. Nur müsse man die Verzögerungs- und Beschleunigungsvorgänge, die bei einem Absenken des Geschwindigkeitsschnitts zwangsläufig sind, ebenfalls in die Rechnung einbeziehen. Dadurch ergebe sich ein ungleich höherer Schadstoffausstoß als selbst bei höchstem Tempo. Von drohenden Staus einmal ganz abgesehen, die ja nicht nur von größeren Unfallgefahren, sondern auch von Qualmschwaden der laufenden Motore begleitet sind.

Apropos Qualmschwaden: Was wird Hauff als nächstes einfallen, um mehr Reglementierung zu rechtfertigen? Vielleicht das Absinken der Geburtenrate – weil der Autolärm die Störche vertreibt?

Der vergessene Staat

Von Günter Friedländer

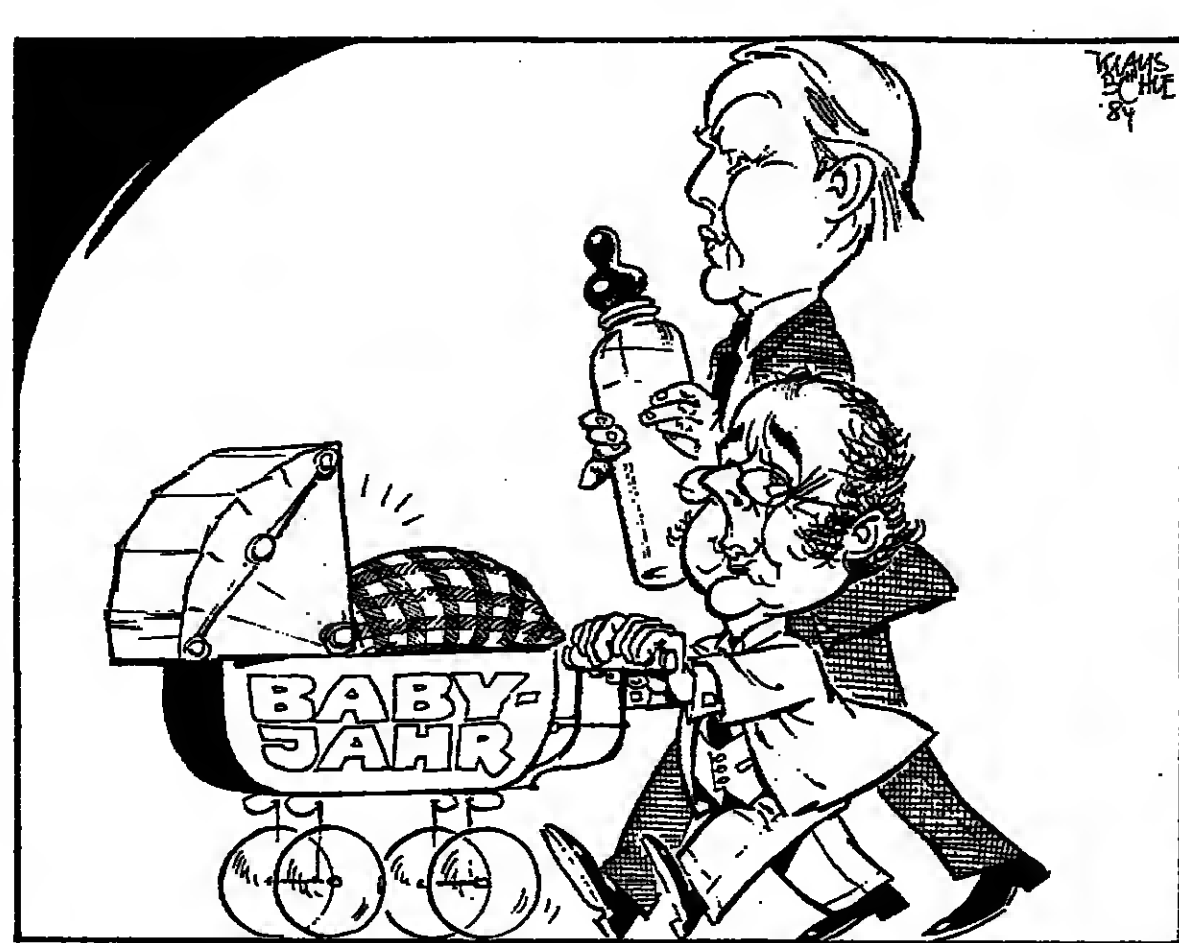
Wenn von Mittelamerika die Rede ist, denkt kaum jemand an Belize, dessen Unabhängigkeitstag sich am 21. September zum dritten Mal jährt. Der Ministaat ist etwas größer als Hessen, zählt aber nur 154 000 Einwohner. Belize ist zwar Mitglied der UNO, aber Guatemala erkennt seine Existenz nicht an und erhebt Anspruch auf Belizes Territorium, über dessen Geschick es mit England verhandeln möchte, das im Ernstfall Belize gegen eine Invasion verteidigen müßte.

Belize ist kein typisch mittelamerikanisches Land. Seine offizielle Sprache blieb Englisch, seine Bevölkerung bilden sieben verschiedene ethnische Gruppen. Mit seinen Nachbarn teilt es jedoch wirtschaftliche Probleme. Es sucht beim Internationalen Währungsfonds Hilfe, der mit 3,75 Millionen Dollar auszuweichen verspricht, wenn Belize durch gewisse Steuererhöhungen einen gleichen Betrag aufbringt. Seine schwierige Lage ergibt sich nicht zuletzt aus den niedrigen Weltmarktpreisen seiner drei hauptsächlich Exportgüter: Zucker, Zitrusfrüchte und Bananen.

Die dreißig Prozent überschreitende Arbeitslosigkeit trägt zu politischen Konflikten bei, die zur Polarisierung der beiden Parteien führen: der regierenden „Vereinigten Volkspartei“ des Premierministers George Cadle Price (65) und der oppositionellen „Vereinigten Demokratischen Partei“.

Price wollte eigentlich Priester werden. Er geriet zufällig in die Politik. Schon zwanzig Jahre vor der Unabhängigkeit regierte der zurückhaltende Mann mit der sprichwörtlichen philosophischen Ruhe die Kronkolonie. Die Opposition hält die Zeit für einen Wechsel gekommen. Sie wirft ihm links-extremistische Pläne vor und fordert Neuwahlen, die erst 1986 fällig wären, sagt aber gleichzeitig, daß sie Price nicht traut, korrekte Wahlen abhalten zu wollen oder zu können.

Es besteht die Gefahr, daß internationale Abenteurer Belize als Sprungbrett für die Verschärfung des mittelamerikanischen Bürgerkrieges benutzen könnten, der im Augenblick mit Wahlvorbereitungen in Nicaragua und der ausgefallenen Herbstoffensive der salvadorianischen Rebellen auf einen toten Punkt zuzusteuern scheint.



Damit's ein Prachtkind wird!

KLAUS BÖHLE

Die SPD und die Saboteure

Von Manfred Schell

Vor wenigen Tagen erst fragte Bundeskanzler Kohl im Bundestag die SPD-Führung nach der von ihr beschworenen Gemeinsamkeit in Kernbereichen der Deutschlandpolitik. Die Antwort des SPD-Vorsitzenden Brandt verlor sich im Nebulösen. Jetzt stellt sich die Frage nach dem demokratischen Konsens wieder – diesmal auf dem Feld der Sicherheits- und Rechtspolitik.

Es gibt zwei Erklärungen der SPD zu den Herbstmanövern der Bundeswehr und der Verbündeten, die wieder einmal zeigen: die NATO hat eine Strategie, die NATO-Gegner haben eine Doppelstrategie. „Eine Armee, die nicht übt, ist das Geld nicht wert, das der Steuerzahler für sie ausgibt“, erklärte Brandt vor dem hessischen Landtag. Gleichzeitig aber forderte der SPD-Vorstand in Bonn die Parteimitglieder auf, „in und mit“ der Friedensbewegung gegen die Manöver zu demonstrieren.

Das Spiel der SPD ist umso kühner, als ihre grünen und friedensbewegten Bundesgenossen die Aufrufe, der Protest müsse „gewaltfrei“ bleiben, in den Wind schlagen und immer in den Wind geschlagen haben. Niemand also kann sagen, man habe die Gefahren nicht vorausgesehen, niemand speziell in der SPD kann die volle Mitverantwortung leugnen für das, was sich abspielt und noch anbahnt, von Behinderungen über Sabotage bis hin zu offenen Gewalt. Die SPD wird niemanden davon überzeugen, daß sich diese Aktionen nicht gegen unsere Soldaten richten – am allerwenigsten die Soldaten selber, die ja am besten wissen, daß diese Manöver kein Selbstzweck, sondern ein Teil ihrer Aufgabe sind.

Der Vorgang in Frankfurt, wo vierzehn Mitglieder der Grünen, darunter Stadtverordnete, Sprengkammern in den Pfeilern der Friedensbrücke über den Main zugemauert haben, läßt erkennen, was in der Szene für diesen Herbst geplant wird. Die SPD, die einen Vertreter in den „Koordinierungsausschuss“ der grünen Bewegungen entsandt hat, weiß, was da im einzelnen vorgesehen ist: Der Funkverkehr und die Kontrolle des Flugverkehrs durch Radar sollen gestört werden. Die möglichen Konsequenzen, die Gefahr für das Leben von Piloten – und Zivilisten! – kann sich jeder Laie ausrechnen;

hier ganz besonders darf die SPD den Soldaten erläutern, daß sich Sabotage, die den Verlust von Menschenleben in Kauf nimmt, nicht gegen die Menschen richtet. Aber auch Blockaden von Treibstofflagern, die Vernichtung von Wegweisern, die Organisation von „Menschenketten“, und was sonst so zum „Aktionsplan“ gehört: was hat das mit „Meinungsfreiheit“ zu tun? Was die meinen, ist hinlänglich bekannt: die Freiheit, die sie meinen, auch. Wo sie über das Vorzeichen dieser Absichten hinausgehen, beginnt der Zwang.

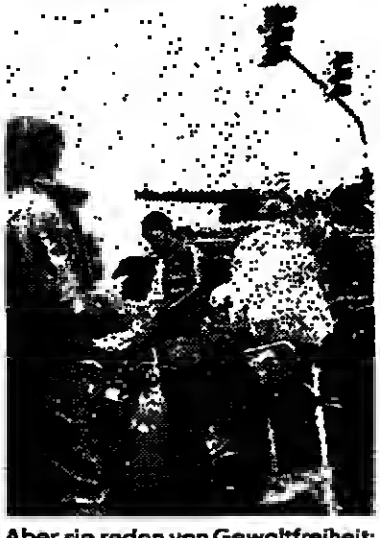
Für den Fall, daß es zu „Konfrontationen“ kommen sollte – Unfälle werden in bekannter Art zu „Provokationen der Soldaten“ umgedeutet – ist die Regie ebenfalls schon klar. Ein „Ermittlungsausschuss“, welcher eine Annäherung, soll „staatliche Übergriffe“ feststellen und bei etwaigen Festnahmen juristischen Beistand leisten. Man kann sich denken, was für Politiker sich dann finden werden, die das „Verursacherprinzip“ leugnen und die Verhältnismäßigkeit der Mittel in einer Weise geltend machen werden, daß sich am Ende nicht nur jedes Manöver, sondern jedes rechtsstaatliche Handeln überhaupt als unverhältnismäßig herausstellt. Was hier geplant und, wie in Frankfurt, schon praktiziert wird, ist Rechtsbruch, ist Sabotage. Wer so handelt – und wer das unterstützt –, muß wissen, daß da vorweggenommen wird, was die Saboteure des Ostens im Falle eines so-

wjetischen Angriffs zu tun haben. Politiker wie Brandt und Grotz müßten spätestens durch den Brief gewarnt worden sein, den ältere Anhänger der Bewegung, Bastian und Böll, zählten dazu, dem Koordinierungsausschuss geschrieben haben. Stattdessen „begrüßt“ es Grotz, wenn Sozialdemokraten „vernünftige Aktionen“ der Bewegung nicht nur durch ihre körperliche Präsenz, sondern auch „finanziell“ unterstützen. Grotz hat uns nicht verraten, was (und wieviel finanzielle Unterstützung) er als „vernünftig“ ansieht. Man wird beides jeweils nachher erfahren, und man wird staunen.

Das Ziel der SPD ist klar. Brandt, der sich als „Integrationsfigur“ sieht, will einsammeln. Er sieht am Horizont ein mehrheitsfähiges grün-rotes Bündnis. Damit verknüpft er die Hoffnung, daß das grüne Potential eines Tages in der SPD zerfließen wird. Andere Gesichtspunkte werden diesem Ziel untergeordnet.

Gewiß, die Frage, wie lange es die Grünen noch geben wird, ist legitim. Sie gelten als Umweltpartei, wozu, wo, die „Umwelt“-partei – kein Mensch scheint zu merken, daß sie zum Schutz der Umwelt außer Protesten und Verweigerungen nichts beitragen, daß die Umwelt ihnen nur als Vorwand dient, ihre antikapitalistische Ideologie aufzuhängen. Die westliche Verteidigung unterminieren und die Zerschlagung der Industrie zu fördern, ist das Ziel der Macher dieses merkwürdigen Unternehmens, dem es dennoch gelingt, erstaunlich viele (meist junge) Leute vor allem aus den wohlhabenden Vororten anzulocken, die sozusagen ihre Wohlstandskomplexe abregieren, indem sie „grün“ wählen: so tut man doch was für die Umwelt und die Humanität.

So offenkundig das Spielchen ist, so fröhlich kann es gespielt werden – solange die Regierungsparteien nicht für Aufklärung sorgen. Des Kaisers neue Kleider werden hierzulande so lange getragen, bis jemand es wagt, sie offen als Tarnanzug zu nennen. Das ist dann geistige Führung; versäumt man sie, dann geht die Führung eben in eine andere Richtung.



Aber sie reden von Gewaltfreiheit: Grüne im Manöver. FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Graf Raczyński

Präsident der freien Polen

Von Joachim G. Görlich

In Londons Nobelviertel, am Eaton Place, residiert ein Mann, der für die meisten Polen im Westen, aber auch für viele im Mutterland, als Verkörperung eines freien und demokratischen Polens gilt: der polnische Exilpräsident Dr. Edward Graf Raczyński, der trotz seines biblischen Alters von 92 Jahren täglich seine Amtsgeschäfte versieht und Kontakte zu alten und neuen Emigranten und Freunden Polens im Westen pflegt. Er genießt das Vertrauen des einflussreichen „Kongresses der US-Polen“, der meisten in Polen verbotenen demokratischen Parteien, die ebenso an der Thematik ihrer Westbüros haben, sowie des Westbüros der „Solidarnosc“ in Brüssel.



Frögte vergeblich nach Katyn: Raczyński. FOTO: S&D

Als preußischer Untertan wurde Raczyński im Kurort Zakopane geboren. Der Familiensitz der Raczyński war Schloß Rogalin in der Region Großpolen im Warthegebiet. Der junge Raczyński besuchte mit seinem älteren Bruder Roger, der später auch Diplomat wurde, das Königsschloß-Gymnasium in Krakau. Nach einer kurzen Zwischenstation in einer Fährschiffahrt trat er in den diplomatischen Dienst der neuentstandenen polnischen Republik ein. Vorher waren Studien an der Universität Leipzig und der London School of Economics absolviert, an der Krakauer Jagiellonen-Universität der Dr. jur. gemacht worden.

Die ersten diplomatischen Stationen waren Kopenhagen und London. Er wurde zum „Britophilen“ in der polnischen Diplomatie. Eden nannte ihn bald nur noch „Dear Ed“. Nach einigen Zwischenstationen in Warschau und Genf wurde er 1934 Botschafter in London. Den Posten bekleidete er bis 1945, tituliert wird er bis heute als „Botschafter“. Als die Exilregierung ihren Sitz während des Krieges in London aufschlug, wurde Raczyński zuerst Leiter der Auslandsabteilung, 1942 erhielt er den Titel eines Staatsministers.

Während des Krieges kümmerte er sich um die polnischen Soldaten in Schottland sowie die polnischen Flieger, die im Luftkrieg über England eingesetzt waren. Mit Nachdruck verlangte er von den Sowjets – vergeblich – die volle Wahrheit über das Massaker an polnischen Offizieren in

Katyn. Seine Verbindungen zu britischen Politikern aller Parteien, wie auch die zur britischen Aristokratie, waren ihm bei vielen Interventionen sehr behilflich.

Als Polen kommunistisch wurde, versuchte er für seine Landsleute zu retten, was noch zu retten war. Als polnischer Vertreter im „Interim Treasury Committee“ machte er Mittel für die Integration der Soldaten der Anders-Armee locker, ebenso für die neuen politischen Flüchtlinge, die er aus den Westzonen Deutschlands und Österreichs nach England holte. In England gab es Arbeitsplätze besonders in der zivilen und militärischen Luftfahrt, im Civil Service sowie in der Kolonialverwaltung. In Deutschland fanden viele Polen Brot und Unterschlupf in den Wach- und Arbeitskompanien der späteren Rhine Army. Jungen Polen verschaffte er Stipendien, und so manche wissenschaftliche polnische Einrichtung in England hat ihm die Existenz zu verdanken.

Mit dem „Helden von Monte Cassino“, General Wladyslaw Anders, und dem Befehlshaber des Warschauer Aufstandes, General Tadeusz Graf Komorowski („Bör“), bildete er bald den „Dreierakt“, die exilpolitische Exekutive, die heute ein Premier leitet. Alle Exilparteien wählten dann den greisen, doch weiterhin agilen Diplomaten Raczyński zum Präsidenten des Exils.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE TIMES

Zum Fall des polnischen Journalisten Zdzislaw, der sich im vergangenen Jahr nach Großbritannien abgesetzt und hat seinen jetzigen Wohnsitz in London. Der britische Geheimdienst hat ihn beschäftigt, hat, sagt die Zeitung:

Alle, die ihn im Westen trafen, haben bestätigt, daß er freiwillig hergekommen ist. Es gibt aber unterschiedliche Auffassungen über seine Motive. Die verschiedenen Gründe, die er genannt hat, scheinen plausibel. Aber Emigranten aus Moskau Literatenkreisen haben schon gewarnt, daß er als KGB-Informant bekannt war und mit einer Aufgabe in den Westen gekommen sei. ... Moskau hat bestimmt keinen Propaganda-Sieg errungen. Es müßte jedem klar sein, daß solche Vorfälle in den Staaten nicht vorkommen, deren Bürger frei sind.

SÜDWEST PRESSE

Hilms Rentenverträge kritisiert die U-mer Zeitung:

Hier sind gleich zwei falsche Entscheidungen getroffen worden – solange die Regierungsparteien nicht für Aufklärung sorgen. Des Kaisers neue Kleider werden hierzulande so lange getragen, bis jemand es wagt, sie offen als Tarnanzug zu nennen. Das ist dann geistige Führung; versäumt man sie, dann geht die Führung eben in eine andere Richtung.

DONAU-KURIER

Zu Auto und Abgas entspricht das Bild: Im übrigen bildet es allen Staatsbürgern, die sich als Mitglieder, Wähler oder Sympathisanten der SPD und den Grünen verbunden fühlen, freigestellt, die Oppositionsfordern zu verwirklichen, indem sie ab sofort langsamer fahren und sich Katalysatorautos kaufen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zum Bundesbankbericht heißt es hier: Der kleine Mann hat seine Einkommensausfälle durch den Arbeitskampf auf mehreren Wegen finanziert. Er gab, wie im Bundesbankbericht nachzulesen ist, weniger aus, was besonders der Möbelschneider zu spüren bekam, machte bei der Reise Abstriche und hat den Sportopf geplündert. Wenn dadurch die Sparquote eines seit 1977 nicht mehr gekannten Tiefstand erreicht, so sollte man das nicht überbewerten. Denn dieses Verhalten zeigt ja deutlich die psychologische Grundeinstellung der Bundesbürger, die nicht von Angst, sondern von Zuversicht für die Zukunft geprägt war.

Drinnen im Bundestag: seid doch einfach normal!

Zur Parlamentsdebatte über das Selbstverständnis / Von Ulrich Lohmar

Heute will der Bundestag zum erstenmal öffentlich über sein Selbstverständnis debattieren. Die Absicht muß man loben, allein, sie verstümmelt zugleich. Denn es ist zu erwarten, daß die Parlamentarier ihre Aussprache als eine Art „Beichte“ auffassen, eine Kommission zur Reform ihrer Arbeit einsetzen und sich dann in gewohnter Weise ihren politischen Geschäften zuwenden. Wir werden zu hören bekommen, daß auch der „einfache“ Abgeordnete häufiger zu Wort kommen müsse, daß kürzere Reden gehalten und nicht vom Blatt abgelesen werden sollten, daß die Fraktionsdisziplin eine Auflockerung gut gebrauchen könnte. Das alles und vieles mehr ist schon oft gesagt worden, greift aber zu kurz.

Was den Bürger wirklich ärgert, ist der meist unechte und unwirkliche Charakter der Debatten seines Parlaments. Wenn ein Redner, gleich welcher Partei, das Podium erklimmt, verwandelt er sich sozusagen von einem Normalmenschen in einen politischen Glaubens-

kämpfer. Er tut so, als ob die eigene Partei und natürlich auch er selber in allem recht hätten, die Gegner aber schlechthin unrecht. Der Zuhörer gewinnt den Eindruck, als ob es im Bundestag nicht um das Abwägen von Argumenten gehe, sondern um den Kampf um Heilsbotschaften, an die man bekanntlich nur glauben, die man aber nicht beweisen kann. Die Demokratie jedoch beruht gerade darauf, daß wir alle keine objektiv richtigen Meinungen haben, sondern vertretbare Argumente für unsere Auffassungen anführen. Diese Argumente stehen anderen gegenüber, aber das Ganze ist dann nicht wie Feuer und Wasser, sondern in Wirklichkeit haben zumeist alle vorgetragenen Meinungen etwas für sich. Nur: Das sagt niemand, und dadurch entsteht dieser unechte, unwirkliche Eindruck politischer Parlamentsdebatten.

Der Normalbürger weiß selbstverständlich aus dem Zusammenleben in seiner Familie, mit Freunden oder auch im Beruf, daß das Beharren aller auf jeweils ihrer ei-

genen vorgefaßten Meinung nicht zu einem erträglichen Miteinander führen kann. Man muß einander wirklich zuhören und versuchen, einen für alle gangbaren Weg herauszufinden. Täten wir das nicht jeden Tag und überall, dann wären die Gerichte noch sehr viel mehr überlastet, als sie es ohnehin schon sind. Und es kann nicht sein, daß sich die Dinge in der Politik soviel anders verhalten sollten als im alltäglichen persönlichen oder beruflichen Leben.

Das eben spüren die Bürger, und deshalb wenden sie sich kopfschüttelnd oder verdrossen ab, wenn sie scheinbar an „Heilsbotschaften“ und „Kampf“ orientierte Parlamentsdebatten verfolgen sollen. Die Behauptung von „Wahrheiten“ anstatt gut vertretener Argumente und die Kampfpose anstelle lebendiger Diskussion gibt den politischen Auseinandersetzungen im Bundestag etwas Gespenstisches. Das Ganze wirkt so, als ob Roboter im Nebel mit großen Stangen auf einander eindreschen.

Woher kommt es, daß die Par-

teien des Bundestages diese zwanghafte Haltung in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung entwickelt haben? Vermutlich hängt es vor allem damit zusammen, daß die meisten meinen, ihre Partei oder Fraktion müsse nach außen „geschlossen“ auftreten, also nur mit einer Zunge reden. Auf den Parteitagen hingegen wird viel lebendiger diskutiert, und da ist dann auch wirklich was los. Die Fraktionen sollten sich also schleimig von der Vorstellung verabschieden, daß ihre öffentliche Reputation dadurch gesteigert wird, wenn sie den Leuten vormachen, daß sie nur Sprechblasen-Apparate seien.

Mit der psychischen Verformung des Parlamentsbetriebs geht eine beträchtliche Gefahr für den einzelnen Politiker einher: Wer sich nur auf vermeintliche Wahrheiten und auf Kampf stützen kann, der gewinnt vielleicht den Respekt seiner Mitstreiter, aber in den Augen aller anderen verliert er in gleichem Maße Achtung und Zustimmung, vor allem beim normalen Bürger. Die gestanzte Bonner Polit-

Ulrich Lohmar, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn, war von 1957 bis 1976 SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

Die Story des Oleg Bitow, in der Bearbeitung des KGB

Die Rückkehr des geflüchteten Journalisten Oleg Bitow nach Moskau gibt Rätsel auf, die wohl nur er selbst und das KGB lösen können. Fremde im Westen bieten drei mögliche Erklärungen an.

Von FRITZ WIRTH

Er war 52, er liebte die Freiheit und er liebte das Geld. So beschreiben jene den schillernden sowjetischen Flüchtling Oleg Bitow, der ein Jahr glückig und lustvoll das Leben im Westen genoss und dann plötzlich zurück in die Kälte ging. Er hatte viele hilfreiche Freunde im Westen, doch niemanden, dem er sich so offenbarte, daß er eine schlüssige Antwort auf die Frage geben könnte, warum sich Oleg Bitow vor vier Wochen wieder zurück in die Hände des KGB und in die Greifarme eines Staates begeben hat, den er ein Jahr lang in vielen Artikeln im Westen gebremst hatte.

Übereinstimmung besteht bei allen nur darüber: Die Geschichte, die Oleg Bitow am Dienstag in Moskau über seine angebliche Entführung durch den britischen Geheimdienst während der Film-Festspiele in Venedig verbreitete, ist nicht seine Geschichte, sondern die des KGB. Und die sei selbst unter dem normalen Niveau. Sie sei billiger Spionage-Thriller entlehnt, sagen Kenner des britischen Geheimdienstes. Man hat schließlich auch in Großbritannien seinen Stolz.

Dennoch, so fürchtet man in London, wird von der Geschichte einiges hängenbleiben, weil sie mit korrekten Details angereichert wurde. Beispielsweise die Adressen „geheimer Häuser“, in denen Bitow nach seiner Flucht zunächst aus Sicherheitsgründen versteckt und verhört wurde, oder auch die Namen von britischen Geheimdienstbeamten, die zunächst Kontakt mit Bitow hatten.

Es war diese Mischung von Phantasie und Fakten, die das britische Außenministerium veranlaßte, auf die angeblichen Enthüllungen Bitows spontaner und vernehmlicher zu reagieren, als es sonst in der Schattenwelt der Geheimdienste üblich ist. Es zitierte nur Stunden nach dem Moskauer Auftritt Bitows den Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in London, Posilagin, ins Foreign Office und las ihm die Leviten. Was dort über die angebliche Entführung durch den britischen Geheimdienst, über Folterung und Betäubung durch Drogen gesagt worden sei, sei wahrheitswidrig und beleidigend. Posilagin reagierte wortarm und versprach, die Beschwerde weiterzuleiten.

Die Freunde und Bekannten Bitows in Großbritannien bieten drei Versionen über seine plötzliche Rückkehr nach Moskau an:

1. Bitow litt während seines Aufenthalts im Westen stark unter der Trennung von seiner Frau und seiner 15-jährigen Tochter. Die von den Sowjets mit ihm inszenierte Schau in Moskau war der Preis dafür, statt wie üblich den Weg in ein sowjetisches Internierungslager antreten zu müssen, in die Arme seiner Familie zurückkehren zu können.

2. Bitow wurde entweder mit massivem psychologischem Druck oder von den Sowjets nach Moskau entführt. Für diese Vermutung spricht unter anderem die Tatsache, daß Tage nach seinem Verschwinden in

London sein Auto vor der Sowjet-Botschaft gefunden wurde.

3. Bitows Flucht in den Westen war vom KGB inszeniert worden, um an ihrem Beispiel angebliche Praktiken des britischen Geheimdienstes bloßzustellen.

Die dritte Version ist die unwahrscheinlichste, denn Bitow begründete vor einem Jahr seine Flucht unter anderem mit dem Abschuß der koreanischen Passagiermaschine durch die sowjetische Luftwaffe, und es ist kaum vorstellbar, daß die Lust des KGB an propagandistischen Selbsttoren so groß ist.

Bitow hinterließ in London ein japanisches Auto, auf das er sehr stolz war, und ein Bankkonto in Höhe von 43 000 Pfund (rund 155 000 Mark). Das Geld stammt in wesentlichen aus dem Honorar für zahlreiche Artikel und Rundfunkbeiträge. Er lebte gut in der Freiheit, die er wählte, er war dennoch kein glücklicher Mann. Peter Reddaway von der London School of Economics: „Er arbeitete gern und er arbeitete hart, doch er lebte unter einer immerwährenden Spannung, die deutlich erkennbar war.“

Der britische Bestseller-Autor Frederick Forsyth hatte ihn in einem Londoner Hotel einst zum Mittagessen eingeladen und schildert seinen Eindruck von Bitow: „Ich kam schon nach kurzem Zuhören zu dem Schluß: Hier ist ein Mann, der offenbar nicht zum Überlaufen geschaffen ist. Jemand, der impulsiv diesen Entschluß gefaßt hat und nun darüber von beträchtlichem Schmerz und Bedauern geplagt war.“ Forsyth glaubt, daß Bitow für die westlichen Geheimdienste kein großer Geheimdiensthörer war. „Ich würde seinen Wert in dieser Hinsicht mit Null bezeichnen.“

Nach Ansicht von Forsyth war Bitow überrascht und enttäuscht darüber, daß der britische Geheimdienst seine Verbote mit ihm schon nach

einem Monat beendete. Er hatte das Interesse der Briten an seiner Person höher eingeschätzt und war besonders betroffen darüber, daß er nicht mehr weiter bewacht wurde.

Er reiste in den folgenden Monaten gern und viel. Auf seinem Programm standen zwei Reisen in die USA und eine nach Paris. Im März dieses Jahres hatte er mit dem Verlagshaus Hamish Hamilton einen Vertrag abgeschlossen für ein Buch mit dem Titel „Geschichten, die ich nicht erzählen konnte“. Es sollte die Praxis der Zensur in der Sowjetunion darstellen.

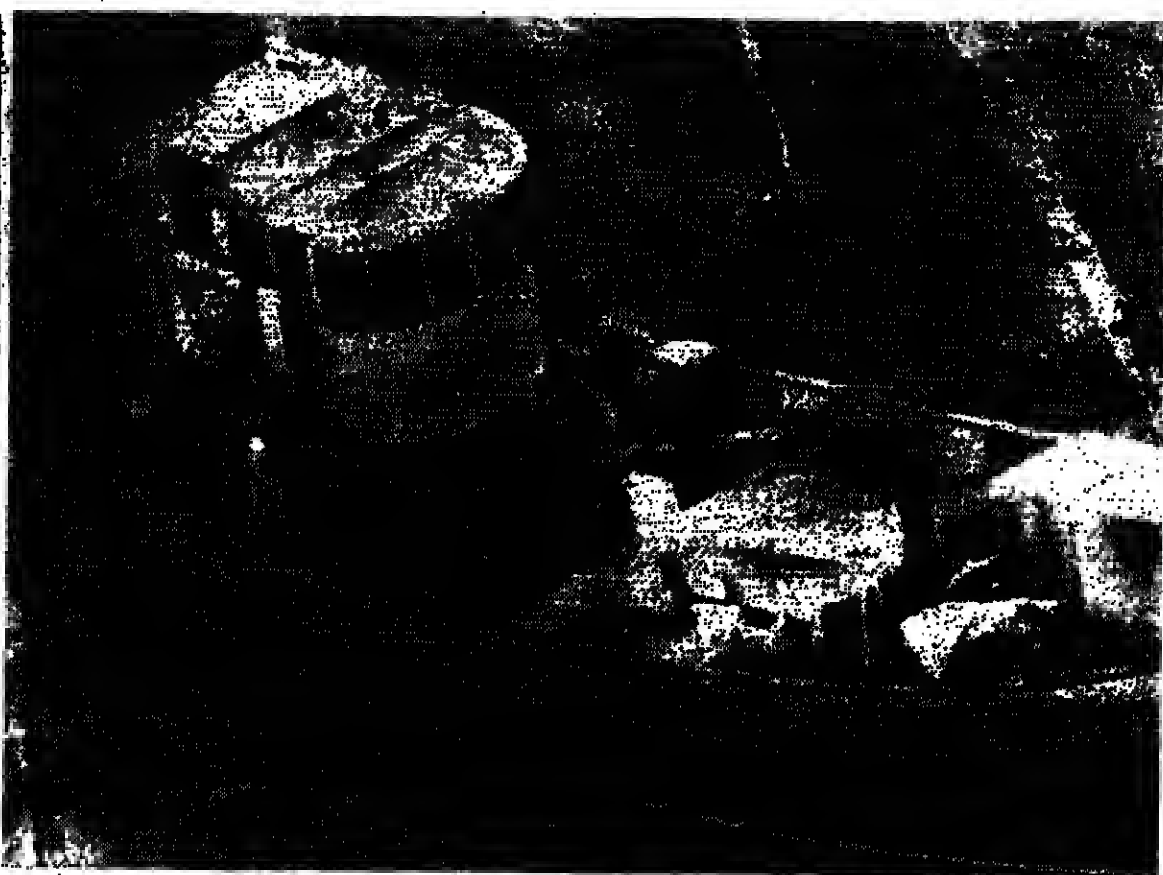
Die Pressekonferenz Bitows in Moskau, darüber sind alle seine Londoner Freunde und Bekannten sicher, war eine traurige Demonstration dieses Buchtitels. Bitow erzählte vieles, doch er weiß noch sehr viele Geschichten mehr, die er nicht erzählen kann.

Mag sein, daß er sich mit dieser Moskauer Erzählung von einem hohen Preis freigekauft hat, den normalerweise alle Überläufer zu bezahlen hatten, die wieder in den Griff des KGB zurückkehrten. Der „Daily Telegraph“ berichtet, daß in den letzten zwanzig Jahren insgesamt dreißig solcher Fälle bekannt wurden und daß die Mehrheit von ihnen mit Gefängnisstrafen von zehn oder mehr Jahren bestraft wurde.

Es mag auch so sein, daß Frederick Forsyth recht hatte und daß Bitow für die Geheimdienstarbeit des Westens keinen Schaden anrichtete. Unbestreitbar jedoch ist, daß er all jenen geschadet hat, die in Zukunft wie er erwägen sollten, die Freiheit zu suchen und sich aus der Sowjetunion abzusetzen. Bitow dürfte dafür verantwortlich sein, daß künftige Überläufer auf mehr Vorsicht und sogar Mißtrauen in der Freiheit sinen werden, als sie es verdienen. Und so gesehen war Bitows Rückkehr für das KGB von beträchtlichem Wert.



Die Schau des KGB: Oleg Bitow bei seiner Pressekonferenz in Moskau. FOTO: DPA



Sein Fang löste Alarm aus: Dem norwegischen Kutter „Start“ ging ein „großer Fisch“ ins Netz. FOTO: DPA

Die rote Lampe blinkt, wenn es am Netz der Fischer zerzt

Sicher, es ist schon zum Schmunzeln, daß sich ein angebliches U-Boot einer feindlichen Macht im Fangnetz eines norwegischen Fischkutters als altes Flugzeugwrack entpuppte. Doch der Hintergrund derartiger Nervosität bei unseren Nachbarn im Norden ist und bleibt ernst.

Von HEINZ BARTH

Die ersten stiegen keine „unmotivierten Luftblasen“ auf. Keine Frösche kletterten an Land und wurden vom treiflichen „Ajax“ gejagt, einem Diensthund der schwedischen Küstenwache. Keine Mini-U-Boote rasselten unter den Eisschollen der Stockholmer Schären. Nur die Netze, des norwegischen Fischkutters, mit dem verheißungsvollen Namen „Start“ knirschten ausdauernd und bis zum Zerreißen gespannt.

Ein neuer Start für die „unbekannten Objekte“, die den skandinavischen Seefahrern schon so oft Kummer bereitet haben. Wohl, kaum. Blickt man zurück auf die vielen Jahre, in denen die Marine des neutralen Schweden und des NATO-Partners Norwegen vergeblich Jagd auf die Geheimnisse machte, die sich unter ihren Gewässern regten, dann kann man nur von Rätseln sprechen, die schon so lange ungelöst blieben wie das um Nessie, das erprobte Füllsel für das Sommerloch.

Der Unterschied ist nur, daß die unsichtbaren Objekte der Skandinavien Geheimnisse „for all seasons“ sind, die zu allen Jahreszeiten in den Fjorden und Schären nisten. Wie der Zufall so spielt, nisten sie meistens in der Nähe von Marinestützpunkten. Sie werden fast nie gesichtet. Die Umrisse der Objekte bleiben verwischt. Sie werden unterschiedlich als schwarze oder graue, nicht genauer definierbare Silhouetten beschrieben.

Die einzige Ausnahme war jenes

sowjetische U-Boot der „Whisky“-Klasse, das bei dem schwedischen Kriegshafen Karlskrona auf einer Sandbank festsaß und den tugendhaften Neutralismus Olof Palmes in rasche Verlegenheit stürzte, bevor es heimwärts in die vertraute Bucht von Kronstadt komplementiert wurde.

Nun hat sich ein neuer und noch rätselhafter Fall an der norwegischen Küste, vor dem Hafen von Stavanger und wiederum nahe bei einer Flottenbasis, ereignet. Nach den ersten Angaben eines norwegischen Marinesprechers wurde der Fischkutter „Start“ von einem U-Boot eine Stunde lang „entgegen seiner Fahrtrichtung“ ins offene Meer gezogen. Doch am Morgen danach gab Oslo Entwarnung. Der zunächst als U-Boot identifizierte Fang des Kutters habe sich als ein altes Flugzeugwrack erwiesen, das offenbar schon im Zweiten Weltkrieg an dieser Stelle ins Meer gestürzt war.

Vielleicht finden erprobte Seebären eine dem weniger erfahrenen Laien einleuchtende Erklärung dafür, woher ein betagtes Wrack die motorische Kraft nimmt, einen ausgewachsenen Trawler fort von der Küste bis außerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer zu zerren.

Es war also nichts mit der „ziemlichen Sicherheit“, mit der die norwegische Marine wenige Stunden zuvor auf ein „ausländisches, nicht zu einem NATO-Land gehöriges U-Boot“ getippt hatte. Man sollte den mit Recht auf ihre Verteidigung bedachten Norwegern diesen vorschnellen Alarm nicht allzusehr zum Vorwurf machen. Schließlich beruht nicht alles auf Mutmaßung, was sich unter dem skandinavischen Wasserspiegel tut.

Die Skrupellosigkeit, mit der die Sowjets seit Jahrzehnten ihre Niederlassung auf Spitzbergen zu einer militärischen Expansion ausnützen, erklärt das norwegische Mißtrauen. Aus der fortgesetzten Verletzung skandinavischer Hoheitsgewässer durch russische U-Boote hat sich ein

Nervenkrieg entwickelt, von dem man vermuten muß, daß er darauf angelegt ist, die nordeuropäischen Friedensbewegungen für die Zwecke Moskaus einzuspannen.

Überall an den Küsten Schwedens, Dänemarks und Norwegens glaubten in diesem Sommer die badenden Sonnenanbeter bei spiegelglatter See die Schallwellen von durch das Wasser rauschenden Periskopen zu vernahmen. Die Grenzen zwischen Realität und Gespensterfurcht drohen sich zu verwischen. Das Nervenkostüm unserer nördlichen Nachbarn ist zerschlagen. Ihre Nervosität ist grenzüberschreitend. Schon seit einiger Zeit hat man den Eindruck, daß die Sowjets bei der Offenheit, mit der sie die skandinavische Souveränität verletzen, es darauf anlegen, eine Angstpsychose an der Nordflanke Europas zu provozieren. Zum mindesten, was die Ostsee betrifft, werden die Skandinavier einem fortwährenden psychologischen Druck ausgesetzt, der die öffentliche Meinung dieser Länder dazu bringen soll, mit Resignation den sowjetischen Hoheitsanspruch über die gesamte Ostsee zu akzeptieren.

Vor Stavanger hat ein Boot der norwegischen Küstenwache fünf Handgranaten in die See geworfen – ein international anerkanntes Signal für U-Boote zum Auftauchen. Noch nie haben sowjetische U-Boote in vergangenen Jahren auf dieses Signal reagiert. Daß diesmal statt eines U-Bootes ein altes Flugzeugwrack zum Vorschein kam, ist kein Grund, die Situation für harmloser zu halten, als sie ist.

Im vergangenen Mai hat die schwedische Marine einen über fünfzig Seiten langen, mit Fakten gespickten Spionage-U-Boote vorgelegt. Die Versuchung ist groß, sich über das Wrack von Stavanger lustig zu machen und darüber zu vergessen, daß die bisherigen Herausforderungen so ernst genommen werden müssen, wie sie es verdienen. Ein Fall für Olof Palme.

Heiße Brötchen aus dem Bundestag

Von GEORG SCHRÖDER

Es ist das etwa der Beginn der vielredeten Parlamentsreform? Jedenfalls hatte es das in der Geschichte des Bundestages noch nicht gegeben: Um vier Uhr morgens traten an diesem Mittwoch die Ausschüsse für Arbeit und Soziales und für Bildung und Wissenschaft zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Berauten wurde die Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz. Die Sozialdemokraten wollten den Abgeordneten Anschauungsunterricht erteilen, wie man sich zu solch früher Morgenstunde bei der Arbeit fühlt, zwar nicht beim Brötchenbacken, aber beim Gesetzberaten.

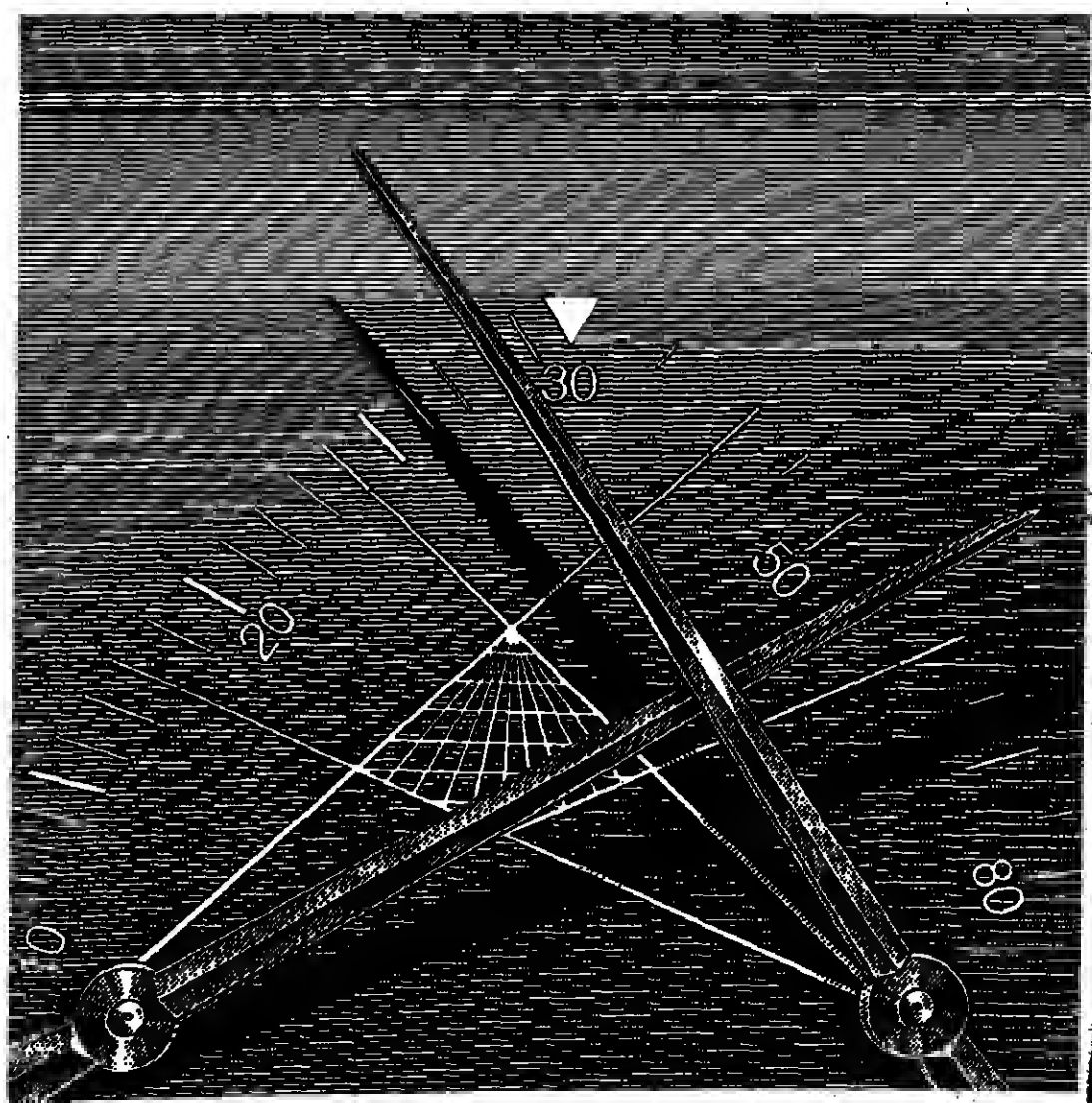
Natürlich waren Fernsehen, Fotografen und Journalisten von der SPD rechtzeitig alarmiert. Denn was nützt den Initiatoren derartige parlamentarische Arbeit, wenn sie nicht als Schaulustige dem Volk verkauft werden kann? Dies nur als Randbemerkung zu der Sorge mancher Bundestagsabgeordneten, die Presse werde zu Lasten der Parlamentarier zu früh von der Regierung informiert. Aber zurück zu den heißen Brötchen: Nach dem Gesetzentwurf, von dem die Bundesregierung sich mehr Arbeitsplätze für Jugendliche verspricht, sollen nun schon 17-jährige ab vier Uhr in Bäckereien arbeiten dürfen.

Darum geht es am Freitag auch im Plenum des Bundestages. Bestimmt nicht um vier Uhr in Herbolzstraße. Aber ebenso sicher nur bis zum Mittag, denn dann fahren die Züge nach Süd und Nord. Seit vielen Jahren schon ist es ein ungeschriebenes Gesetz, daß der Plenarsaal sich am Freitagmittag leert, die Sitzung zwangsläufig endet.

Um das zu erreichen, bedurfte es keiner Änderung der Geschäftsordnung, nur gesunden Menschenverstandes. Der sorgte auch dafür, daß die Plenarsitzungen nicht mehr bis tief in die Nacht, ja sogar bis in die frühen Morgenstunden andauern. Gezeitheit, häßliche Zusammenstöße zwischen übermüdeten Abgeordneten waren in den ersten Jahren des Bundestages zu oft die Folgen solcher Nachtsitzungen. Dann gab es die stillschweigende Übereinkunft, die Sitzungen, wenn es eben geht, um 20 Uhr zu beenden. Ausnahmen gibt es zwar, aber dann wird dafür gesorgt, daß nur noch Routinesachen auf der Tagesordnung stehen.

Darüber also brauchen die Abgeordneten sich nicht mehr den Kopf zu zerbrechen, wenn sie heute nachmittag fünf Stunden lang über das Elend der Parlamentarier und ihres Hohen Hauses debattieren. Die Initiative dazu ergriff Rainer Barzel. Reform im Parlament, das ist nun schon seit zwanzig Jahren ein Ruf, den fast alle frisch gekürten Bundestagspräsidenten erschallen ließen: Kai-Uwe von Hassel, Annemarie Renger, Richard Stücklen und nun Rainer Barzel. Um was ging und geht es eigentlich dabei: um die Macht des Parlaments oder um die Plenarsitzungen und damit um die politisch-propagandistische Wirkung der Abgeordneten auf das Wahlvolk?

Es war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, daß ein Bundestagspräsident darum kämpfte, daß sein Dienstwagen das Nummernschild BN-2 und nicht BN-3 erhielt. Die Realität sieht längst über dergleichen protokollarische Ansprüche hinweggebraut.



Unsere Initiativen für die Leistungsfähigkeit der Börse kommen Ihnen als Anleger zugute.

Die zunehmende Attraktivität der deutschen Börse für in- und ausländische Anleger hat ihre guten Gründe.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in jüngster Zeit Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

Als verantwortungsbewußter Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierenden Unternehmen den Weg zum Kapitalmarkt zu ebnen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und technischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

Für beide Seiten, Unternehmen wie Kapitalanleger, stellt die Börse durch die Neuemissionen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungsinstrument für die Unternehmen heute lebendiger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Nutzen Sie das erweiterte Anlagespektrum der Börse, und sprechen Sie mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlagemöglichkeit.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Immunität für Abgeordnete auch im Ausland?

STEFAN HEYDECK, Bonn
Deutsche Abgeordnete sollen ähnlich wie Diplomaten im Ausland vor Strafverfolgungen oder anderen Zwangsmaßnahmen künftig geschützt sein. Diesen Vorschlag hat Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) vor der heutigen Bundestagsdebatte über das „Selbstverständnis“ des Parlaments gemacht.

Nach dem Grundgesetz können in der Bundesrepublik Abgeordnete „wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung“ nur mit Genehmigung des Bundestages „zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden“.

Nach dem Vorschlag Barzels soll zunächst in den Mitgliedstaaten der EG und des Europarates der Schutz für Vollstreckung von den Regierungen in einem Abkommen festgelegt werden.

Wenn Sie über
AUTOS
orientiert sein wollen:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (Absendetermin) schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bestellchein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 23,60 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage), zuzüglich Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____
Datum: _____

Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absendetermin) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

legt werden, der für die Diplomaten in der Genfer Konvention festgeschrieben ist. Das würde bedeuten, daß Parlamentarier im Ausland allenfalls zur Person oder in grata erklärt und ihre Ausreise innerhalb einer kurzen Frist verlangt werden könnte. Bislang hängt es vom Nachdruck des Auswärtigen Amtes ab, wie schnell ein Festgenommen wieder freigelassen wird.

Barzel setzt sich dafür ein, daß dieses Thema auf die Tagesordnung der Konferenz der Präsidenten der europäischen Parlamente Mitte nächsten Jahres in Paris gesetzt wird. Er denkt dabei an einen Entschuldigungsvertrag, mit dem die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten zu einem Abkommen über die gegenseitige Anerkennung parlamentarischer Immunität aufgefordert werden. Bisher können innerhalb der EG lediglich die Mitglieder des Europaparlaments auf den besonderen Schutz vertrauen. Seite 2: Seid einfach normal

DIE WELT (USPS 685-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In Emden erwartet man vom neuen Hafen viel

Von CH. GRAF SCHWIERIN

Dort, wo die Ems bei Emden in den Dollart mündet, wird mitten durch den Meerbusen ein Damm aufgeschüttet, hinter dem ein neuer Tiefwasserhafen entstehen soll. Sieben Jahre hindurch wurde über dieses als „Jahrhundertwerk“ apostrophierte Projekt der Niedersachsen mit den Niederländern verhandelt, die Territorialansprüche in der Emsmündung geltend machen. Der „Ems-Dollart-Kooperationsvertrag“ zwischen der Bundesrepublik und den Niederländern, der die strittige Grenzfrage regelt und die Umleitung der Ems in das Dollartbecken ermöglicht, wurde von den Außenministern beider Länder und Ministerpräsident Albrecht vor wenigen Tagen in Emden unterzeichnet.

Der Enthusiasmus, der bei dieser Feier aufkam, scheint verflüchtigt. Denn: Der Vertrag muß noch von

Ministerpräsident Albrecht in Emden, er erwarte von dem neuen Hafen „erhebliche beschäftigungswirksame Impulse“. An dem Bau, der acht bis zehn Jahre dauern werde, würden „viele tausend Menschen“ beschäftigt werden. Bruns geht davon aus, daß der Dollarthafen „in den neunziger Jahren seine impulsive Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben wird“.

Daß der neue Emdener Hafen, dessen Baukosten von über 1,3 Milliarden Mark von Bund und Land gemeinsam getragen werden, zu einer Belebung des Hafens, neuen Industriestandorten und einem andauernden Abbau der hohen Arbeitslosigkeit führen kann, bleibt umstritten. Die Konjunkturpolitik hat die Hoffnung auf neue Industrien vorerst auch im niedersächsischen Wirtschaftsministerium stark gedämpft.

Das Sinken der Energiepreise hat Pläne wie den Bau einer Kohleerwerbsanlage zunichte gemacht. Die deutschen Nordseehäfen, die in Konkurrenz zu Emden liegen, verzeichnen Umschlagzahlen, die in erschreckender Weise zurückgehen; und in Emden selbst sank der Umschlag inzwischen auf fünf Millionen Tonnen, da weder Erz noch Kohle, die wichtigsten Massengüter des Hafens, nachgefragt werden.

Der Ausgangspunkt der Überlegung zu diesem Projekt war jedoch, daß der heutige Hafen von Emden einer Erneuerung bedarf. Die alte Seeschleuse aus dem Jahre 1913 ist so alterschwach, daß ihre Reparatur allein zwischen 250 und 300 Millionen Mark betragen würde. Die vollbeladenen modernen Erzfrachter können in den Emdener Hafen nicht einlaufen und werden heute weit draußen vor zwei Schwimmkränen auf kleinere Binnenschiffe umgeladen. Da die heutige Fahrrinne in der Verdrückungzone der Emsmündung liegt, müssen jährlich neun Millionen Kubikmeter Schlick ausgebagert werden. Kosten: 20 Millionen Mark. Deshalb erschien es sinnvoll, einen Hafenneubau in Angriff zu nehmen.

Landesbericht Niedersachsen

beiden Parlamenten ratifiziert werden, und Den Haag hat es damit nicht so eilig. Zunächst war es Ende letzten Jahres der Widerstand der Grünen, der der holländischen Seite zum Vorwand diente, die Interessen der eigenen Häfen gegen die künftige Konkurrenz an der Emsmündung zu schützen. Erst die hartnäckigen Bemühungen von niedersächsischen Abgeordneten ermöglichten einen Durchbruch bei den niederländischen Regierungsparteien. Aber die Ratifizierung ist damit noch nicht gesichert.

„Wir rechnen mit einer sehr knappen Mehrheit im niederländischen Parlament“, sagte der Landesvorsitzende der SPD und Emdener Landtagsabgeordnete Johann Bruns in Hannover. Mit Ausnahme der liberal-konservativen Koalitionspartei VVD, die 36 von 150 Sitzen im niederländischen Abgeordnetenhaus einnimmt, stehe keine der niederländischen Parteien uneingeschränkt hinter dem Vertrag.

Städte plädieren für mehr Kontakte zur Sowjetunion

Eberhard Diepgen warnt: Berlin nicht ausgrenzen

F. DIEDERICH, Berlin
Das Präsidium des Deutschen Städtetages will sich in Zukunft verstärkt dafür einsetzen, daß es zu partnerschaftlichen Verbindungen westdeutscher Städte mit der Sowjetunion kommt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD), betonte dabei, der Osten müsse bei derartigen Verbindungen „als Realität anerkannt, daß West-Berlin Mitglied des Deutschen Städtetages ist“.

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) warnte davor, formale Städtepartnerschaften mit der Sowjetunion zu besiegeln, bevor nicht sichergestellt sei, daß Berlin „bei dieser Frage nicht ausgegrenzt wird“.

In Berlin wurde gestern bekannt, daß im Vorfeld des geplanten und jetzt auf unbestimmte Zeit verschobenen Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik das Präsidium des Städtetages ein Schreiben an Honecker gerichtet hatte, in dem der „DDR“-Staatsratsvorsitzende gebeten worden war, das Thema deutsch-deutscher Städtepartnerschaften in seinen Gesprächen in der Bundesrepublik anzusprechen. Auch dabei muß-

ten „die Interessen von West-Berlin voll gewahrt bleiben“, hieß es gestern dazu auf der turnusgemäßen Präsidiumssitzung des Städtetages.

Der Städtetag wandte sich entschieden gegen die These, Städte und Gemeinden hätten derzeit gesündere Finanzen aufzuweisen als Bund und Länder. Das Präsidiumsmitglied Bruno Weinberger führte dazu aus, die Städte seien zwar in der Konsolidierung ihrer Finanzen am weitesten fortgeschritten, dies sei jedoch in erster Linie „auf Kosten des kommunalen Investitionsvolumens“ zustande gekommen.

Niemand dürfe deshalb denken, daß in den Städten kein Investitionsbedarf mehr vorhanden sei. Gerade in den Bereichen des Umweltschutzes, der Gewässerreinigung und der Industriehygiene gebe es in den deutschen Städten und Gemeinden einen beträchtlichen Finanzbedarf.

Um die stark beanspruchte Sozialhilfe zu entlasten, schlug der Städtetag in Berlin erneut vor, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes über ein Jahr hinaus „deutlich zu erhöhen“. Auch müsse die Arbeitslosenhilfe in ihrer Höhe der Kostenentwicklung stärker als bisher angepaßt werden.

Beteiligt sich Bonn an den Kosten, dann zeigt SED auch Interesse am Umweltschutz

Papier des Kanzleramts zu gemeinsamen „grünen“ Themen / Ost-Berlin bisher nicht zu Rahmenabkommen bereit

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Bonn sucht mit „grünen“ Themen die Gesprächsebene mit Ost-Berlin lebendig zu halten. Jedoch weigert sich die „DDR“ bisher nach wie vor, ein regelrechtes „Umweltschutz-Rahmenabkommen“ zu schließen. Im Vorfeld des Honecker-Besuchs schrieben Experten im Kanzleramt ein acht Seiten umfassendes Papier, das den Stand deutsch-deutscher Umweltschutzbemühungen spiegelt. Bis jetzt liegen nur zwei konkrete Abmachungen vor. Fachminister Friedrich Zimmermann (CSU) liegt eine Einladung des „DDR“-Ressortministers Hans Reichelt vor, der Zimmermann alsbald nachkommen will. Die WELT zitiert aus der Ausarbeitung des Kanzleramts.

Auch nach dem verschobenen Honeckerbesuch bleibt das Thema auf der Tagesordnung. Erich Honecker selbst kündigte sein Interesse an derartigen Vereinbarungen beim Treffen mit der Spitze des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) Anfang September in Ost-Berlin an. Das jüngste politische Grün sprosß bei den Förstern: Grünröße von diesem und jenseits der Grenze unternahmen in dem vor allem von böhmischen und südschlesischen Rauchscheiden heimgesuchten fränkischen Bischofsgrün eine gemeinsame Wald-Visite.

Praktische Vereinbarungen zwischen beiden Seiten gibt es jedoch bislang nur in zwei Fällen – beide betreffen die Wasserreinigung:

● Am 28. September 1982 vereinbarten der Bund und Berlin mit der „DDR“ den Einbau einer dritten Reinigungsstufe in den Ostberliner Kläranlagen, um die untergeordnete Phosphatbelastung der westlichen Teile von Spree und Havel durch ungeklärte Abwässer aus Ost-Berlin und dem Umland zu stoppen. Bonn steuert mit 60 Millionen D-Mark mehr als die Hälfte der gesamten Investitionskosten (115 Millionen Ostmark) bei.

● Am 12. Oktober 1982 wurde im Rahmen der Arbeit der Grenzkommission in München eine Regierungsvereinbarung unterzeichnet, um den kleinen bayerischen Zonen-

wasser ist durch einen Schlachthof und ungefiltert strömende Abwässer aus dem benachbarten thüringischen Sonneberg zur Kloake verkommen. An den notwendigen Kosten von 50 bis 70 Millionen Ostmark auf „DDR“-Seite beteiligten sich Bonn und Bayern mit jeweils neun Millionen D-Mark. In vier Jahren soll es in Sonneberg, der thüringischen Spielzeugstadt, Kläranlage und Kanalisation geben.

Nicht nur die Empörung Honeckers und der „DDR“-Medien über die inzwischen in die Justizmühlen gelangte Betriebsgenehmigung für das Kraftwerk Buschhaus lehrt, wieviel politische Empfindsamkeit noch immer bei diesem Thema herrscht. Auf keinem deutsch-deutschen Interessensgebiet, das eher Geld als gute Worte erfordert, kam man so wenig voran wie hier. Die Punkte für die Verhandlungen auf Regierungsebene dauern seit knapp elf Jahren an. Die „DDR“ möchte darüber seit Ende 1973 nicht mehr reden, als sie ausgerechnet jenes Amt, das Reinheit und Sauberkeit beiderseits der Grenze wissenschaftlich belegen könnte, sogar mit einer zeitweiligen Blockade der Transitwege nach Berlin bekämpfte – das Umweltbundesamt.

Die Verhältnisse sind noch nicht so

Dabei stand am Anfang durchaus freundschaftliches Bemühen. Im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 des Grundvertrages heißt es nämlich: „Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollen ... Vereinbarungen geschlossen werden, um zur Abwendung von Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite beizutragen.“ Das Kanzleramts-Papier (Stand: 1. Juni 1984) vermerkt optimistisch: „GS Honecker, Günter Mittag und Minister Reichelt haben wiederholt die grundsätzliche Bereitschaft der DDR zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auch im Bereich des Umweltschutzes zum Ausdruck gebracht.“

Doch die Verhältnisse sind (noch) nicht so. Das lehrt ein historischer Rückblick: Am 29. November 1973

reiste – den zitierten Artikel 7 im Auge – eine Ostberliner Delegation nach Bonn, angeführt von Vize-Umweltminister Guido Thoma (SED). Auf Bonner Seite nahm der heute nicht mehr im Amt befindliche Ministerialdirigent Peter Menke-Glückert (FDP) das Wort. Der zuständige Bundesinnenminister hieß damals – Hans-Dietrich Genscher.

Auch nachdem sich auf sowjetischer und „DDR“-Seite die Erregung über die Einrichtung des Umweltbundesamtes in Berlin allmählich gelegt hatte, blockierte die östliche Seite weiter. Ihr Interesse an derlei Vereinbarungen bestimmt sich ohnehin nach drei Gesichtspunkten: Umweltschutzvereinbarungen kosten Geld, bringen keine Devisen, und die „DDR“-Industrie läuft Gefahr, Produktionsausfälle oder -minderungen hinnehmen zu müssen. Zudem steht die ungetrochene Wachstums-Philosophie der SED irgendwelchen „grünen“ Ideen strikt entgegen.

Je günstiger die deutsch-deutsche Stimmung insgesamt, desto geneigter zeigte sich jedoch Ost-Berlin: Franz Josef Strauß konnte die Röhren-Regelung – zu Recht als „Durchbruch“ bezeichnet – bei seinem ersten Zusammentreffen mit Honecker im Juli 1983 am Werbellinsee einfinden. Mit Ost-Berlin war und ist auch stets dann zu rechnen, wenn sich Bonn an den Kosten beteiligt.

Oft führt jedoch auch Egoismus auf westlicher Seite und mangelnde Kompromißbereitschaft der Bundesländer dazu, daß sich unterschrittsreife Vereinbarungen mit der „DDR“ ständig hinauszögern. Dafür ein Beispiel:

Werra und Weser: Weil zwar Bonn bereit ist, die Hälfte einer westlichen 200-Millionen-Gabe zu tragen, die vier betroffenen Bundesländer aber über ihre Quoten streiten, stocken die Gespräche mit drüben. Zitat aus dem Kanzleramts-Papier über die „DDR“-Haltung zum notwendigen Finanzantrag: „Kostenschätzungen für alle Maßnahmen liegen weit auseinander.“

Kalk-Abbau unter der Grenze: Die andere Seite drängt auf den kurzfristigen Abschluß einer Vereinbarung

Aus „abbautechnischen Gründen“, wie es in der Bonner Niederschrift heißt. Da eine Regierungsvereinbarung mit Berlin-Klausel scheitern dürfte, müssen rechtliche „Not-Brücken“ geschlagen werden.

Luftverschmutzung: Hier hält die „DDR“ wegen ihrer nahezu ausschließlichen Feuerung minderwertiger Braunkohle einen gemeinsamen Weltrekord. Auf jeden „DDR“-Bürger riesen pro Jahr nach einer Berliner Senatsstatistik 236,7 Kilo Schwefeldioxid. In der Bundesrepublik liegt dieser Wert viermal niedriger. Problem Nummer eins in diesem Bereich lautet: „Rauchgasentschwefelung“. 1983 trafen sich die beiderseitigen Experten viermal. Die „DDR“ setzt in ihren Braunkohlekraftwerken auf das Trockensulfidverfahren auf Kalkbasis. Experten zweifeln, daß diese Methode ausreicht.

Das Pferd vom Schwanz aus aufgezäumt

Elbverschmutzung: Schwermetalle aus der CSSR und aus „DDR“-Betrieben, die ihre Industriewässer in den Strom leiten und deshalb die Elbe in Hamburg als einen der phäenol- und metallhaltigsten Flüsse Europas ankommen lassen. Zitat aus dem Bonner Papier: „Noch kein neuer Termin vereinbart. DDR macht weitere Gespräche von grundsätzlicher Erklärung unserer Seite abhängig, aus der Bereitschaft hervorgeht, sich über eine eventuelle finanzielle Beteiligung zu verständigen.“

Waldsterben: Die besonders bedrohten Reviere in Oberfranken, dem Bayerischen Wald und dem Erzgebirge liegen nahe beieinander. Ohne Mithilfe der CSSR, deren nordböhmisches Industrierevier als Europas „Dreckschleuder“ Nummer eins wirkt, läßt sich keine entscheidende Besserung erzielen. Die „DDR“ zäumt das Pferd ohnedies vom Schwanz auf – die Wissenschaftler erhalten von Staats wegen Orden, „rauchharte“ Baumarten zu züchten. Nicht die Luft, sondern gleichsam der Wald war zunächst „schuld“.

„SPD sollte von Frankreichs Sozialisten lernen“

Ein gutgeleiteter Kanzler als Wahlkämpfer in Krefeld / Revanchismus-Vorwurf energisch zurückgewiesen

WALTER H. RUEB, Krefeld
Das Seidenweberhaus mitten in Krefeld war zum Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf 1984 in eine regelrechte Festung verwandelt worden. In der Tiefgarage und auf dem Dach, in Sälen und auf Gängen wimmelte es von Polizei, Hundestaffeln und Krankenträgern. Bundesgrenzschutz mit fahrbaren Scheinwerferbatterien und ein Heer von Ordern säumten die architektonisch auffällige Orgie aus Beton und Glas. In der Seidenstadt hat man die schweren Krawalle und skandalösen Vorfälle anläßlich des Besuchs von US-Vizepräsident Bush in Begleitung des damaligen Bundespräsidenten Carstens sowie von Bundeskanzler Kohl im Juli 1983 nicht vergessen. Ähnliches sollte sich nicht wiederholen.

Die Wahlkundgebung der CDU verlief dann auch friedlich und nennenswerte Störungen. Und die paar jugendlichen Schreihäuse auf der Empore des mit annähernd 2000 Menschen überfüllten Saals im Seidenweberhaus vermochten gegen Kohls gute Laune, Schlagfertigkeit und vor allem die phantastische Lautsprecheranlage nichts auszurichten. „Laßt sie schreien“, empfahl der Bundeskanzler seinen Parteifreunden. „Wir haben es hier nicht mit einem

ernsten politischen, sondern lediglich mit einem Problem des Stimmbruchs in der Pubertät zu tun.“ Tösende Beifall und Gelächter übertrugen die gute Stimmung im Saal nach draußen auf den Platz zwischen Seidenweberhaus und Stadttheater, wo trotz der Kühle des Abends weitere Krefelder an der Kundgebung teilnahmen.

Kohl benutzte seinen einzigen Auftritt im Kommunalwahlkampf 1984 zu deutlichen Bemerkungen an die Adresse Moskau und zu einer selbstkritischen Bilanz seiner bisherigen Regierungspolitik. Den Machtkern in Moskau rief der Bundeskanzler die deutsche Friedenspolitik ins Gedächtnis zurück, die zur Aussöhnung mit Frankreich und vielen anderen Ländern des Westens, aber auch mit den Völkern des Ostens geführt habe.

„Einiges danebengegangen“

Der Revanchismus-Vorwurf aus „der Giftküche Moskau“ nach seinem Auftritt bei den Vertriebenen sei zu dumm, als daß man auf ihn ernsthaft eingehen sollte, stellte Kohl fest. Doch er sei ungerecht. An die Adresse der Regierungschef: „Die Vertriebenen dürfen nicht ausgeklammert werden aus unserer Gesellschaft. Deshalb gehe ich zu ihnen genauso

wie zu Gewerkschaften und Arbeitgebern.“

Bei seinem Blick auf die zurückliegenden zwei Jahre stellte Kohl fest: „Vieles ist gelungen, einiges danebengegangen.“ Die entscheidende Wende aber sei eingeleitet worden. Trotz des Streiks in Druck- und Metallindustrie könne zum Stichtag 1. Oktober 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent verbucht werden. „Und die Inflationsrate wurde herabgeführt auf 1,5 Prozent“, rief der Regierungschef aus. „Das bedeutet absoluten Rekord in der ganzen Welt.“ Die Wende in der Wirtschaftspolitik habe in unserem Land zu einer Preisstabilität geführt, die einzigartig sei.

Selbst die französischen Sozialisten machten es mittlerweile den Deutschen nach. Dies beweise nur ihre Lernfähigkeit, stellte Kohl fest. Nur die deutschen Sozialdemokraten hätten noch immer nichts gelernt. Wirtschaftswachstum, niedrige Inflationsrate und Preisstabilität seien im Endeffekt die sozialistische Politik, die denkbar sei. Das Mehr an Kaufkraft, das dadurch den Bürgern zur Verfügung stehe, entspreche einem Betrag von 20 bis 30 Milliarden Mark, stellte der Bundeskanzler fest. Das sei mehr als das umfangreichste Investitionsprogramm.

Die Wende sei indessen nicht zureichend gekommen, fuhr Kohl fort. Opfer seien notwendig gewesen und auch gebracht worden, beispielsweise im öffentlichen Dienst. „Im neuen Jahr aber wird die Null-Runde im öffentlichen Dienst beendet“, versprach der Bundeskanzler. „Ich bin sicher, daß wir zu vernünftigen Abschlüssen kommen werden.“

„Nur schwarzbuntes Vieh“

Krefelds Oberbürgermeister Dieter Pützbofen, von dessen Wahltag an der Spitze einer guten Mannschaft Kohl überzeugt war, sagte in einer Wahlprognose: „Am Niederrhein gedeiht kein rotesbuntes Vieh, sondern nur schwarzbuntes ... Dennoch ist der Niederrhein geeignet, die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in unserem Staat beispielhaft darzustellen. 13 Jahre sozialdemokratisch geführte Bundesregierung führten dazu, daß in dieser Stadt rund 13 000 Menschen ohne Arbeit sind ... und von 1970 bis 1983 die Sozialhilfe, die Krefelder aufbringen mußte, von 19 auf 92 Millionen Mark stieg.“

Der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Klaus Evertz seinerseits sagte voraus: „Roter Filz und grüner Frust sind nicht das, was die Krefelder von der Zukunft erwarten.“

Heute
wie in alter Zeit
ein Zeichen
guter
Gastlichkeit



THE LOAD OF MISCHIEF

Die Bürde eines Ehemannes

Welche Last so ein bedauernswerter Ehemann im Leben tragen muß, das hat ein unbekannter Künstler auf diesem englischen Wirtshausbild dargestellt: Als Schwerstes die ansehende lebenslustige und kokette Ehefrau, dazu ein ungezügelter Affe, der sein Spielchen mit dem gebrügten Mann treibt – und ein Vogel oben drin. So gehen, ist es wohl verständlich, daß viele Ehemänner oft und gern in dieser Gaststätte einkehren, um sich mit einigen Gläsern Ale, einem

hellen Bier, ihr „betrübliches“ Dasein zu verschöneren.

Daß alles nicht so heiß gegeben wie gekocht wird, daß die Ladies (die Herr und Seele erfreuenden Frauen in unserer Welt also) durchaus die besten Gefährten im Leben der Männer sind, das ist überall, natürlich auch in England, anerkannt. Und diese eben so schöne wie auch richtige Erkenntnis sollten Paare zu und zu mit einem herzerwärmenden Schluß Abschied trakt begrüßen und entsprechend feiern.

**Asbach
Kraut**

Im Asbach-Kraut ist der Geist des Weines!

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neue Zensur?

Sehr geehrte Damen und Herren,
selten wohl ist dem Medienplatz Hamburg so viel Schaden zugefügt worden wie unter dem jetzigen Senat. Wenn man sich schon wundern muß über die uns Deutschen nachgesagte kleinkarierte Gründlichkeit, in jedem kleinen Ländchen die wehumschwebenden elektromagnetischen Wellen zu registrieren, weil Rundfunkhoheit Ländersache sei, so wundert einen aber erst recht, daß kein Aufschrei durch die Nation geht angesichts der jetzt vorliegenden Thesen und der damit verbundenen un-demokratischen Einengung der Pressefreiheit.

Wofür, so muß man fragen, besteht eigentlich noch Regelungsbedarf, nachdem die Zeiten des nur auf 12 Kanälen zu betrieblenden VHF-Fernsehens längst Geschichte sind und ein Zuteilungsbedürfnis höchstens von der technischen Übertragungsqualität, aber nicht mehr von der Menge der zur Verfügung stehenden Kanäle bestimmt wird? Die technischen Belange werden aber bereits von der internationalen Wellenkonferenz und den Postverwaltungen wahrgenommen.

Vordergründig geht es dem Hamburger Senat offensichtlich darum, die antiquierten bundesrepublikanischen Monopolstrukturen bei den elektronischen Medien zu zementieren, ein Anachronismus angesichts der Medienvielfalt in anderen westlichen Ländern.

Die Medienvielfalt ist angebrochen, die sinkenden Einschaltquoten bei ARD und ZDF sowie der Video-Boom zeigen den großen Bedarf des Publikums für Medienvielfalt und Pressefreiheit in jeder Form.

Mit freundlichen Grüßen
F. Neitzert,
Kaltenkirchen

Sehr geehrte Herren,
Ministerpräsident Rau will zukünftige private Sender in Nordrhein-Westfalen durch eine neuzugründende Landesanstalt kontrollieren lassen. Natürlich soll Ministerpräsident Rau auch hier im Verwaltungsrat als selbsternannter Propagandaminister. Privates Fernsehen in NRW würde zur Farce!

Privates Fernsehen ist den Sozialisten immer ein wahrer Greuel gewesen. Sieht doch der größte Teil der Wählerschaft lieber gute Krimis und einen Western, anstatt sich nach getaner Arbeit durch linke TV-Spinner Untergangsstimmung und Problemfilme ins private Heim bringen zu lassen.

Johannes Rau weiß ganz genau: „Erfährt der Bürger die Wahrheit über mein Mismanagement, verliere ich die nächste Wahl!“ So sieht er seine Chance in der Flucht nach vorne: Der Bürger will das private Fernsehen. Nun gut, er soll es haben! Aber was gesendet wird, bestimmt die SPD!

Es wundert mich, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen dieses Thema nicht längst aufgegriffen hat. Will sie sich wieder einmal überbieten lassen oder ist sie einfach zu lahm?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. L. Olivier,
Essen

Wort des Tages

„Zweifel muß nichts weiter sein als Wachsamkeit, sonst kann er gefährlich werden.“

Georg Christoph Lichtenberg:
Schriftsteller und Physiker (1743-1799)

Alter erreicht

„Die Überzeugungen des Doktor Doe“:
WELT vom 14. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
erlauben Sie mir zu diesem Artikel bitte zwei Anmerkungen:

● Doe trägt keinen Ehrendokortitel einer amerikanischen Universität; vielmehr wurde ihm am 11.5.1982 die Würde eines Ehrendoktors der politischen Wissenschaften von der Universität Seoul/Südkorea verliehen. Die Verleihung erfolgte in Anwesenheit des südkoreanischen Staatspräsidenten Chun Doo Hwan.

● Es ist richtig, daß Doe am 6.5.1985, also im Jahr der Präsidentschaftswahl, das 35. Lebensjahr vollenden wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Doe 1983 auf einer Pressekonferenz betonte, daß er am 6.5.1980 geboren sei, nicht 1952 oder 1951, wie die Presse „in den ersten Tagen der Revolution“ (1980) berichtet habe.

Doe hat jetzt also das Mindestalter für Präsidentschaftskandidaten erreicht...

Mit freundlichen Grüßen
R. Wunderlich,
Düsseldorf

Ein süßes Gift

Sehr geehrte Herren,
die jahrelangen Diskussionen über die Verkürzung der täglichen, der wöchentlichen oder der Lebens-Arbeitszeit beruhen offenbar auf der Annahme, daß Arbeit etwas Negatives, etwas Schädliches oder etwas zumindest Unangenehmes sei, das der Mensch möglichst vermeiden müsse.

Ziel dieser Diskussionen ist es wohl, die Arbeitszeit auf Null zu bringen. Dann müßte das Schlafaffenland zur Wirklichkeit werden, dann müßte das Paradies auf Erden wiederkommen.

Den utopischen Wünschen, Arbeit ganz zu vermeiden, steht zunächst die simple Lebenserfahrung entgegen, daß niemand auf die Dauer mehr weite verzehren kann, als er selbst oder ein anderer vorher geschafften hat. Weiterhin gilt die Lebenserfahrung, die der Volksmund in das Sprichwort kleidet: „Wer rastet, der rostet“. Der Mensch ist von Natur aus kein untätiges Wesen, sondern „homo faber“, ein tätiger, ein schaffender Mensch.

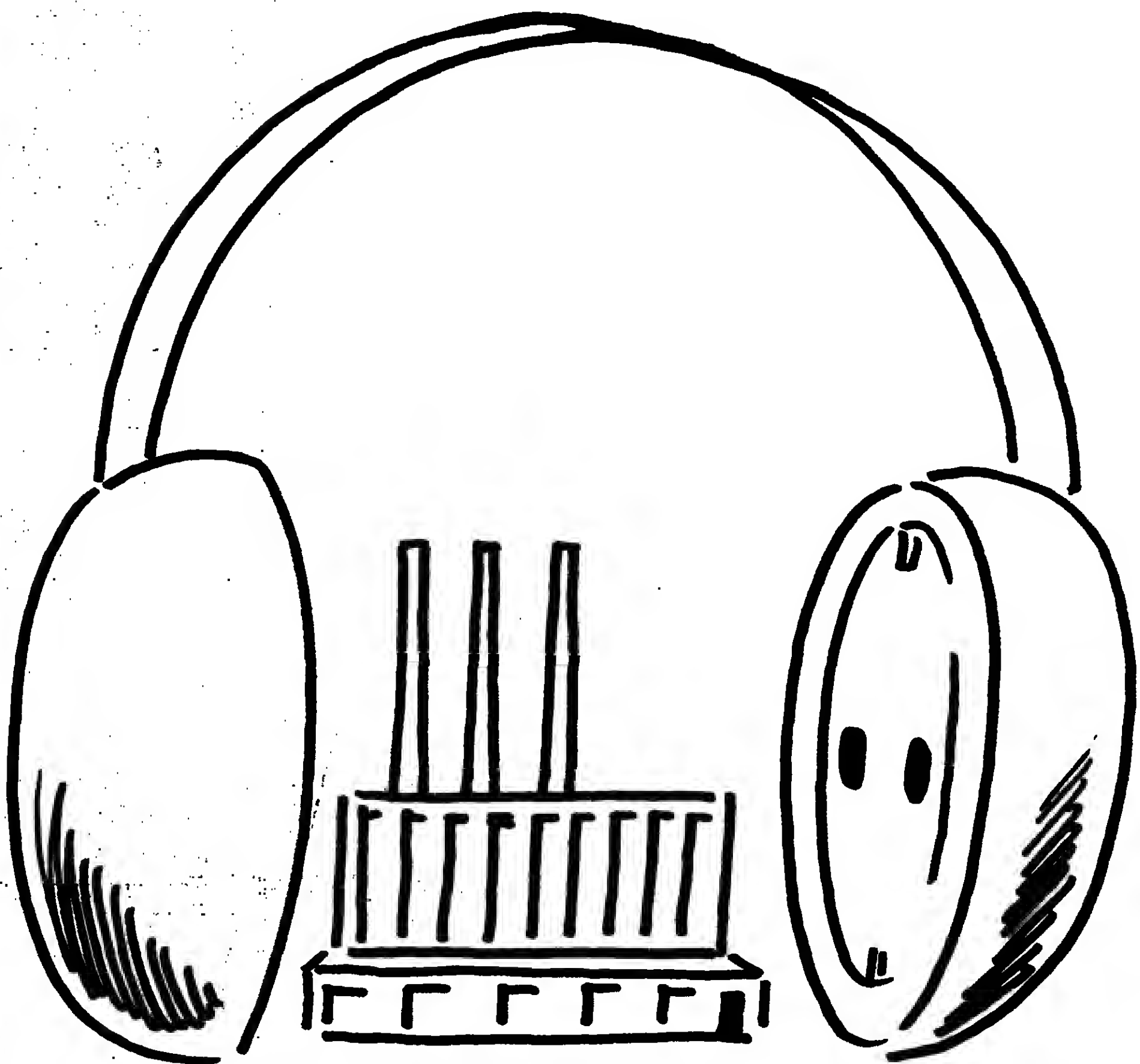
Das Wort „Ruhestand“ enthält also ein süßes Gift. Es gaukelt dem Menschen vor, daß Ruhe etwas Positives sei. Je früher er aber von diesem süßen Gift schlürft, um so früher geht er zugrunde. Die Statistik zeigt, daß schon seit Jahrhunderten Frauen durchschnittlich etwa 6 Jahre länger leben als Männer. Die Ursache hierfür liegt ganz einfach darin, daß eine Frau bis zu ihrem Tode „gebraucht“ wird, Pflichten hat – vor allem im Haushalt und in der Familie – und sich deswegen nicht überflüssig vor-kommt.

Die Forderung, Arbeitnehmer „freiwillig“ oder gezwungen vor Erreichen des 65. Lebensjahres oder gar schon mit 58 Jahren in den Ruhestand zu schicken, ist zutiefst inhuman, denn wenn man einem Menschen seine Arbeit und damit seine Pflichten nimmt, nimmt man ihm oft das Wichtigste im Leben. Er wird zur Untätigkeit verdammt, er wird nicht mehr gebraucht, er spürt, daß er überflüssig ist, er muß „eingehen“.

Arbeit ist also kein Fluch, sondern ein Segen.

Mit freundlichen Grüßen
E. W. Lindow,
Köln 41

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zeile ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

RWE
UMWELT-BILANZ 1984
Teil 9

SCHALLMAUER

oder: Wie laut oder leise sind RWE-Kraftwerke?

Lärm wird im allgemeinen – außer vielleicht von Kindern – als umweltschädigende Belästigung empfunden. Wer zum Beispiel in der Nähe eines Flugplatzes wohnt, weiß, wovon wir sprechen. Wer in einer ruhigen Straße wohnt, durch die ein Moped knattert, weiß es auch.

Auch Kraftwerke verursachen Lärm. Daß sie aber nicht zu „Krachwerken“ werden, verdanken wir den vielfältigen Techniken der Schalldämmung.

Auf leisen Sohlen

Ein wesentliches Prinzip ist die Lärmbekämpfung am Entste-

hungsort. So stehen zum Beispiel die Generatoren und Turbinen auf eigenen schwingungsdämpfenden Fundamenten und sind mit Schalldämmhauben ummantelt. Alle anderen Lärmerzeuger sind durch Schutzwände oder Verkleidungen schallisoliert.

Allein die Kosten für Schallschutzmaßnahmen bei einem modernen 600-MW-Block betragen ca. 25 Mio. DM. Über ein Viertel der Baukosten von rund einer Mrd. DM für ein solches Kraftwerk fallen für den Umweltschutz insgesamt an. Dieser finanzielle Aufwand und die ständige Weiterentwicklung im Bereich der Schallisolierung haben dazu geführt, daß in der

näheren Umgebung von unseren Kraftwerken so gut wie kein Lärm mehr registriert werden kann.

Wenn Sie an zusätzlichen Informationen zum Thema umweltfreundliche Stromerzeugung interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Wir halten umfangreiches Informationsmaterial für Sie bereit.

RWE

Rheinisch-Westfälisches
Elektrizitätswerk AG
4300 Essen, Kruppstraße 5

Personalien

AUSZEICHNUNG

„Er ist eine im öffentlichen Leben profilierte und respektierte Persönlichkeit.“ Mit diesen Worten überreichte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß dem CSU-Fraktionsvorsitzenden im Münchner Landtag, Gerold Tandler, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Tandler, so Strauß, habe die Landespolitik Bayerns in den letzten Jahren maßgeblich beeinflusst und leiste zusätzlich als CSU-Generalsekretär Ausgezeichnetes. Hinter diesen nüchternen Sätzen verbirgt sich eine hohe Wertschätzung: Für Strauß wurde Tandler in den vergangenen Jahren zum wichtigen und verlässlichen politischen Vertrauten. Kontroversen zwischen der CSU-Fraktion und der Staatskanzlei, die früher zur Tagesordnung zählten und die Regierungsarbeit wie die Tätigkeit der Abgeordneten beeinträchtigten, gehören seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes durch Tandler vor knapp zwei Jahren der Vergangenheit an. Über die weiteren Pläne des Politikers herrscht Rätselraten. Fest steht aber, daß Tandler für den Fall eines Wechsels von Strauß nach Bonn ein wichtiges

Wort mitreden wird, wer neuer bayerischer Ministerpräsident werden soll.

PREISVORSCHLAG

Nazmi Kavasoglu, türkischer Journalist in Berlin, ist als einziger Ausländer in die engere Auswahl für den Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung gekommen. Kavasoglu, der jahrelang die inzwischen eingestellte Zeitschrift „Gazette Merhaba“ in Berlin herausgab, hatte sich bemüht, seinen Landsleuten bei der Eingewöhnung in deutsche Verhältnisse zu helfen und um Verständnis zwischen Deutschen und Türken geworben.

GEBURTSTAG

Professor Günter Waldemar Korting, Direktor der Universitäts-Hautklinik Mainz, feiert am Sonntag seinen 65. Geburtstag. Der in Oberschlesien geborene Jubilar, Mitglied des Wissenschaftlichen und des Wehrmedizinischen Beirats der Bundesärztekammer und zahlreicher deutscher und ausländischer wissenschaftlicher Gremien, ist durch über 450 Fachpublikationen und acht Fachbücher international bekannt geworden.

1985 gibt es keine „Null-Runde“

Nach ihrem Abschluß rechnet Kohl mit vernünftigen Resultaten für öffentlichen Dienst

GÜNTHER BADING, Bonn
Die von der Bundesregierung beschlossene „Null-Runde“ im öffentlichen Dienst soll nicht auf das kommende Jahr ausgedehnt werden. Das hat Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer CDU-Kundgebung zur nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am Dienstagabend vor etwa 2000 Zuhörern in Krefeld erklärt. Er gehe davon aus, sagte der Kanzler, daß man nach dem Abschluß der Null-Runde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu vernünftigen Ergebnissen kommen werde.

Die sogenannte „Null-Runde“ war bei der Aufstellung des Haushalts für 1984 für die Beamten festgesetzt worden. Für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes - Angestellte und Arbeiter - bei Bund, Ländern und Gemeinden beginnen die Verhandlungen über einen neuen Einkommensvertrag am 25. September. Der geltende Tarif ist formal zum 31. August ausgelaufen, gilt aber bis zum Abschluß eines neuen Vertrages weiter.

Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, voran die mit 1,2 Millionen Mitgliedern zweitstärkste Einzelgewerkschaft ÖTV, haben sich

zum vorrangigen Ziel der diesjährigen Tarifrunde gesetzt, entgegen der Absicht der öffentlichen Arbeitgeber im Tarifbereich Einkommensverbesserungen schon für 1984 durchzusetzen. Die DGB-Gewerkschaften fordern fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 110 Mark mehr pro Monat. Sie verlangen zusätzlich als rechnerischen Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung zehn bezahlte freie Tage im Jahr. Die öffentlichen Arbeitgeber haben erklärt, daß die Erfüllung dieser Forderung über 20 Milliarden Mark an Mehrausgaben bei den Personalkosten bedeuten würde.

Mit seiner Äußerung in Krefeld hat der Bundeskanzler den Kabinettsbeschluss für 1984 bekräftigt, die alljährliche Einkommensanpassung der Beamtenbesoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung in der Wirtschaft nur für das Jahr 1984 aussetzen. Auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat wiederholt erklärt, daß es nach 1984 keine weiteren „Sonderopfer“ geben werde.

Für die kommenden Tarifverhandlungen steht zu erwarten, daß die öf-

fentlichen Arbeitgeber mit ihrem Verhandlungsführer Zimmermann versuchen werden, Einkommensverbesserungen erst ab Januar 1985 wirksam werden zu lassen. Die Gewerkschaften dagegen wollen, wie verlautet, für die restlichen Monate dieses Jahres wenigstens einen Einmalbetrag durchsetzen.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat deutlich gemacht, daß ihre Organisation bereit sei, für die Durchbrechung der in Gewerkschaftenkreisen auch als „Null-Diktat“ bezeichneten Sparvorstellungen der öffentlichen Arbeitgeber einen Arbeitskampf zu wagen. Dies gelte, so betonen Funktionäre, nicht allein für die Geldforderungen, sondern auch für die Forderung nach dem Einstieg in eine kürzere Arbeitswoche durch bezahlte freie Tage.

Der Bundesbeamtenausschuß des Deutschen Gewerkschafts Bundes (DGB) hat mit Blick auf die Tarifverhandlungen verlangt, daß Einkommensverbesserungen für Arbeiter und Angestellte „zeit- und inhalts- gleich“ auf die Beamten übertragen werden müßten.

Moskauer Protest gegen Erwähnung Sacharows

DW, Stockholm

Auf die Erwähnung des Namens Sacharow im Plenum der Konferenz für Vertrauensbildung (KVAE) durch den US-Chefdelegierten James A. Goodby hat die Sowjetunion scharf reagiert: Ihr Delegationsleiter Oleg Grinewsky ließ eine Protesterklärung verteilen. Darin hieß es, mit dem Aufwerfen einer Frage, die mit der KVAE „nichts zu tun“ habe, wollten die USA die Konferenz „zum Entgleisen bringen“. Der Vertreter Moskaus sprach ferner von einem „unannehmbaren Versuch der Einnischung in innere Angelegenheiten“. Er widerspreche der Aufgabe der Konferenz.

Goodby hatte gesagt, nach Überzeugung Washingtons seien Menschenrechte, Frieden und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden und alleinige Grundlage für die tatsächliche Verwirklichung der Helsinki-Vereinbarungen aus dem Jahre 1976. Er erinnerte an eine Resolution, in der der amerikanische Kongreß seine Sorge über das Schicksal des Ehepaares Sacharow zum Ausdruck gebracht hätte. Diese Sorge sei „heute genauso stark wie damals“.

Palme zeigt mehr Realismus

Schwedens Sozialdemokraten lehnen Senkung der Verteidigungskosten ab

R. GATERMANN, Stockholm

Seit man Schwedens Ministerpräsident Olof Palme so engagiert für die militärische Verteidigung reden hören wie jetzt auf dem Parteitag der Sozialdemokraten, Assistent von Verteidigungsminister Anders Thunborg, hatte er die von breiter Front vorgetragene Forderung nach einer realen Senkung der Verteidigungskosten abzuwehren. Um eine glaubwürdige Neutralitätspolitik führen zu können, benötige Schweden eine verhältnismäßig starke Verteidigung. Reduziere man ihre Kosten, sei dies gleichbedeutend mit einer einseitigen Abrüstung, die wiederum Schweden unregierbar mache.

Diese Auffassung herrscht in den Führungsgremien der Sozialdemokraten schon seit längerem vor, war bisher jedoch nicht so ausgeprägt vorgetragen worden, dazu wurde die Parteispitze erst von der Abrüstungsfraktion in den eigenen Reihen provoziert, an deren Spitze der Frauen- und Jugendverband sowie die christliche Fraktion, die Bruderschaftsbewegung, stehen. Diese erinnerten Palme an einen vor drei Jahren gefaßten Kongreßbeschluss, der einen realen

Abbau der Verteidigungskosten und eine Umverteilung zugunsten der Zivilverteidigung vorsah. Der Vorsitzende kontierte, dies habe für eine begrenzte Periode gegolten, jetzt gehe es um eine längerfristige Linie, und da könne man die veränderte Situation im nördlichsten Teil Europas nicht ignorieren.

Schon in seiner einleitenden Rede zur Außenpolitik hatte Olof Palme einen resoluten Ton angeschlagen. Schwedens Neutralitätspolitik werde ungläubig, wenn hinter ihr nicht eine militärische Macht stehe, die in der Lage sei, das Land in Friedenszeiten vor Eindringlingen zu schützen, und sie nicht über eine Stärke verfüge, die im Krieg einen eventuellen Angreifer abschrecke. „Wir müssen in der Lage sein, denjenigen, der unseren Luftraum und unsere Gewässer kränkt, abzuweisen.“ Eingehend auf die in den vergangenen Jahren erfolgten Grenzverletzungen durch U-Boote wiederholte Palme den Standpunkt der Regierung, daß die ungetragenen Besucher auch mit einer Versenkung rechnen müßten.

Die schwerwiegenden Verletzungen schwedischen Territoriums

durch die Sowjetunion haben unser Verhältnis zu ihr belastet. Wir haben nicht gezögert, dagegen zu protestieren“, erklärte Olof Palme und fügte hinzu: „In Bezug auf nationale Souveränität und internationales Recht weichen wir keinen Zentimeter. Wir beugen uns nicht vor den Großmächten.“ Aber der Parteivorstand versicherte auch, keinen Antisowjetismus zu betreiben und deswegen bestrebt zu sein, den Dialog und den politischen Reiseverkehr mit Moskau aufrechtzuerhalten.

Palme und Thunborg setzten sich schließlich durch. Auffallend war, daß sie alleine diesen Kampf führten, während die Gegenseite etliche Redner ins Feld führte. Dagegen erlitt die Parteiführung eine peinliche Niederlage, als der Kongreß die Einführung einer generellen Video-Zensur beschloß. Obwohl bisher schon die Verherrlichung von Gewalt in Wort, Bild, Film und Video strafbar ist, soll es nun zusätzlich eine vorherige Prüfung aller Video-Bänder, auch derjenigen, die nur privat verkauft werden, geben. Diese Auflage bezeichnete Kultusminister Bengt Göransson als praktisch undurchführbar.

Dioxin-Labor in Stuttgart beschlossen

zhk, Stuttgart

Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland ein eigenes Untersuchungslaboratorium für Dioxin einrichten, gab Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) in Stuttgart bekannt. Einen entsprechenden Beschluß hat die Regierung in Stuttgart bereits gefaßt. Für das neue Projekt der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt in Stuttgart stellt das Land eine Million Mark zur Verfügung.

Regierungssprecher Matthias Kleintert erklärte, zwar werde derzeit von der Bundesregierung im hessischen Langen ein Dioxin-Zentrallabor eingerichtet, jedoch könne die neue Institution schon aus Kapazitätsgründen „nur eine begrenzte Zahl“ an Untersuchungen auf die einzelnen Bundesländer verteilen.

Das Kabinett in Stuttgart beschloß außerdem eine Förderung von Abwasserreinigungsanlagen im ländlichen Raum.

Auschwitz begann nicht in Auschwitz

Von PER AHLMARK

Es ist immer so, daß man heute die Schlachten von gestern schlägt. Heute denken in Europa noch immer viele, daß der Antisemitismus die Züge von gestern trägt. Antisemitismus ist für sie das, was in den dreißiger und vierziger Jahren geschah: ein schreiender Diktator mit einem kleinen Schnauz, hartgesichtige SS-Offiziere, die Juden zum Transport in die Todeslager zusammentrieben.

Bemerkenswert am Antisemitismus ist aber seine Flexibilität. Sein Endziel ist dasselbe, aber die Strategie und das Vokabular werden verändert. Diktatoren aus dem Nahen Osten kommen heute nach Europa und erzählen uns, daß sie gegen die Juden nichts einzuwenden hätten, der Zionismus aber eliminiert werden müsse. Viele Menschen in Europa werden durch diese Maskerade getäuscht. Wir alle wissen, daß Antisemitismus in der Verkleidung des

Antizionismus in den vergangenen Jahren in Europa große Erfolge verbuchen konnte.

Die Politiker unserer Länder drücken häufig ihre Bewunderung für Raoul Wallenberg aus. Am nächsten Tag empfangen sie aufs herzlichste Besucher von Organisationen, die die Zerstörung des Staates Israel verlangen. Es genügt nicht, sich dem Antisemitismus der Vergangenheit zu widersetzen. Wir müssen den Antisemitismus der Gegenwart bekämpfen.

Dabei ist traditioneller Antisemitismus heute auch überall in Westeuropa anzutreffen. Es werden Bomben gegen Synagogen, jüdische Schulen und Gemeinden geworfen. Wiederum werden jüdische Geschäfte und Juden und jüdische Restaurants von Extremisten aller Farben angegriffen. Und einmal mehr wurden jüdische Friedhöfe entheiligt. Das Neue am Antisemitismus sind die alten Stereotypen, die in der Propaganda jetzt gegen den jüdi-

schen Staat gerichtet werden. Antisemitismus ist die Diskriminierung des jüdischen Staates.

Der traditionelle Antisemitismus wollte vor 40 Jahren glauben machen, daß die Juden kein Existenzrecht hätten. Antizionisten sagen heute, daß der jüdische Staat keine Existenzberechtigung habe. Antisemiten verweigern den Juden ihre Meinungs-, Kultur- und Religionsfreiheit. Antizionisten verweigern dem jüdischen Volk das Recht, ein nationales Bewußtsein in einem jüdischen Staat zu entwickeln.

Auschwitz begann nicht in Auschwitz. Auschwitz begann mit systematischen Versuchen, die Juden illegal werden zu lassen, die Juden von anderen zu isolieren und die öffentliche Meinung auf die geplante Vernichtung des jüdischen Volkes vorzubereiten. Heute bemerken wir auf dem internationalen Parkett systematische Versuche, den jüdi-

schen Staat illegal werden zu lassen, Israel in der Staatengemeinschaft zu isolieren und die öffentliche Weltmeinung auf die geplante Vernichtung Israels vorzubereiten.

Antizionismus ist der wichtigste Teil des neuen Antisemitismus in Europa. Wir sollten darauf mit gestärkten Beziehungen mit Israel reagieren. Wenn Israel zur Zielscheibe des Antisemitismus wird, dann ist es unsere Pflicht, uns mit der Existenz des jüdischen Staates zu solidarisieren.

In diesem Kampf gegen den Antisemitismus sollten wir uns in Europa gegenseitig unterstützen. Wir wissen aus der Katastrophe, was geschehen kann, wenn man sich dem Antisemitismus nicht widersetzt. Der Antisemitismus beginnt immer mit den Juden, er hört aber nicht bei den Juden auf. Antisemitismus ist immer eine Einladung an die Katastrophe. Am Ende werden wir alle Opfer sein. Zu Raoul Wallenbergs Tagen waren

in Budapest jene die gefährlichsten Antisemiten, die Europa judenrein machen wollten. Heute sind es jene, die den Nahen Osten judenstaatsrein machen wollen.

Ich bin nicht Jude. Ich stamme aus einem kleinen Land, das während 170 Jahren Frieden genießen konnte. Ich vertritt keine politische Partei und keinen Staat mehr. Aber ich weiß, daß ich im Namen von Millionen und Millionen von Europäern spreche, die von unseren Ländern eine starke Hand gegen den Antisemitismus verlangen. Es ist an der Zeit, uns gegen jene auszusprechen, die unsere Zivilisation mit Angriffen auf die Juden und den jüdischen Staat unterminieren.

Per Ahlmark ist Politiker und Publizist in Schweden. Er gehört der schwedisch-israelischen Freundschaftsliga in führender Stellung an und war Mitglied im Europa-Parlament. Der Artikel ist dem israelischen Wochenblatt für die Schweiz entnommen.

Grüne fliegen erstmals mit der Bundeswehr

AP, Bonn

Entgegen früheren Absichtserklärungen benutzt jetzt erstmals ein Abgeordneter der Grünen in offizieller Mission ein Flugzeug der Bundeswehr. Wie ein Fraktionssprecher gestern in Bonn mitteilte, wird der Bundestagsabgeordnete Hubert Kleinert zusammen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und anderen Mitgliedern des Finanzausschusses im Bundesrat zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank fliegen.

Beim Einzug der Grünen in den Bundestag hatten mehrere Abgeordnete zunächst die Benutzung von Militärmaschinen aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Der Sprecher teilte mit, die Fraktion der Grünen habe inzwischen nach längerer Debatte beschlossen, die Frage in das Belieben jedes einzelnen Abgeordneten zu stellen. Kleinert wird von dem Nachrücker Ludger Volmer begleitet.

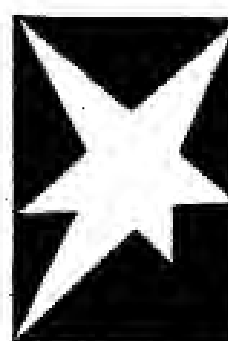
DIE SCHLEIERHAFTE REVOLUTION



DR. PETER SCHOLL-LATOUR, Herausgeber des STERN, studierte politische Wissenschaften, Philosophie und arabische Sprachen. Er begann als Zeitungs- und Hörfunk-Journalist, arbeitete als Afrika-Korrespondent.

den ARD, gründete das ARD-Studio in Paris und war Programmredakteur des WDR. 1971 wurde er Leiter des Pariser ZDF-Studios. Er schrieb die Bestseller „Tod im Reisfeld“ und „Allah ist mit den Standhaften“.

In Teheran forderten Tausende von Frauen die Todesstrafe - für die Mißachtung der Verschleierrungspflicht. Das Revolutions-Komitee hat ein dichtes Netzwerk der Überwachung und Bespitzelung über das ganze Land gelegt. Aus dieser Kontrolle gibt es kein Entkommen. Den von vielen erhofften sozialen Wandel hat die Revolution offenbar nicht gebracht. Peter Scholl-Latour schildert das Leben nach der islamischen Revolution. Er besuchte als einer der wenigen westlichen Journalisten das berüchtigte Evin-Gefängnis, in dem politische Gefangene nach Folter und Gehirnwäsche wie dressiert den Ayatollah und die islamische Republik hochleben lassen. Er



stern

erlebte die Front des „heiligen“ Krieges gegen den Irak. Madschnun, übersetzt „Ins der Verrückten“. Lesen Sie den Bericht von Peter Scholl-Latour. Die Woche im STERN.

Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhr b. Bremen, Berlin, Großschmiedel b. Hannover, Lohne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Hothem-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Walldorf b. Heidelberg, Furth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München. IKEA Versand: 05732/8980.

Koalition will Türkeihilfe fortsetzen

MANFRED SCHELL, Bonn

Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages haben die Koalitionsfraktionen die „Deutsche NATO-Verteidigungshilfe“ für die Türkei durchgesetzt, die Bonn zwar seit 1984 umverteilt, aber von der SPD in jüngster Zeit abgelehnt wird. Es handelt sich diesmal um 130 Millionen Mark. Genehmigt wurden auch die Militärhilfen für Griechenland (70 Millionen Mark) und für Portugal (45 Millionen Mark). Die Sozialdemokraten haben sich im Ausschuss lediglich gegen die Zahlungen an die Türkei gewandt, während die Grünen eine generell ablehnende Haltung einnahmen.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Hans Klein (CDU), sagte auf Anfrage der WELT, für die Türkeihilfe gebe es aus deutscher Sicht mehrere Gründe. Im Vordergrund stehe die „geopolitische Bedeutung“ der Türkei an der Südostflanke der NATO. Die Türkei sei schließlich das einzige Mitgliedsland im westlichen Bündnis, das unmittelbar an die Sowjetunion angrenze. Der Bundesrepublik Deutschland müsse auch daran gelegen sein, einen künftigen EG-Partner, der es „wirtschaftlich schwer hat“, auf einem Feld zu unterstützen, auf dem er „Gemeinschaftsaufgaben erfüllt“.

Der Demokratisierungsprozess in der Türkei, so sagte Klein, könne durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit „von uns ermutigt und befördert“ werden. „Weil es noch viele offene Menschenrechtsprobleme gibt, die uns im Blick auf den NATO-Partner beschweren, ist der Weg der konstruktiven Kooperation geeigneter, als durch Brüderkürungen schließlich Verhärten hervorzurufen.“ Vorhaltungen der SPD kommentierte Klein mit dem Hinweis, daß die SPD selbst in den Jahren unmittelbar nach dem Militärputsch die Zahlungen für die Türkei gebilligt habe.

Die KPF kehrt wieder in ihr Getto zurück

Sie präsentiert sich als Sammelbecken der Enttäuschten

A. GRAF KAGENECK, Paris
Mit einer lange nicht mehr getübten Diskretion hat die kommunistische Partei Frankreichs eine dreitägige Sitzung ihres Zentralkomitees zur Vorbereitung des 25. Parteikongresses im kommenden Frühjahr abgeschlossen. Die 150 Schreibmaschinenseiten lange Rede des Generalsekretärs Georges Marchais wurde nicht, wie sonst üblich, an die Presse gegeben. Aussätze sollen im Parteiorgan veröffentlicht werden. Stimmung im Partei-Hauptquartier und Umgang mit Journalisten weisen darauf hin, daß die eiserne Zeiten des Gettos, aus der die Partei 1981 ausgebrochen war, wieder bei der KPF eingeleitet sind.

Es war die erste ZK-Sitzung nach dem historischen Bruch der 1972 beschlossenen Links-Union mit den Sozialisten und dem Auszug der vier kommunistischen Minister aus dem Kabinett Fabius. Die Partei muß einen neuen Standort bestimmen. Sie steht wieder allein. Wähler und Mitglieder fragen sich, was nun werden soll. Ein Zurück scheint ausgeschlossen. Sowohl Marchais wie der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei, Lionel Jospin, haben eine Fortführung oder Wiederaufnahme des Links-Bündnisses umständlich abgelehnt. Jospin ließ seine Parteigänger wissen, daß die „Hauptaufgabe der Sozialisten jetzt die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise und nicht eine abstrakte Klärung der Standpunkte mit der Leitung der Kommunistischen Partei“ sei. Marchais seinerseits lapidar: daß der „Versuch einer Allianz mit den Sozialisten ein Reinfall“ gewesen sei und so schnell nicht wiederholt werde.

Allerdings gibt es in der KPF „Erneuerer“ und „Reformatoren“, auf die die Parteileitung offenbar stärker als bisher Rücksicht nehmen muß. Sie sind namentlich bekannt und scheuten sich im letzten Sommer bei

der Zuspitzung der Krise in der Linken nicht, offen nach einer „neuen Richtung“, einer „Kulturrevolution“ und nach einer „personellen Entscheidung“ (sprich: Wechsel an der Spitze der Partei) zu verlangen. Unter ihnen sind das Politbüro-Mitglied Pierre Juquin, die früheren Minister Anicet Le Pors und Marcel Rigoud oder der leitende Redakteur des Parteiblatts, Claude Cabanes.

Lange Zeit hatte die Parteiführung nichts gegen sie unternommen, bis Marchais Anfang August in einem parteiinternen Ukas die Dissidenten aufforderte, in die Disziplin zurückzukehren. „Einige Mitglieder des Zentralkomitees haben offenbar den Kopf verloren“, hieß es da, und „es gibt einen organisierten Flügel, der die Auflösung der Partei anstrebt“. Marchais hatte auf dem Fest der Parteizeitung vor acht Tagen einen der Rebellen, Pierre Juquin, dem öffentlichen Spott ausgesetzt, indem er vom „Genossen Tabu“ sprach. Alle Welt wußte, daß Juquin vorher eine Zentralkomitee-Debatte „ohne jedes Tabu“ verlangt hatte.

In dem Zentralkomitee haben die Erneuerer offensichtlich ihre Köpfe wieder eingezogen. Marchais erleichterte es ihnen, indem er in seiner Rede von seinem Willen sprach, das „demokratische Leben der Partei zu verbessern“. Damit gab er zu, daß die Partei an Haupt und Gliedern neu geformt werden müsse. Was seine Person angeht, so hatte Marchais schon im Sommer nach Rückkehr aus einem Rumänienurlaub wissen lassen, er werde der Partei da zu dienen wissen, wo man ihn hinstelle. Über seine eventuelle Absetzung aber kann in jedem Fall erst der Kongreß entscheiden. Bis dahin heißt die Lösung des ZK: Kampf für die Rechte der Arbeiter, gegen die Austeritätspolitik der Regierung, Sammlung der „Enttäuschten des Sozialismus“ hinter dem Banner der KPF.

Nach dem Vorbild Khomeinis streben die Moslems zur Macht

Von CHRISTEL PILZ

Junge Männer in wallenden Gewändern, weißen Hekelbäppchen auf dem Kopf und mit dunklen Bärten, so ihnen Bärte wachsen, ziehen gegenwärtig durch die Dörfer Malaysias. Sie halten religiöse Versammlungen und Seminare ab, sie predigen in Moscheen. Und sie machen das schon seit Jahren. Unermüdlich, Tag um Tag. Es ist Teil ihrer Vorbereitung im Kampf für einen islamischen Staat. Sie preisen Khomeini, weil ihm eine islamische Revolution gelang und sie kopieren sein Thema der Unterdrückung. Die Moslems in Malaysia seien unterdrückt, weil die Regierung nicht islamisch ist und der Staat nicht auf den Gesetzen des Islams basiert. Eine einfache Logik, die ihre Anziehungskraft auf die Menschen nicht verfehlt.

Die Anhängerschaft der neuen Garde malaisischer Islamgelehrter wächst. Erst waren es Hunderte. Jetzt sind es Tausende, die zu den Veranstaltungen strömen, um ihre redigierten neuen Führer zu hören. Zu ihnen gehört Haji Hadi Awang, der an der Kaiserin-Universität als Azhar studierte. 37 Jahre alt ist er, und mit magischer Kraft spricht er in die Herzen der Gläubigen.

Hadi predigt nicht Gewalt. Er glaubt, so sagt er, an einen Wahlentscheid. Deshalb ist er Mitglied der „Parti Islam sa Malaysia“ (PAS), die vor Jahren aus der Regierungskoalition „Nationale Front“ austrat, noch in den Parlamentswahlen von 1982 schwere Einbußen erlitt, die sich seither aber reorganisierte und junge Advokaten des islamischen Fundamentalismus in ihre Parteispitze wählte. Die Grenzen zwischen Religion und Politik verwischen. Es entsteht eine kraftvolle Opposition wider die „Vereinigten nationalen Organisation der Malaien“ (UMNO), die Partei, die traditionell die malaisische

Volksgruppe vertritt und deshalb von jeder die nationale Führung stellt.

Gezielt begannen die PAS-Strategen, sich an die Wahlhochburgen von UMNO heranzumachen, so in den Bundesstaaten Trengganu, Kelantan, Perlis und besonders Kedah, wo der Wahlkreis von Premierminister Mahathir liegt. Mahathir ist der starke Mann der UMNO, ein nationaler Führer, der in die Zukunft blickt und in seinem Land der Plantagen und der Zimmern mit Windeseile die Fundamente zur Industrialisierung hochzieht. Für PAS ist Mahathir die Ausgeburt des Teufels, dabei hat Mahathir in den drei Jahren seit seiner

Frieden scheinen die PAS-Ideologen wenig zu stören. Da die Malaien die „Söhne der Erde“ (Bumi Putras) sind, haben die anderen sich zu fügen, sollten die Malaien sich für einen Islamstaat entscheiden. Worte, die in den Ohren der Chinesen und Inder als Ansage zu neuem Rassenkampf klingen.

Als Warnung an religiöse Extremisten und zur Abkühlung aufgewiegelter Volkselemente hat die Regierung Mitte Juli drei PAS-Aktivisten in Gewahrsam gesetzt – keine Führer, um keine Märtyrer zu machen – und Anfang August alle politischen Versammlungen in den vier Bundesstaaten verboten.

Außerdem will UMNO ihrerseits eine landesweite Kampagne zur Aufklärung über die Arbeit der Regierung beginnen. „Zu lange“, sagt Saizun Junid, Minister für ländliche Entwicklung und Generalsekretär von UMNO, zur WELT, „haben wir das Feld der Information der PAS überlassen.“ Zu lange habe PAS der Regierung „unislamische“ Politik vorgeworfen, und deshalb werde UMNO jetzt fragen, wie das „islamische Programm“ von PAS wirklich aussieht. Dem dazu wußte PAS bislang nichts zu sagen.

Der Parti Islam, meint Landwirtschaftsminister Anwar Ibrahim, der bis 1982 selbst einer der radikalsten Islamführer war, gehe es um nichts anderes als um politische Macht. „Dies ist kein religiöser, dies ist ein politischer Kampf.“

Leicht aber wird die Zurückdrängung des religiösen Extremismus nicht sein. Die Prediger des Islamstaats haben sich mit Leib und Leben ihrem Ziel verschrieben. Neulich hat eine islamische Sekte, die sich Darul Arkam nennt, sogar Pferde gekauft. Mohammed habe gesagt, jedermann müsse reiten können, wenn die Zeit des Heiligen Krieges kommt.

MALAYSIA

Aufnahme viel für den Islam getan. Er gründete eine islamische Bank und eine islamische Universität, verbesserte die Beziehungen zur islamischen Welt, erlaubte dem Iran Khomeini, eine Botschaft in Kuala Lumpur zu eröffnen. Doch was auch immer Mahathirs Regierung zur Förderung des Islam unternimmt, es wird von PAS als „unislamisch“ abgetan aus dem einfachen Grund, weil Malaysia kein Islamstaat ist.

Zwar ist der Islam Staatsreligion, doch angesichts der Tatsache, daß nur die Malaien Moslems sind und die Malaien nicht mehr als knapp 51 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachen, haben die Väter der Unabhängigkeit 1957 (von den Briten) dafür gestimmt, Staat und Religion zu trennen. Denn neben den Malaien sind da die buddhistischen Chinesen (24 Prozent), die hinduistischen Inder (9 Prozent) und animistische Dschungelstämme.

Rassenprobleme und religiöser

Trifft Reagan Gromyko schon am Sonntag?

dpa/AP, New York

US-Präsident Ronald Reagan wird wahrscheinlich schon am Sonntag den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko bei einem Empfang im Waldorf Astoria-Hotel in New York treffen, zu dem Reagan die Chefs der Delegationen bei der 39. Vollversammlung der UNO eingeladen hat. Das Weiße Haus gab bekannt, es rechnet mit der Anwesenheit Gromykos. Außerdem wird der sowjetische Außenminister, der inzwischen in New York eingetroffen ist, am Freitag kommender Woche mit Reagan in Washington zusammenkommen. Einen Tag zuvor ist eine Begegnung mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale vorgesehen. Am Rande der UNO-Vollversammlung, die den amerikanischen UNO-Botschafter Lasker zum Tagungspräsidenten gewählt hat und deren Schwerpunktthemen Abrüstung sowie Abklärung sind, werden auch Bundesaußenminister Genscher mit Gromyko sprechen. Nach der Absage der Besuche Honeckers und Schiwkows wird dieser Begegnung, bei der Genscher das Interesse der Bundesrepublik an einer Fortsetzung des Ost-West Dialogs zum Ausdruck bringen will, besondere Bedeutung beigemessen.

Kairo: Fast neue Mine gefunden

AP, Kairo

Bei der internationalen Minensuche im Roten Meer und im Golf von Suez haben nach Mitteilung des ägyptischen Verteidigungsministers Abdel Halim Abu Ghasala britische und ägyptische Minensucher im Golfgebiet eine „fast nagelneue Mine“ gefunden. Die Bergung werde mit äußerster Vorsicht vorgenommen, da nicht bekannt sei, ob der Sprengkörper einen Zeitzähler habe.

Fernseh-Programme:

Wer klar sehen will, braucht FUNK UHR

Planen Sie mit
FUNK UHR

Ihr Fernseh-Wochenprogramm.



● Groß und übersichtlich ● Farbig ●
Mit dem Super-Video-Service ●

Für Funkanlagen und -systeme Subunternehmer

in Norddeutschland gesucht mit guten Kenntnissen
auf dem Gebiet der Mikroprozessorsteuerung, Design u. Entwicklung.

Zuschriften erbeten unter K 9659 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FINANZANZEIGEN

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIEGESELLSCHAFT

Auslosungen

Durch unseren Treuhänder wurden heute folgende Auslosungen vorgenommen:

Zur Rückzahlung am 31. Dezember 1984:
1. um 8% Hypothekendarlehen **Em. 30** **JI** - 270 024 -
(28. Auslosung) die Stücke mit den Nummern: 13, 95, 105, 116, 136, 159, 145, 156, 161, 168, 169, 239, 378, 404, 415, 422, 424, 429, 455, 456, 459
Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. 7. 1985 u.
Zur Rückzahlung am 1. Februar 1985:
2. um 7 1/2% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 108** **FA** - 270 546 -
(8. Auslosung) sämtliche Stücke mit der Endziffer: 3
Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. 8. 1985 u.

Rückzahlungen

Nach den Anleihebedingungen werden folgende Emissionen zur Rückzahlung fällig:

Zur Rückzahlung am 1. November 1984:
3. um 10% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 138** **MM** - 270 367 -
Einzureichen sind nur Mängel
(Zinsscheine per 1. 11. 1984 werden separat vergütet)
4. um 8% Hypothekendarlehen **Em. 248** **1.11.gj.** - 270 108 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -
5. um 10% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 317** **1.11.gj.** - 270 507 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -
Zur Rückzahlung am 2. November 1984:
6. um 10% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 322** **2.11.gj.** - 270 510 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -
Zur Rückzahlung am 1. Dezember 1984:
7. um 7 1/2% Hypothekendarlehen **Em. 141** **JD** - 270 077 -
Einzureichen sind nur Mängel
(Zinsscheine per 1. 12. 1984 werden separat vergütet)
8. um 8% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 144** **JD** - 270 370 -
Einzureichen sind nur Mängel
(Zinsscheine per 1. 12. 1984 werden separat vergütet)
9. um 8% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 259** **1.12.gj.** - 270 451 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -
10. um 8% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 278** **1.12.gj.** - 270 474 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -
Zur Rückzahlung am 2. Januar 1985:
11. um 8% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 288** **2.1.gj.** - 270 563 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -
Zur Rückzahlung am 1. Februar 1985:
12. um 9% Kommunalschuldverschreibungen **Em. 282** **1.2.gj.** - 270 478 -
Globalfunden - stückloser Verkehr -

Die Einlösung aller gelosten bzw. fälligen Stücke erfolgt an unserer Kasse in Hamburg sowie bei allen Kreditinstituten. Die Verzinsung endet am Fälligkeitstag. Fehlende Zinsscheine werden vom Einlösungsbetrag abgezogen. Bei den in Globalfunden verbrieften Emissionen erfolgt die Gütschrift über die Kassenverläufe.

Hamburg, den 18. September 1984



Hypothekenbank
in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1972

- WKN 463 541/50 -

Auslosung

Bei der am 12. September 1984 unter notarieller Aufsicht vorgenommenen Auslosung sind die Teilschuldverschreibungen der

Serie 5 - WKN 463 545 -

mit den Stücknummern

24 001 bis 30 000 zu je DM 1 000,-

67 201 bis 69 000 zu je DM 5 000,-

im Gesamtbetrag von DM 15 000 000,- gezogen worden. Die Einlösung der verlosenen Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 2. Januar 1985 an zum Nennbetrag gegen Vorlage der Mängel mit Zinsscheinen per 1. 1. 1985 u.f. bei folgenden Kreditinstituten sowie deren in Deutschland gelegenen Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westfälische Landesbank Gremiozentrals
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayrische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayrische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalkbank -
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonsbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Tinkhaus & Burkhart
M. M. Warburg-Braunmann, Wirtz & Co.
Westfälische Bank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Dezember 1984.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. Januar 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise ausgelöst.

Von den bisher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 4, 7, 8, 9 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im September 1984

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

Kommission
der Europäischen Gemeinschaften

Neuartige, lukrative und risikoreiche Existenzgründung in BRD, AU + CH

für Damen und Herren mit guter Allgemeinbildung, die das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden wollen.

SIE suchen eine selbständige Existenz, anstößig, evtl. auch nebenberuflich.

SIE wollen überdurchschnittlich verdienen (über 100 000 DM p.a.) -

SIE wollen das Existenzrisiko minimieren -

SIE wollen psychologische Entlastungsmöglichkeiten und Freude am Umgang mit Menschen -

SIE haben Telefon, TV, Videorecorder u. Fax -

SIE verfügen über Investitionsbzw. Kreditkapital von 12 000,- DM. Diese können als Einstandskapital auch in Teilbeträgen geleistet werden.

WIR GARANTIEREN jedem unserer Systempartner vom Startweg ein Einkommen, ein Vielfaches der sonstigen monatlichen Existenzgrundlage.

WIR BETEILIGEN gesonderten Persönlichkeiten risikoreiche, sichere, lukrative, selbständige Vorhaben im Rahmen einer im gesamten deutschsprachigen Raum tätigen Organisation mit bester Tätigkeit.

WIR VERBÜRGEN kurzfristig für alle 66 Großstädte der BRD, alle Hauptstädte der 8 Bundesländer in Österreich sowie für die deutschsprachigen Großstädte der Schweiz, lukrative Existenz-Verträge mit Gebührensicherung.

Rufen Sie Ihre vollständige Bewertung mit Lichtbild unter L 8009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir laden Sie dann kurzfristig zu einem Informationsgespräch.

Große deutsche Kapitalanlagegesellschaft sucht
starke Vertriebsgruppen und Vertriebspartner
für den Vertrieb von Erwerbsmodellen in der BRD.
Hohe, korrekte und schnelle Auszahlung der Provisionen.
Telefonische Kontaktaufnahme: 02 21 / 72 00 18-4.

Das Kompaktangebot der kurzen Wege.

Rund 90 Aussteller aus dem In- und Ausland freuen sich auf Ihren Besuch. Schwerpunkte ihres Angebotes sind Eigentumswohnungen sowie Ein- und Mehrfamilienhäuser, Kapitalanlage-Objekte im In- und Ausland, Beuherren-, Bauräger- und Erwerbsmodelle, Gewerbe- und Industrie-Objekte.

Außerdem Finanzierungsberatung, Versicherungen, Bauteile, Bausätze sowie Ferienwohnungen und -häuser im In- und Ausland. Sie finden hier ein Angebot, das in seiner Konzentration einmalig ist. Im Rahmenprogramm täglich Fachvorträge und Expertentipps. Kostenlos für Besucher der Immobilien-Messe.



10. IMMOBILIEN-MESSE

Grundstücke · Häuser · Wohnungen

MESSE ESSEN · 20. - 23.9.84 · 10 - 18 Uhr

Info: Messe Essen GmbH, Postfach 10 61 65, D-4300 Essen 1, Tel. 0201 12 12 12

FUSSBALL / Werden Spieler nur durch die Höhe der Ablöse arbeitslos? - Der Fall Wolfgang Kneib

Arbeitsämter machen Profi-Klubs regreßpflichtig. Arminia Bielefeld führt jetzt einen Musterprozeß

Frankfurt. Ronald Borchers, 27 Jahre alt, ehemaliger Fußball-Nationalspieler, hat bei Eintracht Frankfurt 300 000 Mark im Jahr verdient. Jetzt, nachdem er sich mit seinem Arbeitgeber nicht über einen neuen Vertrag einigen konnte, ist er ohne Engagement. „Arbeitslos“ heißt das auch bei den Fußball-Profi-Clubs. Also kassiert Borchers Unterstützung vom Arbeitsamt. Ein Vorgang, den nicht nur die 2,5 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik als sozial ungerecht empfinden können. Die Arbeitsämter reagieren. Sie machen die Bundesliga-Klubs regreßpflichtig.



Fast ein Jahr 1980 Mark monatlich kassiert: Kneib. FOTO: SVN SIMON



Seit Saisonbeginn arbeitslos: Kneib. FOTO: WERK

Arminia Bielefeld wehrt sich dagegen. Der Verein will jetzt einen Musterprozeß gegen das Arbeitsamt der Stadt führen. Die Behörde verlangt nämlich die Rückzahlung der Beträge, die der ein Jahr lang beschäftigungslose Torwart Wolfgang Kneib kassiert hatte. Die Beispiele für die Haftung der Arbeitsämter häufen sich. So wurde der Hamburger SV im Falle seines damaligen Torwarts Rudi Kargus bereits zur Kasse gebeten. Inzwischen wurde auch Eintracht Frankfurt im Falle Borchers zur Stellungnahme aufgefordert.

Hamburgs ehemaliger Torwart Kargus (jetzt 1. FC Nürnberg) erhielt vom 3. Juli bis zum 25. September 1980 Arbeitslosengeld. Mit den Sozialbeiträgen waren es 9090,89 Mark, die das Arbeitsamt vom HSV erstattet haben wollte. Zur Begründung schrieb der damalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef

Stingl, an den HSV: „Maßgeblich dafür, daß im Anschluß an die Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses bei Ihnen nicht unverzüglich ein neues Beschäftigungsverhältnis mit einem anderen Verein zustande kam, war Ihre hohe Abloßforderung von zunächst 1,7 Millionen Mark.“

In diesem Punkt sind sich Spieler wie Kneib, Borchers oder Kargus einig. Schuld daran, daß wir stempeln gehen mußten, waren die hohen Abloßforderungen.“ So bestehen die Frankfurter immer noch auf eine Transfersumme von 950 000 Mark für ihren früheren Nationalspieler. Die Arbeitgeber der Spieler aber, die Bundesliga-Klubs, sind da ganz anderer Ansicht. Wolfgang Klein, Rechts-

anwalt und Präsident des Hamburger SV, sagt: „In 90 Prozent aller Fälle scheitern Verhandlungen an zu hohen Forderungen der Spieler und nicht an der Abloßsumme.“ Rudi Kargus war 1980 mit dem angebotenen Konditionen nicht einverstanden, er wollte einen längeren Vertrag herauskassieren. Daraufhin verlangte sein Verein eine Ablöse in Höhe von 1,7 Millionen Mark. Kargus war somit arbeitslos, aber er spielte beim 1. FC Nürnberg weiter. An der hohen Summe, so glaubt auch Ronald Borchers, sei sein Wechsel zu Borussia Dortmund geknüpft.

Jörg Auf der Heyde, Präsident von Arminia Bielefeld, erinnert sich im Fall Kneib: „Für ihn war überhaupt kein Interesse da.“ Auch der Torwart wollte einen Vertrag, der über drei Jahre läuft. Mit Gehaltssteuern hatte er sich einverstanden erklärt, dennoch kam keine Einigung zustande. Die Klage von Arminia Bielefeld gegen das Arbeitsamt Bielefeld ist inzwischen anhängig, ein Termin steht noch nicht fest. Kneib hatte immerhin fast ein Jahr den Höchstlohn von rund 1900 Mark im Monat erhalten.

Der Gesetzgeber beruft sich auf den Paragraphen 128 b des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Diese nachträgliche Bestimmung aus dem Jahre 1981 halten die Vereine für verfassungswidrig. Harald Böhm, Vize-Präsident von Eintracht Frankfurt, glaubt sogar, daß diese Bestimmung als Konsequenz aus dem Fall Kargus entstanden sei. „Als Grund für die Arbeitslosigkeit wird einfach die Abloßsumme unterstellt. Entscheidend für das Arbeitsamt ist, daß Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt werden muß. Dabei kommt es allein darauf an, daß eine Abloßsumme besteht, nicht, ob das Arbeitsverhältnis daran scheitert.“

Die Bundesligaklubs fühlen sich ebenso wie der Deutsche Fußball-Bund als Dachorganisation vom Gesetzgeber überrumpelt. DFB-Justizier Götz Möller sagt: „Ein Lizenzverein darf nicht anders gestellt sein als andere Arbeitgeber. Doch der Verband überläßt es den betroffenen Vereinen, die Probleme zu lösen.“ Jörg Auf der Heyde: „Der DFB befürwortet unseren Musterprozeß und leistet gewissenmaßen geistigen Beistand.“

Hörfunk-Hits (9): Der „Zündfunk“ vom BR riskiert gern eine kesse Lippe

„Wir polstern uns nicht in Pop-Watte“

Zündstoff im Zündfunk - seit genau zehn Jahren wirbt dieser Slogan für das Jugendmagazin des Bayerischen Rundfunks auf Welle 2. Und täglich ist dieser Zündfunk mit seinen Magazinen und Musiksendungen für junge Hörer „auf Sendung“.

Der Mix, heiße Eisen anzupacken, das Konzept, jungen Hörern engagierte Informationssendungen täglich anzubieten, und die starke Beteiligung Jugendlicher bei Konzept und Präsentation der Themen: dies ist heute mehr denn je im aktuellen Radio konkurrenzfähig gegenüber reinen Unterhaltungsangeboten für junge Leute“, erklärt vehement der vierzigjährige „Zündfunk“-Chef Christoph Lindemeyer, ein studierter Theologe und Publizist.

Funkeln hat diese Sendung schon häufig genug geschlagen. Ärger, Beschwerden gab es zuhauf. Die Nörgler und Kritiker sitzen vor allem in etablierten Positionen. Besonders von Seiten der bayerischen Politiker gab es oft Einwände im Zündfunk gegen diese „saloppen“ Sendungen der Jungen, die scheinbar alle heiligen Kühe schlachten und zu allem noch eine kesse Lippe riskieren. „Doch dank bester Recherche aller Themen“, wie Lindemeyer und die zuzuständige Redakteurin Mercedes Biedler stolz unterstreichen, gingen bis jetzt alle Eingaben vor dem Rundfunkrat mit einem Schulterschluss, sogar mit einer Aufmunterung vorüber, doch auf dieser Welle so weiter zu machen wie bisher.

In der letzten Zeit ist allerdings eine Wandlung eingetreten. Lindemeyer: „Die Politiker zeigen derzeit ein starkes Interesse am Dialog mit der Jugend.“ So allen immer häufiger Minister ins Studio und stellen sich der Diskussion. Gerold Tandler, damals noch Innenminister, diskutierte im „Zündfunk“ mit Hausbesitzern; sein Nachfolger Karl Hillermeier nahm in einer Live-Sendung Stellung zum „Gautinger Todesanschlag“, und Bundesminister Jürgen Warnke sprach hier mit jungen Hörern über die Probleme der Dritten Welt.

An die 70 Themenbereiche werden im „Zündfunk“ pro Monat angepöschelt. Klar, daß darunter so mancher Stolperstein zu finden ist. Andererseits können die Initiatoren dieses Programms mit einer Fülle von Auszeichnungen aufwarten. So zählt Lindemeyer auf: den Rosenstraß-Jahrespreis von einer Münchner Boulevardzeitung, den Ernst-Schneider-Preis der Deutschen Industrie, den Medienpreis des Bundes der Heimatvertriebenen und auch den Robert-Geisendorfer-Preis der Evangelischen Kirche in Deutschland. „Doch Preise“, so wehrt Lindemeyer ab, „stärken uns zwar den Rücken, aber sie werden von Erwachsenen gemacht. Wichtiger ist uns das Feedback der jungen Hörer.“

Und das ist enorm. Seitenlange Briefe erhält die Redaktion täglich. „Briefe, die man nicht mit einer Null-zehn-fünfzehn-Antwort abfertigen kann“, so die Redakteurin Biedler, „da müssen wir uns schon hinstellen, um dem Schreiber in seiner Not helfen zu können.“ Manchmal stehen die jungen Hörer gleich im Studio, um an Ort und Stelle zu diskutieren. Auch zahlreiche Anrufe beweisen, wie sehr diese Sendung den Nerv der Jugendlichen trifft. Lindemeyer, früher „Bayern-III“-Redakteur und langjähriger Lei-

ter des Jugendfunks, weiß allerdings nur zu genau, daß die Auflagenzeiten der Briefkästen größere Einschaltquoten haben als seine Zündfunksendung. Denn die Zeiten (Montag bis Freitag zwischen 18.05-19.00 Uhr; Samstag und Sonntag 14.00-16.00 Uhr und täglich 23.00-24.00 Uhr) liegen für die Jugendlichen sehr ungünstig. Außerdem sind sie eingebunden zwischen Sendungen, die wenig attraktiv sind für die Jugend. Wer den Sender also hören will, muß gezielt einschalten.

Seit Jahren plädiert der Jugendmagazin-Chef dafür, den „Zündfunk“ in „Bayern III“ einzubringen, der den ganzen Tag über läuft. Doch er stößt bei den Programm-Verantwortlichen auf taube Ohren. Wenn er nun sagt: „Wir machen ein Programm, das eine Antwort ist auf alle jene Leute, die glauben, internationaler Popkommerz sei deckungsgleich mit den Informationsbedürfnissen junger Hörer“, dann meint Lindemeyer damit auch, daß die Jugendlichen heute vielfach „unterfordert“ werden.

Gegen diesen Trend steuert der „Zündfunk“ bewußt an. So gibt es z. B. hier jeden letzten Freitag im Monat eine im deutschen Medienbereich fast einzigartige Kostbarkeit: eine Klassik-Sendung nachbarschaftlich für Jugendliche. Hier sollen ganz bewußt Berührungspunkte mit der E-Musik abgebaut werden, und „ganz bewußt Grenzüberschreitungen provoziert werden“ (Lindemeyer).

„Wir polstern uns auch in Zukunft nicht in Pop-Watte“, sagt Lindemeyer. Die nächste „Zündfunk“-nächte nur den Sauerstoff. ROSE-MARIE BORNGÄSSER

NACHRICHTEN

Karpow nahm Ruhepause
Moskau (dpa) - Die vierte Partie der Schach-Weltmeisterschaft wurde am morgen vertagt. Titelverteidiger Anatoli Karpow nahm gestern eine Auszeit. Sein Herausforderer Garri Kasparow, der 0:1 zurückliegt, hat seinen ersten von drei Ruhetagen (in den ersten 24 Partien) am letzten Freitag eingelegt.

Streik beendet
Madrid (sid) - Der Streik der spanischen Fußball-Profi wurde nach 16 Tagen beendet. In einer 13 Stunden langen Sitzung einigten sich die Vertreter der Spieler und der Klubs unter anderem darauf, daß ein Verein, der seine Spieler nicht mehr bezahlen kann, absteigt. Die ersten beiden Spieltage der Meisterschaft hatten die Vereine der ersten Liga mit Amateur- und Jugendspielern bestritten.

Interesse an Six
Mülhausen (sid) - Frankreichs Fußball-Nationalspieler Didier Six (30) wird von deutschen Klubs umworben. Der Flügelstürmer, der bereits für zwei Jahre beim VfB Stuttgart spielte und jetzt dem Zweitligaverein FC Mülhausen angehört, nannte drei Vereine, die an seiner Verpflichtung interessiert sind: Mönchengladbach, Braunschweig und Hertha BSC Berlin.

Manecke Zweite
Nanking (sid) - Ingra Manecke, deutsche Meisterin im Diskuswerfen, belegte beim Sportfest von Nanking mit 58,92 Metern den zweiten Platz hinter Margitta Pufe aus der „DDR“ (59,04 m).

adidas verklagt
San Francisco (SAD) - Der Fußball-Spieler Joe Montana hat die deutsche Sportartikel-Firma adidas auf neun Millionen Dollar Schadenersatz verklagt. Der Grund: Die Firma habe ohne seine Einwilligung einen Schuh mit dem Namen „Montana“ auf den Markt gebracht. Ein adidas-Sprecher erklärte, der Schuh sei nicht nach dem Spieler, sondern nach dem US-Bundesstaat benannt, wie es zuvor schon bei Seattle wie „Oregon“, Atlanta, „Seattle“ und „New York“ der Fall gewesen sei. Joe Montana, der für San Francisco 49 spielt, stand bei adidas von 1981 bis 1984 unter Vertrag und kassierte für das Tragen von Schuhen dieser Firma rund 25 000 Dollar.

ZAHLEN

- FUSSBALL**
Europapokal, erste Runde, Hinspiele, Pokalsieger Rapid Wien - Besiktas Istanbul 4:1 - UEFA-Cup: Bohemians Dublin - Glasgow Rangers 2:3, Glenfortran Belfast - Standard Lüttich 1:1, FC Reykjavik - Queens Park Rangers 0:3, Red Boys Differdingen - Ajax Amsterdam 0:0, Videco SC (Ongana) - Dukla Prag 1:0 - Länderpokal: Mexiko - Argentinien 1:1 - Freundschaftsspiel: SV Erzhausen - Eintracht Frankfurt 3:15.
- TENNIS**
Grand-Prix-Turnier in Bordeaux, erste Runde, Herrene: Pecci (Paraguay) - Stamosso (Schweiz) 2:0, 7:5, 6:4, Higueras (Spanien) - Freys (Frankreich) 6:4, 6:1, Nyström - Courtieu (Frankreich) 7:5, 6:3.
- ROLIKUNSTLAUF**
Weltmeisterschaft in Novara/Italien, 5. Spieltag: Deutschland - Brasilien 2:1, Argentinien - Schweiz 7:2, Portugal - Niederlande 4:2, Chile - Spanien 5:2, Italien - USA 5:3.

EISHOCKEY

Kanadas Sieg positiv für die Zukunft

sid/dpa, Edmonton. Kanada hat zum zweiten Mal den Eishockey-Pokal gewonnen, den es selbst gestiftet hat, um zu beweisen, daß es immer noch die besten Spieler der Welt besitzt. 16 000 Menschen sangen im Northlands Coliseum von Edmonton, O Kanada, Da bist unschütterlich und feierten ihre Helden. Der Kanada-Cup bleibt in der Heimat, die drei Jahre alte Demütigung durch die Mannschaft der Sowjetunion ist vergessen. Damals hatten die Russen das entscheidende Spiel der Finalrunde mit 8:1 gewonnen.

Diesmal hatten die Kanadier das Team der UdSSR schon im Halbfinale ausgeschaltet (3:2), und Schweden wurde in den beiden Endspielen mit 5:2 und 6:5 bezwungen. Ist das nordamerikanische Profi-Eishockey nun wieder stärker als das Spiel skandinavischer und sowjetischer Prägung? Eines steht fest: Der Sieg der Kanadier ist wichtig für die Entwicklung des Sports. Es war ein Triumph der furchtlosen Offensive über das kalte Kalkül der in der Abwehr erstarrten Schweden und Sowjets.

Dieses Ergebnis eröffnet dem seit vier Jahren von spielerischen, technischen und taktischen Stillstand und sogar Rückschritt bedrohten Eishockey eine vielleicht bessere Zukunft. Die sowjetische Mannschaft steckt nämlich offensichtlich in einer Phase des Umbruchs. Nach dem Rücktritt ihres Weltklasse-Torwarts Wladislaw Tretjak errichtete sie in ihrem Abwehrdrittel ein Bollwerk und ist nur noch auf Konterangriffe angewiesen.

Mit einer ähnlichen Taktik versuchten es auch die Schweden. Daß sie scheiterten, lag am riskanten Angriffsspiel der Kanadier, deren Vorstoß geprägt war von den acht Profis des Klubs Edmonton Oilers, der in diesem Jahr zum ersten Mal die nordamerikanischen Profi-Meisterschaften, den Stanley-Cup, gewonnen hat. Schwedens Trainer Leif Boork: „Vor dem Tor sind sie die besten Eishockey-Spieler der Welt.“

PROFIBOXEN

Jassmann Manipulation vorgeworfen

sid, Koblenz. Der deutsche Berufsbox-Sport bleibt sich trotz einiger hoffnungsvoller Ansätze selber treu. Nach dem Kampf des Halbschwergewichters Manfred Jassmann um den Titel eines Europameisters am letzten Samstag in Dortmund wird dem ehemaligen Amateur und seinem Trainer Uli Risties Manipulation vorgeworfen. Risties hatte bereits in der vierten Runde des Kampfes das Handtuch geworfen, um Jassmann vor den Schlägen der Titelverteidiger Alex Blachard (Holland) zu schützen.

Jetzt meldete sich Wolfgang Müller, der Technische Leiter der Veranstaltung und ehemalige Manager von Karl Miltenberger, zu Wort: „Risties hat das Zeichen zur Aufgabe aus schlechtem Gewissen gegeben, denn Jassmann war für eine Europameisterschaft nicht in Form. Er wollte nur noch die Kohlen abholen und hat in den drei Wochen nach einem Trainingslager in Florida kaum noch trainiert.“ Als Konsequenz daraus, so Müller, werde dem gescheiterten Herausforderer der Restbetrag seiner 50 000-Mark-Börse (es geht um 9000 Mark) nicht mehr ausbezahlt.

Jassmann bezeichnet diese Vorwürfe als „völlig lächerlich“. In einem Telefongespräch stellte er Müller zur Rede: „Ich habe alle seine Behauptungen entkräftet, da hat er den Hörer einfach aufgelegt. Das Ganze muß ihm im Vollrausch eingefallen sein, oder aber die viel zitierten Spätwirkungen des Boxens zeigen bei ihm Wirkung.“

Müller hatte Jassmann beschuldigt, er habe sich noch zwei Tage vor dem Kampf in einer Dortmunder Disco bis zwei Uhr morgens bei einer Miß-Wahl herumgetrieben, seine Aufgabe sei abgekartetes Spiel gewesen. Jassmann: „Von wegen. Diese Miß-Wahl findet erst jetzt in meinem Heimatort Koblenz statt. Am fraglichen Abend habe ich mit Dortmund Amateuren trainiert.“ Der Kommentator von Risties, Jib bin seit 30 Jahren Trainer und lasse mir die Verantwortung nicht nehmen.“

MOTORSPORT

Niki Lauda lobt neuen Nürburgring

dpa, Nürburgring. Der neue Kurs für die Formel 1 ist optimal, es gibt nicht die geringste Unebenheit und die Absicherung für Fahrer und Fahrzeug ist heute nicht besser lösbar. Der Österreicher Niki Lauda weiß wovon er spricht. Acht Jahre nach seinem Unfall auf dem Nürburgring testete der Ex-Weltmeister mit dem McLaren-Porsche die neue Streckenführung, die am 7. Oktober mit dem vorletzten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, dem Großen Preis von Europa, seine Premiere feiert.

Die Zuschauer müssen sich zwar ungewöhnen, doch dem neuen Ring fehlt es im Vergleich zum alten überhaupt nicht an Atmosphäre, meinte Lauda, der am 1. August 1976 mit seinem Ferrari in der zweiten Runde des Großen Preises von Deutschland von der Strecke abgekommen war. Das Auto prallte gegen eine Felswand, wurde auf die Straße zurückgeschleudert, von nachfolgenden Rennwagen gerammt und stand sofort in Flammen. Kollegen zogen ihn aus dem brennenden Wrack. Er hatte schwere Brandverletzungen am Kopf und innere Verletzungen erlitten. Tagelang lag er in einer Ludwigshafener Spezialklinik im Tod.

Als Sprecher der Formel-1-Fahrer hatte Lauda später kritisiert, die fast 23 Kilometer lange Nordschleife des Nürburgrings sei aus Sicherheitsgründen für moderne Rennwagen nicht mehr geeignet. Als Ende 1976 die Formel-1-Lizenz für den Nürburgring ausfiel, wurde sie nicht mehr erneuert. 82 Millionen Mark investierte das Land, um den 4,5 Kilometer langen Kurs wieder wetterbeständig zu machen.

Sehen zum Saisonende auslaufenden Vertrag mit dem englischen McLaren-Rennstall hat Lauda, der mit 10,5 Punkten Vorsprung in der Weltmeisterschaft vor seinem Teamkollegen Alan Prost führt, noch nicht verlängert. Seine angeblichen Kontakte zu Renault, hätten sich in einem reinen Informationsgespräch erschöpft.

Seit acht Monaten pflegt Lutz Waldner ein Liebesverhältnis mit der verheirateten Greta Steinbeiß. Damit niemand etwas von ihrer Union erfährt, vereinbarten sie ihre Treffen brieflich. Waldner schreibt seiner Geliebten unter dem Namen „Marion Winterfeldt“. Als plötzlich Herr Steinbeiß jene Frau Winterfeldt kennenlernen möchte, schlüpfte eine Bekannte in diese prekäre Rolle. 0,65 Tageslohn

Und doch scheitern die Kollegen, die mit dem Risiko und unter Erfolgsdruck arbeiten müssen, im Vorteil. Sie kennen Ausgangsposition und Konsequenzen. Sie können neu beginnen. ULLA HOLTHOFF

KRITIK

Ein weiter Weg zu Hitchcock

Eigentlich war alles da von dem Stoff, aus dem die Thriller sind: eine zündende Idee, eine abenteuerliche Handlung, wuchtige Bilder und passende Gesichter. Und doch wurde aus Erich Amblers Roman Eine Art von Zorn (ZDF) nicht der prickelnde Atemhauber, den Krimimeister Hitchcock einst aus „Topkapi“, einem anderen Ambler, gemacht hat.

Wenn sich ein Reporter, auf der Suche nach einer schönen verschwindenden Frau, in einen politischen Untergrundkampf verwickeln läßt, um schließlich alles zu gewinnen: die Story, die Frau und das Geld, das sich aus allerlei knallharten Schacher mit den befähigten Partnern herauspressen läßt, so müßte das Zug um Zug, Schlag auf Schlag geschehen. Aber Regisseur Ulrich Edel, im Detail geschickt, war offenbar allzu sehr in seine kräftig ausgeleuchteten Szenen vernarrt, es fehlte an der eleganten Komposition, vor allem am nötigen Tempo. So verkümmerten die vorgesehenen Höhepunkte, die Handlung zerrann. Der Zu-

schauer hieß das Ende gähnend willkommen.

Der Weg zu Hitchcock ist eben weit. Daß er überhaupt begangen wird, will dennoch was heißen. MARIUS PERMANN

„Schade um die vergeudete Zeit!“

Man kann nicht sagen, daß die deutschen Fernsehschalter bisher wenig über jene 30 000 ehemaligen „DDR“-Bewohner berichtet haben, die seit Anfang des Jahres in den freien Teil Deutschlands ausreisen durften. Man kann jedoch sehr wohl sagen, daß in diesen Berichten, die oft nur Schnellschüsse waren, lazes und vorurteilvolles Umgehen mit der brisanten Problematik dominierte - überzeugender Journalismus die Ausnahme war.

Nun hat WDR III eine Arbeit vorgelegt, die über die ersten 100 Tage von zwei Familien und drei Singles aus Dresden, Ost-Berlin, Königs Wusterhausen und Zittau informiert - und zwar mit einer solchen Sensibilität und Präzision, daß das Prädikat „herausragend“ eher unter als überreicht.

Verantwortlich für Buch und Regie des Films ist Peter F. Leopold, bis 1979 selbst „DDR“-Bewohner. Keine Eingewöhnungsschwierigkeit wird geleugnet, kein nervendes Problem geschönt. Aber es wird auch nichts übertrieben. Keine besserwisserischen Kommentare relativieren die erfahrungsgeladenen Antworten der Befragten: Die doppelte Betroffenheit kommt ausführlich zu Wort, und vor allem: Es ist ihr Wort, das in diesem Film zählt.

Natürlich ist der Anfang schwer. Natürlich streift das Bürokratielabyrinth. Natürlich brennen die Augen vom bunten Warenangebot, spürt man gerade in den ersten Wochen, wie knapp das Geld noch ist. Aber dann, nach einem Monat oder zwei: „Im Westen sind wir“ jetzt, „so weit wie im Osten nach fünf, sechs Jahren.“ Oder: „Mich hat die Intensität überreicht, mit der hier gelebt wird. Ich bereue die vergeudete Zeit der DDR.“ Den Wechsel bereut deshalb keiner.

Bleibt nur zu hoffen, daß Leopolds Film sehr bald bundesweit (und damit auch in der „DDR“) zu sehen sein wird. ULRICH SCHACHT

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 Fußball-Europapokal
11.25 „Ich habe sie gegost ...“

14.00 Tagesschau
14.10 Friedrich Luft im Gespräch mit Brigitte Hornay
14.25 Deutschland
14.30 Ein guter Lehrer (2)
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.15 Rock-Deck
Ein Prozess über Taten und Töten des Städtebaus
Trabantenstädte, durch Straßen zerschnittene Wohngebiete oder an Wochenenden veränderte Stadtzentren: mit diesen Ängsten, die Millionen von Menschen betreffen, beschäftigt sich heute ein fiktives Stadt-Gesicht, das die Schuldigen für die monotonisierte katastrophale Wohnsituation finden will.

21.05 Musikvideo
TV-Diskothek International
Mit Rick Springfield, Flat Lux, Robin Gipp, Frida, Jennifer Rush u. a.
22.50 Tagesschau
23.00 Tagesschau

14.00 heute
14.04 Die Dritte Welt beginnt bei uns
Im Rahmen einer „Dritte-Welt-Woche“ beschäftigen sich Schüler einer westfälischen Schule mit den Problemen der Entwicklungsländer.
Anschl. heute-Schlagzeilen
14.35 Kleiner Abenteuer
14.50 heute / Aus den Ländern
15.15 Tagesschau
15.30 Zwei schwarze Schafe
Geschichten aus Kölnmühl
Die Oma aus Leipzig
Dazu heute-Schlagzeilen

19.00 heute
19.30 Der große Preis
20.30 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
2. Der unersättliche Hunger
Krebs - Schlüssel zur Heilung
1. Auf der Suche nach neuen Konzepten
Krebs gilt hierzulande noch immer als die am meisten gefürchtete Krankheit. Das Gesundheitsmagazin befaßt sich nun in zwei Sendungen mit dem Krankheitsbild und den Behandlungsmethoden, möchte aber bei Betroffenen keine falschen Hoffnungen wecken, sondern Kranke dazu ermutigen, sich gegen ihr Leiden aufzulehnen.

21.05 heute-journal
22.05 Nichts Neues unter der Sonne?
Sonderreihe von Joachim Kaiser
2. Der unersättliche Hunger
22.50 Sunny & Marie
Ein Starprogramm der Travestie aus dem Mainzer „unterhaus“
0.05 heute

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Eine Liebe zu Di
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Jeff Chandler, Loretta Young u. a.
Regie: Joseph Pevney
21.05 Neben in der Geschichte
22.15 Klippe der Geschichte
Süleyman der Prächtige
23.15 Dialekt Six
Verteilung auf südostafrikanisch
0.05 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.30 Deutsche Puppentheater
Theater am Faden
19.00 Ungewöhnliches Leben
Meine Kinder: 28 Mütter
19.05 Foto als Hobby
Weitwinkel fotografie
20.00 Tagesschau
20.15 Der Silberbach
Englischer Spielfilm (1959)
Mit A. Guinness, Bette Davis u. a.
Regie: Robert Hamer
21.05 Heute
Eine filmische Lektüre der Erzählung „Montauk“ (1974)
Von Richard Dindo
22.05 Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg zum Kennenlernen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendecho
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendecho
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
19.25 Nachrichten
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Bezauberte Äste der Churris
Die dunklen Jahre - Sauerbruch
21.10 Sport unter der Lippe
Nur für Baden-Württemberg:
21.55 Trio let Trumpf - Beck ist der Größte - und Offi mag ich auch
22.00 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
21.55 Gütebuch

BAYERN

19.00 Die Bezauberten
Ein bairisches Stück von Carl Off
20.05 Eine fröhliche Konfirmation
21.00 Nachrichten
21.05 Z. E. N.
22.00 Avanti Avanti
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Regie: Billy Wilder
0.15 Nachrichten
0.20 Gute Nacht, Sender!



Kommisarin Wiegand (Karin Anna) will vom Ehepaar Steinbeiß (Rita Russek, Wolf-Dietrich Berg) Informationen über die tote Yvona Krause (Tatort - ARD, 25.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

SED verschärft ihre Forderungen an Bonn

„Volle Respektierung“ einer eigenen Staatsbürgerschaft verlangt

H. R. KARUTZ, Berlin
Die SED-Führung hat ihre politischen Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland verschärft. Einer der wichtigsten Berater Erich Honeckers, der Staatsrechtler Professor Wolfgang Weichert, verlangt jetzt die „volle Respektierung“ einer „DDR-Staatsbürgerschaft“. Wer dem nicht Rechnung trägt, stört und verhindert das Zustandekommen normaler Beziehungen, heißt es warnend in einem weiteren Kommentar des SED-Blattes.

Der Bundesregierung wird in dieser seit Honeckers Gesandten-Punkt vom Oktober 1980 ausführenden juristischen Darlegung der Vorwurf gemacht, ihr gehe jeglicher Sinn für politische Realität ab, falls sie „noch immer nicht begreift“, daß alle Versuche zum Scheitern verurteilt seien, die „Souveränität der DDR in Frage zu stellen oder zu verletzen“.

Der Kommentar stellt augenscheinlich den Versuch dar, auch gegenüber Moskau die anhaltenden Bemühungen der SED-Führung zu untermauern, von Bonn ein Entgegenkommen in Sachen Staatsbürgerschaft zu erreichen. Die Äußerungen sollen überdies dem sowjetischen Verbündeten signalisieren, daß eine politische „Fraternisierung“ mit dem Klassenfeind im übrigen Deutschland nicht zu befürchten sei.

Honecker hatte sich kürzlich in moderaten Tönen zu dem Thema geäußert und lediglich von „wichtigen Fragen“ gesprochen, die „eine Rolle spielen“. Selbst in der eigentlichen „heißen“ Vorbereitungsphase des Besuchs hatte Ost-Berlin nicht verlangt, daß der Gesandte Katalog einschließlich der Staatsbürgerschafts-Frage auf dem Sprechzettel von Kohl oder Honecker stehen müsse.

Professor Weichert schlägt jetzt andere Töne an: „Wenn verantwortliche Politiker der BRD glauben, internationale Rechtsnormen nach Belieben außer Kraft setzen zu können, dann

widerstehen sie sich dem Gebot sowohl des Völkerrechts als auch des politischen Realismus. Man kann nicht für die Normalisierung der Beziehungen sein, wenn man in elementarsten Fragen die Wirklichkeit nicht so sieht, wie sie ist. An den Realitäten freilich ändert eine solche widersinnige Haltung nicht das geringste. Sie haben existiert, existieren und werden weiter existieren – ungeachtet aller bornierten Phantasereien, selbstfabrizierter Dokumente und Haarspaltereien, die gegen die Wirklichkeit ins Feld geführt werden mögen.“

Mit dem Vorwurf, „selbstfabrizierter Dokumente“ spielt Weichert offenbar – wie Honecker in seinem Interview – auf die jeweils überreichten Briefe zur „Deutschen Einheit“ bei den Ostverträgen an. Auch Ost-Berlin hatte – wie vorher Moskau – am 21. Dezember 1972 widerspruchlos einen Brief von Egon Bahr an seinen Gesprächspartner Michael Kohl entgegengenommen, in dem flankierend zum Grundvertrag die weiterhin gültige Bonner Rechtsauffassung deutlich mitgeteilt wurde: „... daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Im übrigen enthält, das weiß auch die SED-Spitze, der Grundvertrag den bekannten Protokollvermerk. Bonn erklärte: „Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden.“

Die Attacke Weicherts muß im Zusammenhang mit Andreottis Äußerungen gesehen werden. Die Worte des Christdemokraten, der noch im Sommer mit seinem Premier Craxi in Ost-Berlin war, befürchten die „DDR“-Führung und lassen es ihr geraten erscheinen, wieder das Thema „Gera“ in den Vordergrund zu stellen.

Im Wortlaut: Andreottis Erklärungen

DW, Bonn

Auf dem Pressefest der KPI-Zitung „Unita“ sagte Andreotti: „Eine Sorge war in vielen Ländern sehr stark, beginnend mit Polen, in anderen Ländern des Warschauer Pakts, aber sagen wir es nur, auch in Ländern außerhalb des Warschauer Pakts. Das heißt: Die Bedenken sind doppelt zu sehen. Wir sind alle einverstanden, daß die beiden deutschen Staaten gute Beziehungen haben. Das ist ein Beitrag zum Frieden, den niemand unterschätzt. Aber es muß klar sein, daß man in dieser Richtung nicht übertreiben muß. Das heißt – man muß anerkennen, daß der Pangermanismus etwas ist, was überwunden werden muß. Es gibt zwei deutsche Staaten – und zwei deutsche Staaten müssen es bleiben.“

Als Reaktion auf die Bonner Proteste erklärte er: „Ich hatte in meiner Erklärung vom 13. September in Rom nicht die Absicht, den Begriff der großdeutschen Umtriebe auf die Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, sondern nahm einzig und allein auf die neuesten Vorfälle in Innsbruck Bezug.“

„Es geht nicht nur um das Recht der Deutschen“

ms/DW, Bonn

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Hyhn hat die Auffassung vertreten, der italienische Außenminister Andreotti sollte nach seinen umstrittenen Äußerungen zu deutschen Frage Konsequenzen ziehen und seine Ämter als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten sowie als Vizepräsident der Europäischen Volkspartei aufgeben. Im Gespräch mit der WELT sagte der CSU-Politiker, bei der Bewertung der Andreotti-Worte, die „ausgerechnet auf einem Schließbündentag der Kommunistischen Partei“ gefallen seien, müsse klar werden, daß es nicht nur um die Deutschen und deren Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung in Freiheit gehe. Hyhn: „Die Frage des Selbstbestimmungsrechts trifft nicht nur die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, sondern sie betrifft die Polen, die Tschechen und die anderen Völker im sowjetischen Herrschaftsbereich insgesamt.“

Madaus bestätigt: 566 000 Mark für die CDU

DW, Köln

Der wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung angeklagte Unternehmer John-Werner Madaus hat vor dem Amtsgericht Köln bestätigt, daß er von 1969 bis 1972 und von 1974 bis 1979 die CDU durch Zahlungen an drei der Partei nahestehenden gemeinnützigen Einrichtungen unterstützte. Für die von den zwölf Gesellschaften der Firma gezahlten Spenden in Höhe von 566 000 Mark, die an die Partei weitergeleitet werden sollten, habe er Quittungen zur Vorlage für die Finanzämter erhalten. Madaus: „Ich bin mir keiner strafrechtlichen Schuld bewußt.“

Wien ist über Andreotti empört. Südtirol wieder in der Diskussion

Kreisky und Gratz gegen Vorwurf des „Pangermanismus“ / Kein Verzicht auf Selbstbestimmung

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Nach der Eindämmung des Konflikts zwischen Bonn und Rom wegen der Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti über den „Pangermanismus“ ist es zu einer schweren Verstärkung zwischen Österreich und Italien gekommen. Regierung und Öffentlichkeit werfen Andreotti vor, die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland auf Kosten Österreichs beigelegt zu haben. Der Italiener hat erklärt, er habe mit dem Vorwurf des „Pangermanismus“ nicht die Bundesrepublik und die Deutschen, sondern „gewisse Vorfälle“ bei den jüngsten Andreotti-Hofen-Feiern in Tirol gemeint. Bei einem Festzug in Innsbruck waren in der vergangenen Woche Forderungen nach einer Wiedervereinigung Tirols und nach Selbstbestimmung für Südtirol, das zum italienischen Staat gehört, laut geworden.

Sowohl der neuernannte österreichische Außenminister Leopold Gratz (SPÖ) als auch der ehemalige Bundeskanzler und jetzige Ehrenvorsitzende der Sozialistischen Partei, Bruno Kreisky, haben den nun von Andreotti gegen Österreich ins Feld geführten Vorwurf des Pangermanismus zurückgewiesen.

Gespräch in New York

Gratz sprach von einem möglichen Versuch, aus dem Streit mit Bonn herauszukommen (WELT v. 19.9.). Die von Andreotti nachträglich als Ausrede herangezogene Innsbrucker Veranstaltung sei ein „Festzug fröhlicher Menschen“ gewesen. Gratz bekräftigte, kein anderer – und folglich auch nicht er als österreichischer Außenminister – könne im Namen der Südtiroler auf das Selbstbestimmungsrecht verzichten.

Als positiv bezeichnete Gratz eine Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Craxi, wonach Rom be-

reit sei, die noch offenen Forderungen des „Pakets“ – der Südtirol-Autonomie – zu erfüllen. Gratz kündigte an, daß er mit Andreotti während der UNO-Vollversammlung in New York zusammentreffen wolle. Er werde den italienischen Außenminister nicht so sehr nach dessen umstrittenen Äußerungen als vielmehr danach fragen: „Wie geht es möglichst rasch im Interesse der Südtiroler weiter?“

Der ehemalige Bundeskanzler Kreisky sagte, die Meinung vieler Österreicher über die Selbstbestimmung Südtirols entspreche dem, was die Deutschen für ihre Situation wollten. Kreisky bezeichnete es als unfair, daß Andreotti den Streit mit der Bundesrepublik jetzt auf dem Rücken Österreichs bereinigen wolle. In einem Fernseh-Interview vertrat er die Ansicht, Andreotti habe den „Fauxpas“ mit seinen Äußerungen zur deutschen Frage bewußt begangen. Der Sowjetunion sei alles recht, was die Einheit des Westens schwäche. In diesem Sinne habe Andreotti dem Westen keinen guten Dienst – „um nicht zu sagen: einen Bärendienst“ – erwiesen.

Kreisky bezeichnete die deutsche Frage als „an sich offen“, weil es das „Phänomen und Problem der Wiedervereinigung“ gebe. Unmittelbare Aktualität habe sie aber nicht. Außer den Amerikanern (Kreisky: „Die sind weniger zynisch und ehrlicher“) wolle aber niemand ein vereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern – vor allem die Russen – werten.

Kreisky erwähnte dann, daß Charles de Gaulle sich ihm gegenüber gegen eine deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen und bemerkt habe, die Deutschen hätten als „Erzatz“ für die nationale Einheit die Aussöhnung mit Frankreich und die Einbettung in die Europäische Gemeinschaft erhalten.

Wenn man schon die Grenzen nicht verändern könne, dann sei es ver-

nünftig, ein „Nahverhältnis“ zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ im Interesse der Menschen in beiden Staaten zu erreichen. Jedes kommunistische Regime in Europa wolle sich mehr „Freiraum“ schaffen. Das Streben kommunistischer Staaten nach nationaler Identifikation finde aber dort seine Grenzen, wo der sowjetische Machtblock gefährdet werde.

Kreisky: „Wo es zu weit geht, kommen die Panzer.“ Das sei in der Vergangenheit so gewesen und werde auch in Zukunft so sein. Das Freiheitsstreben der Völker, die unter dem Kommunismus leben, so sagte Kreisky, könne erst dann erfolgreich sein, wenn es innerhalb der Sowjetunion zu „gewissen Entwicklungen“ komme.

Zusagen nicht erfüllt

Politische Beobachter vertreten die Auffassung, daß der italienische Außenminister mit seinem Rückzugsgedächte nun ungewollt der schwelenden Südtirol-Frage neuen und für Italien keineswegs günstigen Auftrieb gegeben habe. In Südtirol mit seiner heute zu zwei Dritteln deutschsprachigen Bevölkerung wird seit langem Klage darüber geführt, daß die italienische Regierung die Autonomie, wie sie durch das zwischen Österreich, Italien und den Südtiroler Vertretern ausgehandelte „Paket“ und den „Operationalplan“ 1969 festgelegt wurde, nur zögernd und schleppend verwirklichte.

Es wurden sogar Stimmen italienischer Regierungsmitglieder registriert, wonach man die Autonomie der Südtiroler wieder eingrenzen und reduzieren müsse. Im einzelnen werden die Südtiroler der römischen Regierung vor, die Zusage einer Gleichstellung der deutschen Sprache mit dem Italienischen – vor allem in der Verwaltung, vor Gericht und bei der Polizei – nicht eingelöst zu haben. Seite 2: Panikalisierung

Tschernenko wirkte noch gebrechlicher

rr/APF, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko erschien am Dienstag bei seinem im Abendfernsehen gezeigten zweiten öffentlichen Auftritt seit Juli in offenbar verschlechtertem Gesundheitszustand. Seine Rede zur Verleihung des Lenin-Ordens an den Vorsitzenden der moskau-treuen Kommunistischen Partei Griechenlands, Harilaos Florakis, trug er mehrfach stockend vor; er schien unter Atembeschwerden zu leiden. Die Zeremonie fand nicht, wie sonst üblich, in einem der Festäle des Kreml, sondern in Tschernenkos Büro statt.

Während seiner vierminütigen Ansprache bewegte der sehr steif wirkende Staatschef, der am 24. September seinen 73. Geburtstag feiert, seinen rechten Arm nur ein einziges Mal. Er vermißt es, dem griechischen KP-Chef den Lenin-Orden an das Revers zu stecken, und beschränkte sich darauf, ihm ein Kästchen mit der Medaille auszuhandigen. In der vergangenen Woche kursierten in Moskau Gerüchte, Tschernenko sei wegen Herzbeschwerden stationär behandelt worden.

Verhandlungen über Hongkong beendet

AP/APF, Peking

Die Volksrepublik China und Großbritannien haben sich nach zweijährigen Verhandlungen im Detail über die Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong geeinigt. Die 1997 an China zurückzufallen soll. Dies bestätigten gestern Sprecher beider Länder in Peking.

Die Dokumente, die beide Verhandlungsdelegationen ihren Regierungen übermittelt, sollen am Dienstag kommender Woche vom britischen Botschafter Sir Richard Evans und dem stellvertretenden chinesischen Außenminister Zhou Nan im Entwurf abgezeichnet werden. Der britische Gouverneur von Hongkong, Sir Edward Youde, hält sich in London auf, um den Entwurf mit Premierministerin Margaret Thatcher zu erörtern.

Der Entwurf soll nach Presseberichten drei Zusätze enthalten, in denen die Verwaltung des jetzt 5,5 Millionen Einwohner zählenden Gebiets durch China, die Bodenpolitik und die Rolle einer gemeinsamen Kommission geregelt werden. Die Kommission soll über die Einhaltung der Vereinbarungen wachen. Bereits zuvor sollen sich beide Seiten darauf geeinigt haben, daß Hongkong unter chinesischer Souveränität noch 40 Jahre lang einen Sonderstatus bewahren kann.

Das drittgrößte Finanzzentrum der Welt soll während dieser Zeit den Status einer Sonderregion haben mit Garantien für seine politische, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Identität, für die Beibehaltung des Hongkong-Dollars als konvertierbare Währung und volle Reisefreiheit für seine Einwohner.

Die erste Reaktion der Hongkonger Börse auf die Nachricht von der Einigung war positiv. Der Aktienindex stieg gestern um 8,67 Punkte.

Sabotage beim NATO-Manöver?

PETER ZWICK, München

Deutsche und amerikanische Kriminalpolizei untersucht seit Montag einen Fall von möglicher Sabotage beim NATO-Manöver „Reforger 84“, bei dem in der Nacht zum Montag aus drei amerikanischen Tankfahrzeugen insgesamt 10 000 Liter Treibstoff entleert wurden.

Ein Sprecher des amerikanischen 7. Korps teilte mit, in der Nähe von Eisengsdorf im schwäbischen Landkreis Aichach-Friedberg seien 8000 Liter Flugbenzin, 1000 Liter Normalbenzin und 1000 Liter Dieselöl auf dem Waldboden ausgelaufen. 22 deutsche Feuerwehreinheiten wurden alarmiert und legten einen Schuttkteppich, um eine Explosion zu verhindern. Aus Furcht vor einer Verunreinigung des Grundwassers wurden außerdem 80 Tonnen Erdreich abgetragen. Erste Meldungen, wonach der Treibstoff nach dem Umkippen der Tankfahrzeuge ausgegossen sein soll, wurden später berichtigt.

Die amerikanische CID (Criminal Investigation Division) fand heraus, daß die Ablassventile von drei der insgesamt zwölf Tankfahrzeuge des mobilen Manöver-Tankstations „geöffnet“ worden waren. Die Befragung der für die Bewachung der Tankfahrzeuge zuständigen Soldaten wurde gestern fortgesetzt, ohne daß die Verantwortlichen bisher ermittelt werden konnten.

Auch die deutsche Kriminalpolizei, die in die Untersuchungen eingeschaltet wurde, konnte nach heute Vorläufigem nicht sagen, ob die Sabotage der Kriminalpolizei bestätigt ist. Für die Öffnung der Ablassventile an den Tankfahrzeugen spezielle Kenntnisse erforderlich sind.

Verblüffend voller Geschmack

bei
0,2/2

mg Nikotin/mg Kondensat (Durchschnittswerte nach DIN)

Die R1 bietet Ihnen verblüffend vollen Geschmack bei 0,2/2 durch:

- Eine ungewöhnlich aromatische Tabakmischung.
- Einen speziellen Strömungsfilter mit zwölfwacher Geschmackswirkung, der den Rauchstrom zuerst verlangsamt, dadurch die Geschmacksentfaltung steigert, dann den Rauchstrom bündelt und den Geschmack konzentriert.



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 2 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

Tel. 0711/602340

BAV-Präsident August Angerer 60



FOTO: KLAUS HOFMANN

August Angerer, seit 1981 Präsident des Bundesverbandes der Versicherungsunternehmen, wird am 20. September 60 Jahre. Der gebürtige Franke ist kein von außen kommender Karrierist auf diesem wichtigen Posten des Wettbewerbs- und Verbraucherschutzes, des (wo notwendig) Bewahrs deutscher Versicherungstradition und des (wo nötig) Förderers von Innovationen. Er gehörte schon seit den 60er Jahren dem Amt an. Über die Stellung des Leiters der Abteilung Rechnungslegung und Prüfungswesen wurde er 1971 Vizepräsident der Aufsichtsbehörde, die über rund 350 deutsche und 60 ausländische Versicherungsgesellschaften mit einem Beitragsvolumen von über 100 Mrd. DM wacht.

Angerer, promovierter Jurist und Diplom-Kaufmann, vereint in seiner Person Fachkompetenz und Durchsetzungsvermögen. Er gab seiner Aufgabe von Anfang an eine neue Kontinuität. Das schützte ihn freilich nicht vor Kritik aus den Reihen derer, die – je nach Standort und vorhandener Einsicht – gern von ihm andere Schwerpunkte gesetzt hätten.

HARALD POSNY

INSTITUTE OF INTERNATIONAL FINANCE / Mitgliederversammlung berät über Kredite an Dritte Welt

Evidenzzentrale – zu hochgesteckter Anspruch

H.A. SIEBERT, Washington
Das vor anderthalb Jahren in Washington von den Geschäftsbanken gegründete Institute of International Finance (IIF) – in Deutschland fälschlicherweise häufig als Evidenzzentrale bezeichnet – wird am Samstag auf einer Mitgliederversammlung die ersten Früchte seiner Arbeit vorlegen. Anlaß ist die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Studie einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von 45 internationalen Banken, darunter 17 amerikanischen und drei deutschen, über die künftige Kreditvergabe an die Länder der Dritten Welt. Strikt abgelehnt werden darin sogenannte Globalkreditlinien, die auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Anpassung in den Schuldnerstaaten und eine frühe Rückkehr zu einer „freiwilligen“ Darlehensgewährung der Banken zielt.

Diese uralten Erkenntnisse werden die Vertreter der inzwischen 185 Mitgliedsbanken aus 39 Ländern, auf die

85 Prozent der Bankausleihungen außerhalb der industrialisierten Welt entfallen, geradezu von den Stühlen reißen. Begeisterung werden sie auch verspüren, weil das IIF das Szenario des Währungsfonds übernommen hat, wonach die Verschuldungsprobleme bewältigt werden können, wenn die Weltkonjunktur in einen höheren Gang schaltet, die Inflation in Schach gehalten wird, die Realzinsen sinken, der Protektionismus nicht auswuchert und die Ölpreise stabil bleiben.

Für solche kühnen Schlüsse hätte es nicht eines Jahresbudgets in Höhe von 4,5 Millionen Dollar und eines Stabes von 32 Leuten bedurft. Die zugänglichen IWF-Berichte kosten nur ein paar Dollar. Schon auf dem Londoner Wirtschaftspfeifen wurden, wie ebenfalls von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wird, teilweise mehrjährige Umschuldungen mit niedrigen „spreads“ und längeren Laufzeiten empfohlen, vorausgesetzt, die Wirtschaft der Kreditnehmer marschiert in die richtige Richtung.

Nicht neu ist zudem die Überlegung, den privaten Sektor in der Drit-

ten Welt stärker zu schützen, um auf diese Weise ausländische Direktinvestitionen zu ermutigen. Schon seit langem verlangen die Amerikaner auch eine Differenzierung zwischen lang- und kurzfristigen Schulden; von Umschuldungen ausgenommen werden soll die Handelsfinanzierung. Die Verwendung von anderen Währungen als den Dollar bei der Kreditvergabe wird bereits praktiziert.

Die erste Präsentation des Instituts vermittelt den Eindruck, daß es in erster Linie für Banken ohne volkswirtschaftliche Abteilungen geschaffen worden ist. Großbanken können an dem gesammelten Material kaum interessiert sein; sie verfügen über eigene Länderdaten. Hinzu kommt, daß weder der IWF noch die Weltbank dem Institut ihre Bücher öffnen. Dort sitzen jedoch die Fachleute, die wirtschaftliche Bewegung in den Mitgliedsstaaten beobachten und in Perspektive rücken. Von vertraulichen Gesprächen beim Lunch vielleicht abgesehen, stehen dem IIF die gleichen Papiere zur Verfügung wie der breiten Öffentlichkeit.

Hinter die Qualität der dem Institut

verfügbaren Daten sind deshalb Fragezeichen zu setzen: Sie stammen aus den betroffenen Ländern und können nur schwer verifiziert werden. Wenn überhaupt, sind sie nur eine vage Hilfe. Bei Besuchen werden ein oder zwei Stabsmitglieder von zwei oder drei Vertretern der Mitgliedsbanken begleitet. Sie sollen sich, wie es heißt, „aktiv an den Gesprächen mit den wirtschaftspolitischen Instanzen beteiligen“. Bisher hat das IIF etwa 20 Länderberichte erstellt, davon ein Dutzend vor Ort, also in den Schuldnerländern.

Schon vom Ansatz her ist das IIF also keine „Evidenzzentrale“. Allenfalls läßt es sich als Sammelstelle für Informationen bezeichnen. Auch der Begriff „Sprachrohr“ geht zu weit. Zu hochgesteckt scheint der Anspruch auf ein verlässliches Frühwarnsystem. Nützlich ist wohl die Herstellung eines ständigen Dialogs zwischen den Gläubigerbanken, Schuldnerländern, multilateralen Organisationen und Regierungen. Aber die eigentliche Rechnung, die enge Kooperation mit Weltbank und IWF, ist nicht aufgegeben.

NAMEN

Alfred Hofmann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Wein- und Obst-Genossenschaft eG (WZO), Möllingen, wird am 21. September 60 Jahre.

Hayo Folkerts, Inhaber der Hayo Folkerts (Galama), Grünwald, wird am 21. September 80 Jahre.

Dieter Rolfes, Vorstandsvorsitzender der Frank'sche Eisenwerke AG, Dillenburg, feiert am 21. September das 60. Lebensjahr.

Alfred Lehner, Dezernent der Bayerischen Landesbausparkasse im Vorstand der Bayerischen Landesbank, ist zum Vorsitzenden des Auf-

sichtsrates der Bauland GmbH gewählt worden. Er ist Nachfolger von Dr. Josef Königbauer, der am 1. August in den Ruhestand getreten ist.

Felix Altenhofen scheidet als Vorsitzender der Geschäftsführung der zum französischen Saint-Gobain-Konzern gehörenden Vegia Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen, im gegenseitigen Einvernehmen zum 31. Oktober 1984 aus der Geschäftsführung aus. Als sein Nachfolger wird Dr. Gerhard Cromme, Mitglied der Geschäftsführung der Halberstädter GmbH, dem Aufsichtsrat vorgeschlagen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Oldesloe: Günter Knoese; Bocholt: Orion-Verlags-GmbH, Reken; Deggenhof: IMD Bau- u. Planungs-GmbH, Vlothar; Kessel: H. & K. Meierbetriebe GmbH & Co.; Arnold Dietz, Zehnert; RM Bauunternehmung GmbH; Gelsenkirchen: Kurt Schneider, Ing.; Klee: Paul Joosten, Kaufm. u. Agrar; Uedem: München: Ebelier Partner GmbH, Innenausbau - Bodenbeläge; Squashbury Freizeit GmbH, Daxau; ROY Audio-Video-Vertriebs-GmbH; Trautwein: Nachl. d. Erich Kriechbaum, Altmir; 2. RW Sportliches Kraftfahrzeug-GmbH, Pöding; Wesel: Nachl. d. Johann Franz Wente, Dinslaken.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Klee: Sonanini GmbH & Co. KG, Sonanini Verwaltungs GmbH, beide Kassel.

Nur noch drei vor dem Kammergericht

ot. Berlin

Zu der zweiten Runde im Verfahren wegen Kartellsprachen in der Baubranche vor dem neuen Hofgericht des Berliner Kammergerichts waren von sechs geladenen Firmen nur noch drei erschienen. Der Rest – E. Heitkamp, Herne, Leonard Moll GmbH & Co., München, sowie die F + N Kronibus GmbH & Co. KG, Kassel – hatte es sich zwischenzeitlich anders überlegt und das Bußgeld gezahlt. Verhandelt wird gegen die C. Baresel AG, Stuttgart, Strabag Bau AG, Köln, sowie die Thyssen Schachtbau GmbH, Mülheim.

In der Anklageschrift werden Baustellen in der ganzen Bundesrepublik genannt, für die Submissionsabsprachen getroffen worden sein sollen. Insgesamt geht es um ein Bußgeld von rund 2,5 Mrd. DM. Von den vom Kartellamt 1983 gegen 77 Bauunternehmen verhängten Bußgeldern von 54 Mrd. DM soll inzwischen die Hälfte gezahlt worden sein.

Gerling bringt „Abwehrprodukt“

J. G. Köln

Als erste deutsche Versicherungsgruppe bringt nun der Kölner Gerling-Konzern einen „Rendite-Sparplan mit Risiko-Lebensversicherung“ auf den Markt. Das neue Produkt, selbst von den Gerling-Managern „auch ein Abwehrprodukt“ genannt, soll die Antwort sein auf die im November 1983 von der Deutschen Bank begonnene (und seitdem mehrfach kopierte) Attacke, mit einer für Banken bis dahin hierzulande unüblichen Kombination von Sparplan/Risiko-Schutz den seit langem wachsenden Anteil der Versicherungswirtschaft an der privaten Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik zugunsten der Banken zu korrigieren.

Wie es sich für eine ordentliche Gegenwehr gehört, trumpft Gerling mit Hinweisen auf bessere Leistung gegenüber den Banken-Konkurrenzprodukten auf: Die Sparplan-Laufzeit bietet man mit 5 bis 15 Jahren kürzer an, die Rendite aus der Sparkapital-Einzahlung in den „Gerling Rendite Fonds“ (seit Gründungsjahr 1970 eine durchschnittliche Jahresverzinsung von 9,5 Prozent) höher, die vorzeitige Verfügbarkeit über das jeweils angesparte ohne Wartezug oder Zinsabzug, den Versicherungsschutz schließlich gleichbleibend hoch (statt sinkend) für die gesamte Vertragsdauer. Für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung freilich soll dieses neue Produkt nicht die Alternative, sondern der Einstieg sein.

IMMOBILIEN / Klassische Kapitalanleger gesucht

Preise um 20 Prozent gefallen

dpa/VWD, Essen

Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Reihenhäuser liegen nach Angaben eines Sprechers des Rings Deutscher Makler (RDM) zur Zeit um 20 Prozent unter dem Niveau von 1979/80. Die Verkäufer neigten wieder mehr dazu, an klassische Kapitalanleger statt an „Umwandler“ zu verkaufen. Denn dieser Käuferkreis zahlte sofort, während Umwandler – die aus Miet- später Eigentumswohnungen machen – einen Teil der Summe erst nach erfolgtem Wiederverkauf zahlten, sagte Klaus Großmann vom RDM anlässlich der Internationalen Immobilien-Messe vom 20. bis 23. September in Essen.

Für private Käufer stabe beim Erwerb von Eigentum nicht länger der erhoffte Wertzuwachs, sondern eine Verbesserung der Wohnsituation im Vordergrund, gab Großmann als Erklärung an. In Ballungsgebieten würden Einfamilienhäuser mit mittlerem bis gutem Wohnwert für rund 400 000 DM angeboten, wobei die Preispanne von 320 000 bis 500 000 DM reiche.

In anderen Städten aber auch schon um oder unter 200 000 DM.

Bei Eigentumswohnungen (ohne Baubereit- oder Erwerbsmodell) in Ballungsgebieten kostete der Quadratmeter Wohnfläche derzeit rund 3000 DM. In kleineren Städten habe sich der Quadratmeterpreis für diese Objekte bei rund 2500 DM eingependelt, wobei in Einzelfällen das Angebot für „gute gebrauchte Wohnungen“ bei 1600 bis 1800 DM liege. Hingegen sei das Bauplatzangebot für Einfamilienhäuser „knapp“, berichtete Großmann. In den Ballungsgebieten betrage der Preis für ein Grundstück von etwa 900 bis 1000 Quadratmetern um 200 000 DM, in kleineren Städten zwischen 100 000 und 150 000 DM.

Auf dem Immobilienmarkt zeichne sich zur Zeit ein Nord-Süd-Gefälle ab. Während in Schleswig-Holstein Objekte teilweise deutlich unter Preis angeboten würden, liege das Ruhrgebiet auf mittlerer Preisschiene und Süddeutschland erheblich darüber. Auf der Messe offerierten von heute an 90 Aussteller aus sechs Ländern Immobilien, Grundstücke und Ferienwohnungen.

ERDGAS / Preise nun an leichtes Heizöl gebunden

Nur 1,2 Prozent teurer

HANS BAUMANN, Essen

Die kommunalen Bezieher von Erdgas der Ruhr AG, Essen, haben sich fast hundertprozentig dem Vorschlag der Ruhr AG angeschlossen und vom 1. Oktober an eine neue Preisklausel für Erdgas akzeptiert. Mit dieser neuen Klausel wird die Ruhr AG ihre Preise vom Oktober an frei Stadtgrenze nur noch um 1,2 Prozent erhöhen. Nach der alten, bisher gültigen Preisbindungsklausel hätte die Preiserhöhung 7,5 Prozent betragen müssen.

Ruhr AG ist vom 1. Oktober an ausschließlich an den Preis für leichtes Heizöl gebunden, weil dieser Brennstoff zum größten Wettbewerber für Erdgas auf dem Wärmemarkt herangewachsen ist. Bisher setzte sich der Preis für Erdgas zu 64 Prozent aus dem Preis für schweres Heizöl und zu 22 Prozent aus dem für leichtes Heizöl zusammen. Die ständigen, großen

Verluste des schweren Heizöls am Wärmemarkt verwässerten die Relevanz des Erdgaspreises zum Schwerölpreis.

Nach wie vor werden die Preise für Erdgas jährlich zweimal an die Preise für die Konkurrenzenergie angepaßt, einmal zum 1. April und dann wieder zum 1. Oktober. Preisänderungen schlagen aber nur dann auf den Abnehmer durch, wenn die Preisabweichung mindestens fünf Prozent nach oben oder unten beträgt. Bezugsgrößen sind die Preisveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Seit Wochen stand ziemlich fest, daß die kommunalen Gasbezieher das Ruhrgas-Angebot annehmen würden, da sich auch schon die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ruhrgasbezieher für die neue Klausel ausgesprochen hatte. Es gilt als sicher, daß die übrigen Gaslieferanten dem Ruhrgas-Beispiel folgen werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Unternehmenshilfe

Berlin (ot.) – In Berlin ist die sechste Gesellschaft für Risikokapital (Venture-Kapital) gegründet worden, die GKB-Beteiligungsgesellschaft mbH. Es handelt sich um eine Tochter der Grundkreditbank eG (Volksbank), Berlin. Wie Vorstandsvorsitzender Ulrich C. C. Janke mitteilte, habe er sich für seine Gesellschaft eine besondere Nische am Markt ausgesucht. Man wende sich vor allem an neue Unternehmer aus dem Bereich der Technischen Universität Berlin. Deshalb habe man mit der TU Berlin eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Die GKB ist mit einem Stammkapital von 250 000 DM ausgestattet, das Janke bei Bedarf erhöhen will.

Kooperation mit Hofbräu

Stuttgart (nl) – Die Adler-Brauerei Neff GmbH & Co. KG, Sulzbach/Murr, und die Stuttgarter Hofbräu AG haben eine Kooperation vereinbart. Die Sulzbacher Brauerei, die von der Familie Neff weitergeführt wird, bietet neben dem seitigen Vertriebsprogramm auch Biere von Stuttgarter Hofbräu an.

Interesse an Avis

Köln (VWD) – Die Deutsche Luft-hansa bestätigt, daß von ihr Überlegungen angestellt werden, sich an der Avis Deutschland zu beteiligen. Ein Aufkauf der deutschen Tochter der internationalen Autovermietungs-

te stehe nicht zur Diskussion. Eine Entscheidung sei bei der Luft-hansa allerdings noch nicht gefallen, erklärte die Gesellschaft.

Canzler bei GEA

Essen (Bm.) – Die GEA GmbH, Herne, hat die Mehrheit des Kommanditkapitals von 2,4 Mrd. DM der Carl Canzler GmbH & Co. Apparate- und Maschinenbau, Düren, übernommen. Der Vertrag enthält eine Option auf weitere Anteile. Canzler bringt in die GEA-Gruppe 185 Mitarbeiter ein. Die Gruppe umfaßt 22 Gesellschaften in 12 Ländern mit rund 3000 Beschäftigten. GEA setzte 1983 rund 630 Mrd. DM um, die Canzler GmbH bringt rund 25 Mrd. DM mit. GEA baut Kraftwerkseinrichtungen, Anlagen für die Chemie und für den Maschinenbau, Wärmepumpen und Produkte für die Herstellung von Lebensmitteln.

Arbeitsplätze gerettet

Greven (dpa/VWD) – Der Bestand des Speditionunternehmens Bernhard Klein-Wiele, Bocholt, mit rund 500 Arbeitsplätzen ist nach der Übernahme durch die Fiege Transport GmbH und Co. KG, Neuss, gesichert. Die Fiege-Muttergesellschaft, die Spedition Josef Fiege GmbH und Co. KG, teilte mit, sie habe eine 100prozentige Beteiligung erworben. Das Unternehmen solle „rechtlich und organisatorisch vollständig selbstständig“ weitergeführt werden.

IKOFA '84 / Münchener Nahrungsmittel-Messe öffnet morgen die Pforten

Deutsche Anbieter setzen auf Qualität

HENNER LAVALL, Bonn

Die deutsche Ernährungsindustrie, mit rund 150 Mrd. DM Jahresumsatz einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in unserem Land, hat ihren großen Auftritt. Für den Markt von 60 Millionen Verbrauchern wird sie ab morgen anlässlich der Münchener IKOFA '84 auf 77 000 Quadratmetern ihr Angebot präsentieren. Den 4 500 Betrieben in der deutschen Ernährungs-wirtschaft stehen auf der Messe allerdings 830 ausländische Anbieter, zu meist auf Gemeinschaftsständen gegenüber, die ebenfalls um die Gunst des deutschen Verbrauchers ringen.

In den insgesamt 25 Hallen werden die Angebotsbereiche auch in diesem Jahr wieder konsequent getrennt. Die Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft hat eine Produktgliederung vorgenommen, die der Konzeption einer Fachmesse noch mehr entspricht und den Besuchern, besonders des Lebensmittelgroß- und -einzelhandels, eine gute Orientierungshilfe bietet.

Bei der Konzentration wie sie sich zur Zeit im Handel vollzieht, müssen sich die Anbieter der Ernährungs-

dustrie auch in diesem Jahr etwas einfallen lassen, um dem etwas entgegengesetzten. Die Ballung der Nachfragemacht, mit ihrer für die Hersteller preisdrückenden Wirkung, wird deutlich bei den Großbetrieben des Lebensmitteleinzelhandels, die inzwischen einen Marktanteil von 72 Prozent erreicht haben.

Die zehn größten Unternehmen machten im vergangenen Jahr allein einen Umsatz von 61,3 Mrd. DM, das waren rund 45 Prozent vom Gesamtumsatz in diesem Bereich. Länder wie Frankreich, Italien und die Niederlande setzen deshalb auf Spezialitäten, die deutschen Anbieter von Nahrungs- und Genußmitteln versuchen sich mit dem Begriff „Qualität“ zu profilieren.

Dem in Zusammenarbeit mit der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) in den letzten Jahren entwickelte CMA-Gütezeichen wird auf der IKOFA breiter Raum gegeben. Knapp 300 der 1542 ausstellenden Firmen werden bis zum 28. September in Halle 25 weit über 1 500 Produkte mit dem

Qualitätszeichen präsentieren. Die bisher umfangreichste Präsentation hochwertiger Nahrungsmittel wertet die CMA als sicheres Zeichen des Durchsetzungsvermögens derartiger Produkte beim Verbraucher.

Dazu CMA-Geschäftsführer Helmut Fahrman gegenüber der WELT: „Das Gütezeichen bietet dem Hersteller eine gute Möglichkeit, seine Erzeugnisse von neutraler Stelle prüfen und sich die Qualität dokumentieren zu lassen.“ Für Handel und Handwerk sei dies zudem der Beweis für die Leistungsfähigkeit ihres Angebots. Und für den Verbraucher, so Fahrman, „ist es bei seinen Einkaufsentscheidungen Leitfaden und Signal für geprüfte Qualität aus deutschen Ländern.“

Schließlich entschieden sich neun von zehn Verbrauchern beim Kauf von Lebensmitteln für die Qualität als erstes Kriterium. Auf den Preis werde zwar auch geachtet, doch sei er allein nicht kaufentscheidend, zitierte Fahrman das Ergebnis einer von der CMA in Auftrag gegebenen Verbraucher-Untersuchung.

Welcher mittelständische Unternehmer hat die Exportidee des Jahres?

American Express sucht den innovativen Exportmanager 1984.

Wie im Vorjahr ist der Preis wieder mit DM 25.000 dotiert. Zusätzlich zu dieser Auszeichnung wird ein Studienplatz für Export-Marketing an einer führenden deutschen Universität finanziert.

Bewertungskriterien:

Innovationsidee und Innovationsvorsprung,
Exportserfolge und Exportchancen,
grundlegende Vorteile für die deutsche Wirtschaft.

Teilnahme:

Der Wettbewerb ist allen natürlichen, in Deutschland ansässigen Personen zugänglich, die im Mittelstand (produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, Kredit- und Versicherungsgewerbe) im Export tätig sind.

Jury:

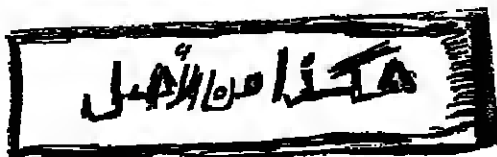
Prof. Dr. Knut Bleicher (Universität Gießen), Dr. Horst Geschka (Unternehmensberater, Lehrbeauftragter an der TH Darmstadt), Dr. Bernd Kitterer (Wirtschaftswissenschaftler, Referent im DIHT), Ernst-Friedrich von Kretschmann (Hotelier), Prof. Dr. Heribert Meffert (Universität Münster), Prof. Dr. Dr. Erich Staudt (Universität Duisburg), Dr. Carl Zimmerer (Finanz- und Unternehmensberater). Schirmherrschaft: American Express International, Inc., Frankfurt am Main.

Einsendeschluß:

15. Oktober 1984. Bewerber bitten wir um Anforderung der Bewertungsunterlagen, die vertraulich behandelt werden.



American Express International, Inc.
INNOVATIVER EXPORTMANAGER '84
Postfach 11 0101, 6000 Frankfurt 11
Telefon 0 69/72 00 16



BUNDESBANK / Erfolgreiche Dollar-Interventionen

Hohe Kursgewinne realisiert

dpa/VWD, Frankfurt
Die Deutsche Bundesbank hat in den letzten vier Wochen bei der Ermittlung des amtlichen Mittelkurses an der Frankfurter Devisenbörse über 770 Millionen US-Dollar verkauft. Zwar konnte durch diese Eingriffe der nahezu kontinuierliche Aufwärtstrend der US-Währung nicht gebrochen werden, doch dürfte die Bundesbank erhebliche Kursgewinne erzielt haben, wie eine dpa/VWD-Modellrechnung für die Zeit vom 17. August bis 17. September zeigt. Außerbörserliche Transaktionen sind dabei nicht berücksichtigt.

An diesen 22 Börsentagen gab die Bundesbank zum Marktausgleich insgesamt 771,95 Millionen Dollar ab. Nur am 30. August intervenierte die Zentralbank beim Frankfurter Fixing nicht. An den übrigen Tagen schwankten die Verkäufe zwischen 1,9 Millionen Dollar (27. August) und 83,95 Millionen Dollar (5. September). Im Tagesdurchschnitt wurden rund 35,09 Millionen Dollar verkauft. Der amtliche Mittelkurs der US-Währung stieg während dieser Zeit von 2,3613 DM auf 3,0621 DM. Im Durchschnitt belief er sich in diesen vier Wochen auf 2,9294 DM.

Wenn man die Dollar-Verkäufe der Bundesbank zum jeweiligen amtlichen Tageskurs in Mark umrechnet und die Ergebnisse addiert, so ergeben sich Gesamtverkaufserlöse von rund 2,8 Milliarden Mark. Das entspricht einem durchschnittlichen Tageserlös von 103,5 Millionen Mark. Wenn man annimmt, daß die Dollar-Guthaben der Bundesbank zum Durchschnittsmittelwert des Jahres 1983 (2,5552 Mark) angelegt wurden, so ergäbe sich allein für den Vierwochenzeitraum ein theoretischer Kursgewinn von über 303 Millionen Mark für die Bundesbank.

Noch größer fällt dieser rechnerische Kursgewinn aus, wenn man den Wert heranzieht, der in der letzten Bundesbank-Bilanz für Dollar-Forderungen zugrundegelegt wurde - nach dem Niedrigst-Wert-Prinzip ging die Zentralbank damals von einem Dollar-Kurs von 1,7275 Mark aus. Bei diesem Vergleich ergibt sich für die Bundesbank sogar ein „Plus“ von fast 942 Millionen Mark aus den Dollar-Verkäufen. Immerhin hätte die Bundesbank nach dieser Modellrechnung allein in der abgelaufenen Phase des Dollarhöhenstieges offene Kursgewinne eingestrichen, die fast einem Zwölftel ihrer letzten Gewinnabführung an die Bundesregierung (11,7 Mrd DM) entsprechen.

LEIFHEIT / Die Deutsche Bank plazierte 65 Prozent vom Aktienkapital

Einführungskurs bei 300 Mark

INGEADHAM, Frankfurt

Zum Preis von 300 DM je 50 DM-Aktie können die Aktien der Leifheit AG, Nassau, vom 21. bis zum 23. September gezeichnet werden. Bei einem Pressegespräch aus Anlaß der Börseneinführung (erste Notierung: 3. Oktober) nannte Carl-L. von Boehm-Bezing, Direktor der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, Leifheit ein „Unternehmen in Topform“. Der Plazierungserfolg sei „angemessen und marktgerecht“. Bei einem erwarteten Gewinn pro Aktie von rund 25 DM (nach DVFA) für dieses Jahr errechnet sich ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 12.

Plaziert werden jetzt 65 Prozent des Aktienkapitals von 20 Mill. DM, was einem Plazierungsvolumen von 78 Mill. DM entspricht. Die restlichen 35 Prozent bringt die Deutsche Bank zum gleichen Ausgabezeitpunkt bei institutionellen Dauersparern unter. Damit soll für die nötige Stabilität auf der Aktionärsseite gesorgt werden; die langfristige Eigenständigkeit der Leifheit AG soll durch ein auf zehn Prozent begrenztes Höchststimmrecht gesichert werden. Damit soll vor allem der Aufkauf durch Konkurrenzunternehmen verhindert werden. Die neuen Aktien werden ab 1. Oktober

ber dividendenberechtigt sein. Bei der prognostizierten Entwicklung würde das für 1984 eine zeitanteilige Dividende von 3 DM (12 DM Jahresdividende) je 50 DM-Aktie bedeuten.

Das 25 Jahre alte Unternehmen mit einem umfangreichen Produktprogramm nicht-elektrischer Hausgeräte war 1972 von der amerikanischen IIT Corp. übernommen worden, jedoch immer als eigenständiges Unternehmen geführt worden, wie Vorstandsvorsitzender Dieter Schüller anläßlich der Präsentation erklärte. Nach der Umwandlung in eine AG zur Jahresmitte und gleichzeitiger Aufstockung des Grundkapitals um 4 auf 20 Mill. DM hatte die Deutsche Bank das gesamte Kapital zur Plazierung an der Börse übernommen. Der Rückzug von IIT wird mit der Neuordnung der IIT-Konzernpolitik begründet, die eine Fokussierung der Kernaktivitäten im Elektro- und Elektronikbereich vorsieht.

Leifheit, vor 25 Jahren als Familienunternehmen mit dem allgemein bekannten Teppichkehrer gestartet (Umsatzanteil 1983: 22 Prozent), hat inzwischen die Produktpalette erfolgreich verbreitert. Küchenhelfer tragen 33 Prozent zum Umsatz bei, Wäschetrockner 24 Prozent und andere

Artikel für den Haushalt (u. a. Einkaufsrollen) 22 Prozent. 48 Prozent des Umsatzes werden mit Schwerpunkt im EG-Bereich im Ausland erzielt.

Für das vergangene Jahr weist Leifheit gut 97 (93) Mill. DM Umsatz aus und erzielte damit 10,3 (9,6) Mill. DM Jahresüberschuß. Nach einer Umsatzsteigerung um fünf (real zwei) Prozent im ersten Halbjahr dieses Jahres sollen im Gesamtjahr 102 Mill. DM erreicht werden. Auch für 1985 rechnet Schüller mit einer ähnlichen Wachstumsrate.

Als Wachstumsbereiche nannte Schüller vor allem „das bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Potential der Exportmärkte“ und neue Produkte und Produktlinien. Dabei stehe aber Ertragsdenken im Vordergrund, betonte Schüller, der daran erinnerte, daß die Umsatzrendite bei Leifheit immer über acht Prozent gelegen habe. Für dieses Jahr werden mit einem Nettogewinn von 10 Mill. DM knapp zehn Prozent Umsatztrendite erwartet. Das entspricht einer Eigenkapitalrendite von 44 (43,2) Prozent. In zwei deutschen Werken und in seinen ausländischen Vertriebsgesellschaften beschäftigt Leifheit rund 500 Mitarbeiter.

LINDE / Aufträge aus 65 Ländern „zusammengekratzt“

Aus dem Tal im Anlagenbau

INGEADHAM, Frankfurt

Die Talschle der Auftragsengpässe für die deutschen Anlagenbauer hat möglicherweise ihren Tiefpunkt überwinden. Zu dieser Ansicht kommt Joachim Müller, im Vorstand der Linde AG, Wiesbaden, für Anlagenbau zuständig, aufgrund der konjunkturellen Belebung in der deutschen Chemie und wiedererwachenden Interesses im Ostblock und in China, in Industrieanlagen zu investieren.

Dies signalisiert jedoch keinesfalls eine Rückkehr zu munter fließenden Großaufträgen, denn allenfalls werde in der Chemie an Ergänzungen oder Erneuerungen von Anlagen gedacht. China plant nur noch kleinere Projekte, und auch die steigende Investitionslust der „DDR“ für ihre Industrie wird in der Bundesrepublik angesichts der Scheu vor Direktgeschäften nur in sehr geringem Umfang beschäftigungswirksam.

Die Werksgruppe TVT München, der Anlagenbau-Bereich der Linde AG, hat zwar in den ersten acht Monaten dieses Jahres mit rund 300 Mill. DM wieder Aufträge in etwa der Höhe des Vorjahres (Gesamtjahr: 500 Mill. DM) heringeholt, aber die Zusammensetzung der Aufträge skizziert die Situation des deutschen Anlagenbaus: Nur drei Aufträge hatten ein Volumen von mehr als 10 Mill. DM; es gab, wie schon im Vorjahr, keinen Großauftrag (über 100 Mill. DM). Das Auftragsvolumen wurde aus 65 Ländern „zusammengekratzt“.

Müller hält die Wettbewerbsposition der deutschen Anlagenbauer im Ausland für recht gut, denn es habe sich herumgesprochen, daß deutsche Anlagen auch zum genannten Termin in Betrieb gehen. Immer seien damit jedoch Preisnachteile nicht auszugleichen, sagte Müller auf der Baustelle für das Erdgas-Terminal in Kaarst (Norwegen), das 1986 in Betrieb gehen soll und einer der größten Ingenieuraufträge ist, die Linde je erhalten hat.

Mit der Entwicklung im Gesamtkonzern ist man nach einem Umsatzplus von (vergleichbar) 7,5 Prozent in den ersten acht Monaten dieses Jahres bei Linde zufrieden. Mit der Abgabe des Kolben- und Turbomaschinenbaus und der Kühlmäße hat sich Linde von zwei Randaktivitäten getrennt. Wie Vorstandschef Hans Meinhardt betont, gibt es jetzt keine Inlandsgesellschaft mehr, die Verluste macht. Auf der anderen Seite wurde das Gabelstaplergeschäft mit der Teilübernahme der französischen Fenwick weiter gestärkt.

Canada

Der 450. Jahrestag der ersten Expedition nach Kanada in Gold verewigt.



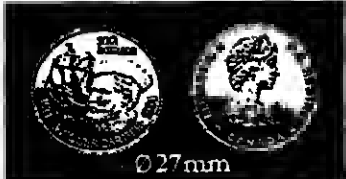
Die neunte 100\$ Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze.

Vor 450 Jahren entdeckte Cartier Kanada, als er nach dem Gold der Neuen Welt suchte. Im Jahr 1534 lichtete Jacques Cartier, ein Seefahrer Franz des I. in St. Malo die Anker. Er segelte westwärts, passierte Neufundland und entdeckte die Einfahrt in den St. Lorenz-Strom, wo es nach den Berichten der Eingeborenen „weit hinter dem großen Fluß ein Land geben soll, wo die Menschen auf Gold gehen“. 1984 feiert nun die kanadische Regierung den Jahrestag dieser historischen Begebenheit und widmet diesem Ereignis die neunte 100\$ Goldmünze.

Der Gold-Mythos Kanadas wurde Wirklichkeit, denn heute ist die Königlich Kanadische Münze wegen der hohen Perfektion ihrer Münzen weltberühmt. Diese Tradition wird jetzt mit der 100\$ Goldmünze „Jacques Cartier“ fortgesetzt. Die Münze ist gesetzliches Zahlungsmittel in Kanada und enthält genau 1/2 Unze

Feingold (15,551 g) und 1,414 g Feinsilber, das ergibt einen Goldanteil von 916,6/1000 fein.

Die Münzprägung wird auf die Bestellungen limitiert, die bis zum 15. Dezember 1984 vorliegen und weltweit eine Auflage von 200.000 nicht überschreiten. Jede einzelne Münze, durch eine Klarsichtkapsel geschützt und in einem echten Lederetui angeboten, erhält ein nummeriertes Echtheitszertifikat. Diese neunte 100\$ Goldmünze wird zweifelslos das Herz aller Sammler gewinnen, aber auch diejenigen faszinieren, die es zu würdigen wissen, daß die großen Ereignisse der Menschheitsgeschichte in Gold verewigt werden. Wegen weiterer Informationen wenden Sie sich bitte an die Bank oder Sparkasse Ihres Vertrauens oder senden Sie diesen Coupon in Deutschland an: Richard Borek - Münzhandels-Gesellschaft mbH - Deutsche Münze - Theodor-Heuss-Straße 7, D-3300 Braunschweig.



Ein historisches Ereignis - in Gold verewigt.

Royal Canadian Mint Monnaie royale canadienne

Coupon

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihre ausführlichen Informationen über die neunte 100-Dollar-Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze.

Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Alter: Beruf:

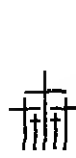
Autorisierte Vertriebsstellen
DEUTSCHLAND - Richard Borek - Münzhandels-Gesellschaft mbH - Deutsche Münze - Theodor-Heuss-Straße 7 - D-3300 Braunschweig - Tel. 0531/8099-000.

H.W. Hercher - Münzengroßhandel - 7801 Umkirch bei Freiburg für Großhandel an Banken, Sparkassen und Münzhandel.

ÖSTERREICH - Schoeller & Co. - Bankaktiengesellschaft - Rennweg 1-3 A-1010 Wien - Tel. 222/635671.

SCHWEIZ - Münzkabinett Zürich AG - Strehlgasse 27, Postfach 4613 - CH - 8022 Zürich - Tel. 01/211 11 33 - Telex 813 810/MKAZ CH.

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt
für den Frieden zwischen den Menschen
für den Frieden zwischen den Völkern



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

Was hat der Zug nach Süden mit Beton zu tun?



RAWE

Wieder neue Zuversicht

dos. Nordhorn

Das in Schwierigkeiten geratene Nordthorner Textilunternehmen B. & Rawe GmbH & Co KG geht davon aus, genügend Zeit gewonnen zu haben, um die erforderlichen Struktur-
anpassungen vornehmen zu können. Nach Angaben der Geschäftsleitung konnte der Finanzbereich durch die Gewährung einer 5-Mill.-DM-Bürgschaft des Landes Niedersachsen und die Veräußerung firmeneigener Grundstücke kurzfristig konsolidiert werden. Die Landesbürgschaft – beantragt waren acht Mill. DM – ist zu 80 Prozent abgesichert.

Wie es heißt, liegen die Umsätze der Spinnerei und der Weberei deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Auch in der Veredelung, die maßgeblich die Probleme bei Rawe verursacht hat, zeichne sich bei den Auftragseingängen eine erfreuliche Tendenz ab. Der Verlust dieses Bereichs soll bis Ende 1994 noch deutlich abgebaut werden. Rawe erzielte 1993 einen Umsatz von rund 150 Mio. DM; derzeit werden 1400 Mitarbeiter beschäftigt. Neuer Generalbevollmächtigter bei Rawe ist Hansjürgen Sievers, der von den Gläubigerbanken entsandt wurde.

**Ohne Schnellverbindung aus Beton
wäre bestimmt mehr Urlaub
auf der Strecke geblieben**

Beton – Es kommt drauf an, was man draus macht

Beton – Es kommt drauf an, was man draus macht

Die deutschen Zementhersteller

[illegible]



Delta fliegt nach über 90 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegt Delta Sie nach fast allen Städten in den USA. Nutzen Sie Deltas Nonstop-Flüge von Frankfurt nach Atlanta oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth, wo Sie müheloser Anschluß nach über 90 Städten erwartet.

Weiterhin bietet Delta täglich mehrere Flüge von den Knotenpunkten New York und Boston

nach vielen Städten im Süden, einschließlich 15 berühmten Urlaubszielen in Florida, sowie nach New Orleans, Dallas/Ft. Worth und Houston.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie bitte unser Delta-Büro in Frankfurt an. Ruf: 069/23 3024. Telex 416 233. Deltas Ticket Office befindet sich in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.

Delta.Profis auf der ganzen Linie.





Donald Lam gibt es doch!

A.W. - Höchstes Ansehen genießen in literarischen Kreisen, auch linksgerichteten, gewisse fiktionale Privilegien, die manchmal herrschen, wenn auch immer höchst effizient am Rande der Legalität operieren, um alle möglichen Edelheiten, z.B. Versicherungsbetrüger, auf Kreuz zu legen und der gerechten Strafe zuzuführen. Ummodell ist dafür Donald Lam, der einflussreiche Geschäftspartner der dicken Berta (Cool), eine Erfindung von A.A. Fair alias Eric Stanley Gardner. Donald operiert ingenieus auf eigene Rechnung, doch er muß natürlich auch mit der Polizei zusammenarbeiten, d.h. er läßt die Polizei an seiner Tüchtigkeit teilhaben. Die Leser, sie lesen es gerne.

Aber wenn so ein Privilegierter einmal in der wirklichen Kriminalwelt auftaucht, ist plötzlich alles anders. Statt Bewunderung schlagen ihm Haß und Mißgunst entgegen, und vor allem die linke Presse ist ganz aus dem Häuschen und möchte den Tausendfüßler am liebsten hinter Gittern sehen.

So verhält es sich auch mit dem Versicherungsdetective Maus, über den zur Zeit das Fernsehen und der "Spiegel" schwärzen. Entrüstungsbotschaften verbreiten, ohne ihm wirklich etwas Kriminelles ans Bein binden zu können. Was die "Medien" so aufregt, ist offenbar die Tatsache, daß Maus die von ihm entlarvten Versicherungsbetrüger am Ende auch der Polizei überantwortet (wie denn auch nicht?) und daß er zum Dank dafür vom Bundeskriminalamt gegen neugierige "Repräsentanten der Öffentlichkeit" abgeschirmt wird.

Sollte man sich nicht eher darüber freuen, daß es endlich einmal einen guten Mann und nicht immer nur miesen Terroristen gelingt, verstoßen zu bleiben und so moralisch verbrämte Neugier abzuwehren? Donald Lam existiert wirklich! Für Literaturfreunde zumindest ist das eine frohe Botschaft, beweist sie doch, daß die vielbeklagte Kluft zwischen Literatur und Wirklichkeit gar nicht so groß ist.

Blick auf den Erzähler Hans Lipinsky-Gottersdorf

Das Slawische in unserer Literatur

Eines Tages wird die Geschichte der deutschen Literatur im 20. Jahrhundert umgeschrieben werden müssen. Es steht im ersten Glied zu viel Mittelmaß, das überschätzt worden ist. Einer der Gründe dafür steckt in den politischen Umwälzungen in rascher Folge von 1918, 1933 und 1945, deren Wunden in der deutschen Seele bis heute noch klaffen. Sie haben ein übermäßiges Bedürfnis nach aktuellen Fragen und Sinndeutungen hervorgerufen und das ästhetische Interesse verdrängt. Eine Evidenz des Zeitgeistes schien Erweis genug für Meisterschaft.

Die literaturgeschichtliche Neuordnung bedarf nicht einmal der Dienstzuständiger Zünfte. Wenn die Fackelle nicht herbeiführen, wird das Publikum alles in Ordnung bringen: sobald es aufhört (was die Periode nach 1945 betrifft), Frisch und Böll, Grass und Lenz, aber auch Uwe Johnson zu lesen, weil sie, wie die Saisonsgrößen des vorigen Jahrhunderts, Gutzkow, Laube, Spielhagen, außer überholten Problemen nichts bieten. Dann wird den Werken von Friedrich Franz v. Unruh, Albert Vigoleis Thelen, August Scholitz, Wolfv. Niebelschütz, Gerd Gaiser, Joseph Breitbach und anderen die Gerechtigkeit widerfahren, die ihnen nur teilweise oder überhaupt nicht zuteil geworden ist.

Zu diesen "anderen", die noch in voller Schaffenskraft leben, gehört Hans Lipinsky-Gottersdorf, der nach Herkunft und Abkunft eine idealtypische Literatenlaufbahn hätte einschlagen können. Er kam aus den Landstrichen der Wasserpöckchen, stammte selbst aus einem alten polnischen Geschlecht. Es versorgte ihn nach Kriegsende auch für einige Zeit nach links. Allein, er war ein preußischer Slawe und hielt es bald einen Schriftsteller für angemessener, Schicksale zu achten, statt Schicksal zu spielen.

Lipinsky war als Erzähler gleich bei seiner ersten Erzählung voll da: bei der Kurzgeschichte "Somme, die untergeht", 1950, in der zu Anfang die Sonnenscheibe mit ihrem unteren Rand das Ende der weiten Schneefläche berührt, das "goldene Tor des Westens" sich schließt und darzwischen, im Blickpunkt eines kleinen Jungen, ein Flüchtlingstreck beschossen wird, die Pferde blutend in den Schnee sinken, die Frauen weggeschleppt werden und der Junge sich in die fliehende Wärme seines sterbenden Pferdes verkrümelt.

Die Einheit von Mensch, Tier und Natur innerhalb einer Begebenheit, die meistens schlimm endet, ist die mit einer kräftigen und gewöhnlichen Prosa beschriebene Welt des Schriftstellers, der ihre Schrecken bannend, um "einig zu werden mit ihr". Er hat sie in einer dichten Folge von Erzählungen, Romanen und dem ersten Band der "Prosa-Preußen", Epöppe von Mal zu Mal gründlicher und einfallsreicher aufgebaut.

Die verbreitete Klage, die unendliche Kette der Tragödien des Krieges, des Reichsuntergangs und der Vertreibung habe keinen adäquaten Niederschlag in der Literatur gefunden, trifft weder für Gaiser noch für Lipinsky-Gottersdorf zu. Mächtige man den ersten fertig, nahm man es bei dem letzten nicht wahr. Anlässlich der "Freunden Gräser" räsonierte z.B. die "FAZ" etwas ratlos: "Literarisch steht er mit seinen Schilderungen über dem Sprachniveau der Unterhaltungsliteratur." Das Gros der kritischen Prosa, nur an Experimenten und volkspädagogisch erwünschten Aussagen interessiert, schaute überhaupt weg.

An der Spitze des jüngst erschienenen Bandes mit Erzählungen, "Der Sprosser schlug am Prata-Bach" (Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn, Würzburg, 201 S., 20 Mark), steht ein Rechenschaftsbericht, in dem Lipinsky seine gegensätzliche

Schreibweise genau darlegt: Der Schriftsteller benötigt "die Lust am Provinziellen und die Courage, den Zeitgeist... Zeitgeist sein zu lassen... Begibt er sich tief genug in seine begrenzte Welt hinein, so entdeckt er irgendwann in ihrem Besonderen alle großen Linien des Allgemeinen, der Historie, und eben auch der Zeit und ihres Geistes." Das war indessen immer das Normale.

Unter den Stücken des neuen Bandes befindet sich eine Reisebeschreibung mit einer Anordnung von Einzelheiten, die sich zu einer bezeichnenden Perspektive aufsteigend "Nacht in Bremen" 1963 zur Jahrtausendfeier der Stadt gestaltet. Best sich wie ein Abgesang. Der Autor wußte damals noch nicht, daß diese alte Hansestadt in wenigen Jahren eine Brutstätte der "Kulturrevolution" sein würde; und doch kniffte sich diese bei ihm schon an in der leitmotivischen Attraktion des "Schmoors", wo Künstler statt ihrer Werke sich selbst ausstellen.

Die Partisanenerzählungen "Die Geschichte von Salvador", "Der Strich" und "In der Kälte" sollte man nebeneinander betrachten, um sich durch die Vielfalt der Konflikte, die sich für den einzelnen Menschen, auf welcher Seite auch immer, aus der ungesättigten Kampfesweise ergeben, von einseitigen Affekten zu reinigen. Vergleicht man sie mit "Morgen regnet es in den Bergen", wo der aussichtslose Kampf eines Mannes gegen das Abbröckeln einer Flusinsel beschrieben wird, so sieht man, daß die Dimension des Politischen nur einer von mehreren Bereichen ist, auf denen sich das Schicksal der Menschen vollzieht. Und man erkennt, daß das Politische erst dann adäquat künstlerisch gestaltet ist, wenn man es so wie Lipinsky, nämlich elementar, zu sehen vermag.

Im "Vorwerk Kiefernheide", dem Meisterwerk des Bandes, läuft das epische Zerebrum des Tragischen unter der unheimlichen Spannung einer explosiv geladenen Begebenheit und mit der Präzision eines Uhrwerks ab. Es ist, wie im "Freunden von Camus, sündende Sonnenhitze, die zu einem Totschlag führt, der mit einer Hinrichtung geshmückt wird. Bei Camus ist das nur ein Paradigma von Absurdität. Bei Lipinsky verleiht das Verhängnis ein unheimlich gewaltiger Ort, von dem die Bauern meinen, es müsse da "irgendwann die Ordnung der Schöpfung auf das gemeinsame bebildet und geschändet worden sein", und die letzten Zuckungen eines alten Geschlechtes, das stridenhaft in diese Ordnungsgewalt verstrickt war.

Hans Lipinsky hat für die fünfzig Seiten des "Vorwerks" ein lebensstarkes Personal aufgebaut, das ihm die Verfasser dicklicher Romane und Romanreihen beneiden könnten. Im Unterschied zu ihnen, besonders zu seinem Landsmann Horst Bienen, bei dem alle dieselbe, von niemandem gesprochene Sprache reden, kennt Lipinsky die Menschen, über die er schreibt, genau, und zwar quer durch alle Gesellschaftsschichten. Er hat deswegen auch keine Piken abzugeben und kann sich voll dem schöpferischen Luxus der Objektivität überlassen.

Hans Lipinsky-Gottersdorf ist nach dem Tode von Joseph Breitbach nahezu der einzige, der das noch kann. In einer anderen Beziehung ist er für die ganze deutsche Literatur einzigartig: In seinen Werken ragt das slawische Element, das seinen höchsten literarischen Ausdruck in Dostojewski und Leskow gefunden hat, am weitesten und am tiefsten in die Literatur der Deutschen hinein. Es hebt ihn ab von der Lyrik Hermann Sudermanns, Hermann Stehrs oder des Grafen Eduard Keyserling, die man sich beim Lesen Lipinskys zu erst erinnert.

HANS-DIETRICH SANDER



Zeuge und Täter unter sich: Der dreizehnjährige Ali (Hakim Ghannem) und Gérard Depardieu als der "Große Bruder" in dem gleichnamigen Film von Francis Girod

Francis Girods Gangsterfilm „Der große Bruder“ mit Gérard Depardieu

Die Rache lauert nachts in Marseille

Das Drama beginnt im Dschungel. Ein Flugzeug kracht in die wuchernde Flora, zwei Fremdenlegionäre kriechen aus den Trümmern. Ein Schmerzensgeld brauchen sich die Bruchpiloten nicht zu sorgen, denn an Bord ist der Monatssold der ganzen Truppe. Sie beschließen, sich aus dem Staub zu machen. Und da Gier noch stets über Kameradschaft siegt, streckt Charles-Henry (Jean Rochefort) den ohnehin schwerverletzten Gérard (Gérard Depardieu) mit einem gezielten Schuß nieder, um allein in den Gemüß der Gelder zu kommen.

Fünf Jahre später. Der skrupellose Schütze ist inzwischen dank dunkler Machenschaften zum mächtigen Mann in Marseille avanciert und lächelt vielversprechend auf Wahlplätzen. Bis eines Nachts der togehaltene Gérard auftaucht und ihm ein Messer in den Bauch rammt.

Diese wüste Rachegeschichte wird nicht Regisseur Francis Girod in einer knappen halben Stunde ab, um sei-

nen Helden sogleich ins nächste Abenteuer zu betten. Denn der kleine Algerier Ali, dreizehn Jahre alt und schon mit allen Wassern der Unterwelt gewaschen, hat die Tat gesehen. Und da auch er das Opfer hatte und kurz zuvor seinen Bruder verloren hat, versteckt er Gérard in einem schäbigen Haus am Stadtrand. Dort geht seine Schwester Zina dem horizontalen Gewerbe nach, dort holt Ali die Beute seiner schäbigen Raubzüge. Und wie das Drehbuch so spielt, verliebt sich Zina in Ali, "großen Bruder".

Mit "Trio Infernal" (1974) und "Die Bankiersfrau" (1980) hat Francis Girod zwei ebenso erfolgreiche wie klar konzipierte Filme gedreht. Diesmal aber schwankt er unentschieden zwischen einem Plädoyer gegen Ausländerhaß, einem Liebesdrama antiken Zuschnitts und einer konventionellen Abenteuerstory. Zudem klopft das Schicksal in eitel zelebrierten Rückblenden so kräftig an die Tür,

daß das Handlungsgerüst bedenklich wackelt.

Diese Überdosis an Tragik verdankt der Film der Vorliebe Girods für Victor Hugs Roman "Die Elenden". So stand der Kettensträfling Valjean für den geschundenen Titelhelden Gérard Pate, während sein Gegenspieler Inspektor Valin dem eiligen Ordnungshüter Javert nachempfunden ist. Mit der Zentriertheit dieses Zitats auf dem Rücken bewegen sich beide Figuren freilich nicht gerade elegant.

Gérard Depardieu kann in der Titelrolle nie seine viel gerühmte Mischung aus Grobheit und Verwundbarkeit auspielen, vielmehr stapft er mit klöbiger Unentschiedenheit durch die Untiefen der Geschichte. Fast sieht es so aus, als würde er darüber staunen, daß ein Film, der von armen Einwanderern, von Victor Hugo, Reuschling, Liebe, Haß und Tod erzählt, reichlich blaß, ja, geradezu nichtssagend bleiben kann.

HARTMUT WILMES

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Alain Lefebvres Pariser „Magazine Hebdo“

Wir leben in einer Epoche der „Cons“

Daß der Zeitschriftenrezensent schon wieder eine französische Zeitschrift bespricht, ist kein Zufall. Wer deutsche und französische Zeitschriften nebeneinander liest, staunt immer wieder darüber, um wie vieles nonkonformistischer und gescheiter die Publikationen von drüben im Schnitt sind. Diesmal selbsten, "Magazine Hebdo" (7-15008 Paris, 33 Rue Jean Goujon) auf ein Wochenmagazin, das von jungem Leuten als Ersatz für das unpolitisch gewordene "Figaro Magazine" letztes Jahr gegründet worden ist.

Auch mit den 600 000 wöchentlichen Exemplaren von "Figaro Magazine" verglichen, sind die 170 000 von "Magazine Hebdo" beachtlich: So viel hat kein anderes Konkurrenzorgan erreicht. Vor allem ist wichtig, daß die Leserschaft von "Magazine Hebdo" mehrheitlich aus jungen Leuten besteht (was die Inserenten zu schätzen wissen). Verleger Alain Lefebvre hat bei seinen ausschließlich für Jugendliche gedruckten Organen gelernt, wie man so etwas wirkungsvoll macht.

Ältere, die noch auf Lesen trainiert sind, haben manchmal Schwierigkeiten mit den zu vielen Pop-Häppchen

in dem buntenfarbigen Magazin. Aber es gibt doch in jeder Nummer zwei oder gar mehr Artikel, die in die Tiefe gehen – ganz abgesehen von den Leitartikeln des Verlegers mit ihrer überraschend klugen Einsichtung der jeweiligen politischen Situation.

In der Nummer 51 sticht ins Auge ein Interview mit Jean Dutoit – dem trotz Mitgliedschaft in der Académie Française originellsten politischen Schriftsteller Frankreichs. Sein Stil ist messerscharf. Wenn er sagt, die linke Herrschaft habe in Frankreich 1974 begonnen, beim Tod Pompidous, so fragt die Redaktion erstaunt: "Ist Giscard denn ein linker Mann?" Antwort Dutoit: "Er ist ein linker Snob." (Zusatz von uns: Deshalb hat er sich mit Helmut Schmidt so gut verstanden.)

Dutoits Lieblingstheorie ist bekannt: Frankreich werde in regelmäßigen Intervallen heimgesucht von einer Epoche der "Cons" (die deutsche Übersetzung dieses volkstümlichen Wortes beginnt mit „A“). Es ist also nicht der Mehrheit der "Magazine Hebdo"-Leser zum Munde geredet, wenn Dutoit sagt, Frankreich sei seit 1940 mit drei idiotischen Generationen geschlagen gewesen – die heu-

JOURNAL

Die kostbarste aller Kaiserurkunden

DW. Bonn

Die schönste und kostbarste aller erhaltenen abendländischen Kaiserurkunden wird aus Anlaß des in Bonn stattfindenden 10. Internationalen Archivkongresses in der niederrheinischen Landesvertretung in Bonn, Dahlmannstraße 18 gezeigt. Es handelt sich um die Heiratsurkunde des Sachsenkaisers Otto II. mit der byzantinischen Prinzessin Theophanu aus dem Jahre 972. Die Urkunde ist nicht nur ein sorgfältig stilisiertes Konzeildokument, sondern auch ein exquisites Zeugnis ottonischer Hofkunst und Pergamentmalerei. Die Urkunde, die aus konservatorischen Gründen sonst nirgendwo ausgestellt wird, ist nur noch heute (10 bis 16 Uhr) und morgen (10 bis 15 Uhr) zu sehen.

Kulturrat kritisiert Bundesregierung

AP. Bonn

Der Deutsche Kulturrat, eine Arbeitsgemeinschaft von rund 140 Kultur- und Medienorganisationen, hat mit dem Abbruch der seit längerem geführten Gespräche mit den Unionsparteien CDU/CSU gedroht. Dies werde dann der Fall sein, wenn das Bundeskabinett die "kategorische Ablehnung" der kultur- und steuerepolitischen Forderungen des Verbandes durch das Bundesfinanzministerium "widerspruchlos übernehme". Das Finanzministerium habe bisher alle Vorschläge für ein kulturfreundliches Steuerrecht abgelehnt, durch die u. a. mehr privates Engagement bei der Kunstförderung erreicht werden sollte. Gegen die Ablehnung hatte der Kulturrat bereits in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang dieses Monats protestiert.

Deutsche Ausgrabungen in Jordanien

dpa. Tübingen

In einem Gemeinschaftsprojekt haben das Institut für Biblische Archäologie in Tübingen und die Yarmuk-Universität in Irbid (Jordanien) mit der Ausgrabung von zwei Siedlungen aus der Zeit von 4000 v. Chr. begonnen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat für die erste Grabungskampagne bis Ende Oktober 168 000 Mark bewilligt. Die Grabungen unter Leitung des Tübinger Archäologen Prof. Siegfried Mittmann werden mehrere Jahre dauern und erstrecken sich auf die zwei Siedlungen Tell el Mugayyir und Hibeit ez Zerrag, die in der Nähe von Amman liegen.

Firmenkataloge und Musterbücher

DW. Dortmund

Unter dem Motto „Mein Feld ist die Welt“ warben Musterbücher und Industriekataloge bereits seit dem 18. Jahrhundert für die Produkte von Handwerk und Industrie. Unter demselben Titel zeigt jetzt das Westfälische Wirtschaftsarchiv im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte eine Auswahl dieser Musterbücher aus der Zeit von 1784 bis 1914. Die Ausstellung, die noch bis zum 28. Oktober in Dortmund zu sehen ist, wandert anschließend durch zwölf weitere Städte. Der Katalog, Cramers-Verlag in Dortmund, kostet 24,80 Mark.

Bewerbungen für die Villa Massimo

DW. Hannover

Arbeiten von jungen Künstlern, die sich für ein Stipendium in der Villa Massimo in Rom bewerben haben, sind bis zum 14. Oktober im Kunstverein Hannover zu sehen. Für das Stipendium 1985 (freie Wohnung und ein Barstipendium) wurden zehn bildende Künstler, fünf Architekten, vier Schriftsteller und zwei Musiker aus insgesamt 125 Künstlern, die von den Kulturministern der Länder vorgeschlagen worden waren, ausgewählt.

Siebdrucke von Christopher Pratt

DW. Lahr

Von Christopher Pratt sind Siebdrucke aus den Jahren 1980 bis 1982 bis zum 7. Oktober im Alten Rathaus von Lahr im Schwarzwald zu sehen. Pratt gehört zu den wichtigsten zeitgenössischen Künstlern Kanadas. Die Ausstellung geht anschließend nach Oldenburg und München.

„Kunst und Kirche“ über das Bild der Frau

DW. Darmstadt

„Das Bild der Frau im Wandel“ ist das Thema des neuesten Heftes der Zeitschrift „Kunst und Kirche“, die sich als „ökumenische Zeitschrift für Architektur und Kunst“ versteht. Die Beiträge reichen von der „Dämonisierung des Weibes (1890-1914)“ bis zu Abhandlungen über zeitgenössische Künstlerinnen. Das vorhergehende Heft (2/84) beschäftigte sich mit dem „Blickpunkt Ungarn“. Das Einzelheft kostet 13,50 Mark, das Jahresabonnement (vier Ausgaben) 49,50.

Scheerbart in Berlin

Die Zukunft der Oper liegt im Nil

Nicht alles, was man zum Zweck der kleinen Oper zusammenschneidet, ist künstlerisch gleich lieb- und stichfest wie „Bajazzo“ und „Cavalleria“. Aber auf einen Dauerbrennererfolg des Opernverbands waren die Berliner Festwochen auch gar nicht aus, als sie gemeinsam mit den Stadtlichen Schauspielbühnen in der Berliner Schiller-Theater-Werkstatt lustig nachzusehen versuchten: Die Zukunft der Oper liegt im Nil!

Davon hatte sich bis dahin nicht einmal Ägyptenland etwas träumen lassen. Aber auf die großzügigste Art angekündigt, ist „Kleopatra und das Krokodil“ in Berlin schon.

Auf Paul Scheerbarts literarische Vorlage in ihrer uppligen Verdrehtheit hat Gerhard Lampersberg zarte Noten gesetzt. Das Kammerensemble der Berliner Kammeroper unter Leitung von Uwe Schöler führt sie in ihrer raffinierten Unschuld gelassen auf dem Gespinnst für Klarinette und Saxophon, Gitarre, Schlagzeug, Akkordeon, in das sich auch noch Geigen mischen.

Die musikalischen Winde freilich hätten schon stärker bläsen müssen, um gegen Johannes Gritzkos Ausstattung anzustürmen. Auf die Nudelbühne der Werkstatt türmt er Pyramiden und Sphinx, und läßt sie auf gemalter Wanddekoration unter dem Mondlicht zum Ruder Schlag der Barke vorüberstreifen. Scheerbarts sogenanntes Schauspiel in einem Akt ist nichts als ein Nilwasser getaufter Sketch. Kleopatra Schneiderin geht bei einer Bootsfahrt auf dem Nil über Bord, befreit sich aber mit Hilfe der goldenen königlichen Schneiderschere aus dem Bauch eines Krokodils. Das tote Untier wird nachträglich noch strafweise ausgepeitscht.

Aufgedonnert zu einer Zwillingschwester Elizabeth Taylors, singt Gabriele Schreckenbach warmstimmig die Königinennepartie. Das avantgardistische Linienzickzack der Schneiderrolle stößt Linda Zambrano mit spitzem Sopran hervor. Glatzköpfige Fellachen steuern zur Nilfahrt chorisch ihr Ah und Oh bei. Die Produktion ist witzig, ungewöhnlich, macht staunen und schmunzeln. Das Publikum jubelte sehr.

Nicht allerdings über den Auftakt des Karl Valentin in Musik getupptes „Christbaumbräutchen“, eine groteske Szene, die Valentin für sich und die Karstadt schreift. Freilich – wer bei Valentin mitessen will, muß einen langen Löffel haben. Gerade den aber hatte Manfred Niehaus nicht, soviel er auch komponierte, dirigierte und inszenierte.

Merke: Nicht jeder Hosentascheninhalt muß gleich an die Öffentlichkeit, nicht einmal bei Festivals.

KLAUS GEITEL



„Die Wut ist jung“ wie eh und je: Lore Lorentz vom Kom(m)ödchen

FOTO: FELICITAS TRAPE

Kom(m)ödchen-Start in Düsseldorf mit „Eine schöne Geschichte“: Großes Solo für Lore Lorentz

„Ganz ohne Preußen geht die Chose nicht...“

An Erfahrung reich geworden sei sie auf dieser Bühne, wie auch reich an Jahren, kokettiert Lore Lorentz zu Beginn ihres jüngsten Kom(m)ödchen-Programms. Aber eines werde niemals alt: „Die Wut ist jung“ wie eh und je, und denen da oben werde sie niemals ihr Schweigen schenken.

Ach Gott, da möchte sich das Überbrettel wieder mal zur moralisch-politischen Superinstanz aufschwingen. Kann das neue Programm, „Eine schöne Geschichte“, wenigstens etwas von diesem Anspruch einflößen? An Ambition fehlt es nicht. Geschichten aus der Geschichte dienen der Lorentz als Anlaß, einen bildungsbürgerlichen Rundumschlag durch die Jahrtausende zu tätigen, der sehr viel, fast zu viel voraussetzt für ein Publikum, das nicht ausschließlich aus Geschichtswissenschaftlern besteht.

So kommen die erwarteten Reaktionen aus dem Parkett nicht so recht hoch, und das spürt die Protagonistin. Sie kann eine gewisse Unsicherheit kaum verbergen, verläßt sich

immer wieder im Text wie seinerzeit Theseus im Labyrinth trotz Faden. Dieser liegt, zum dicken Knäuel gerollt, an der Rampe: Symbol fürs ewige Verblenden der Könige und Kanzler in den Tagesaktualitäten, sei's im alten Griechenland, sei's in der Welt von 1984. An diesem Ariadne-Faden möchte sich die Lorentz entlangtasten, vom Trojanischen Krieg bis zu Alexander dem Großen, vom Doktor Luther bis hin zum Preußenkönig Friedrich II.

Der Krieg, den Helena auslöste, gibt Anlaß, über die Rolle der Frau in der Gegenwart zu spotten, die – je nach Personalstand – an den heimischen Herd geschickt oder in die Arme gebolt werde; die „Cowboymentalität“ gewisser Politiker sei keine moderne Zeiterscheinung, sie existiere vielmehr schon, seit sich Alexander der Große, vom Vater Philipp mit einem Pferd beschenkt, aufmachte, auf dessen Rücken „ein Reich zu suchen“. Luthers Kampf gegen den Ablasshandel anschließend wird unversehens zu einem Spottbild auf den

„Klingelbeutel“ von heute, der, parteilich und bei Lichte betrachtet, nichts weiter als ein „Klingelbeutel“ sei.

Aber nicht nur die traditionellen Feinde des Überbrettels kriegen eins auf den Hut, auch der SPD geht's an den Kragen. Sie wird wieder einmal gewogen und zu leicht befunden. Und woher kommt der Maßstab, den Lore Lorentz „beim Trödeln aufgestöbert“ hat und an dem sie die modernen Politiker mißt? Man böre und staune: ausgerechnet aus Preußen, auf dessen Maxime „Mehr sein als scheinen“, auf dessen kategorischen Imperativ „Das tut man nicht!“ Lore Lorentz ausdrücklich ein Loblied singt. „Zu klein“ sind die Politiker aller Couleurs, die sich hierzulande tummeln, gemessen an dieser schwarz-weißen Maßlatte, „zu kurz und zu fett“.

Fazit eines langen Abends: „Ganz ohne Preußen geht die Chose nicht.“ Aber vom Prinzip Hoffnung mag man nicht lassen: Nachdem die Lorentz auf die Zu- und Mißstände den Finger

gelegt hat, will sie, darin Luther folgend, dennoch ein Apfelbäumchen pflanzen – selbst wenn morgen die Welt unterginge.

Der Eindruck beim Beobachter bleibt gemischt. Pointierte Geistesblitze und witzige Chansons (das Lied vom opportunistischen Waffenhändler hatte Kästnersches Format) wechseln mit reichlich abgeduldeten Statements. Was soll in einem aktuellen Kabarett z.B. heute noch der Fall Kleinfing?

Und unterschiedlich wie die Inhalte ist auch die Form. Der Alleingang der Lore Lorentz an sich ist schon physisch gesehen, bewundernswert. Aber er bedingt eben auch manchen Durchhänger. Erst gegen Ende des von uns gesehenen Abends (der nicht der Premierabend war) hier die Künstlerin zur Höchstform auf. Aber da hatten schon zahlreiche Besucher, erschlagen von den vielen anspielungsreichen Historien und Hilaritäten, abgeschaltet.

RAINER NOLDEN

Molkereiprodukte bleiben die Säulen des Exports

Was wäre Hollands Werbung für heimische Lebensmittel ohne Frau Antje? Jeder kennt sie, jeder weiß sofort: Was Frau Antje anbietet, kann nur aus Holland stammen. Butter, Milch, Käse, Fleisch – das sind die Hauptausfuhrstoffe der Niederlande. Aber auch Hühnerchen, Matjes, Obst und Gemüse, Tomaten und Paprika aus unserem Nachbarland sind Exportschlager. Im Rahmen der niederländischen Exporttätigkeit in die Bundesrepublik Deutschland gab es bei den Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die mit 10,5 Milliarden Mark (insgesamt 48,2 Milliarden Mark) und einem Anteil von 22 Prozent an der Ausfuhr ein bedeutender Pfeiler des Außenhandels sind, nach einer Stagnation 1983 im letzten Jahr wieder einen Anstieg von zwei Prozent. Damit wurde der Marktanteil gehalten. Wachstumsträger waren vor allem Molkereiprodukte sowie Blumen und Pflanzen. Bei den Fleischwaren setzte sich allerdings der rückläufige Trend der Vorjahre fort.

Dennoch bleibt die Landwirtschaft mit ihrer Exportkraft einer der wichtigsten Sektoren in der niederländischen Volkswirtschaft. Dies bekräftigt unlängst der zuständige Minister G. J. M. Braks: „Obwohl nur 5,4 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung im Agrarbereich tätig sind, kommen 23 Prozent des gesamten Exports aus der Landwirtschaft, rund 65 Prozent aller Produkte nehmen dabei die EG-Partner ab.“

Größter Ausfuhrposten in die Bundesrepublik Deutschland ist Fleisch. Im letzten Jahr kauften deutsche Importeure Waren im Werte von 1,539 Milliarden Mark.

Der Posten „Fleischexporte“ ist zu einem großen Teil der systematischen Schweineaufzucht der niederländischen Bauern zuzuschreiben und natürlich dem Aufbau von Geflügelzuchtfarmen. Schweinefleisch hat sich in den letzten 20 Jahren zu einem herausragenden Exportartikel entwickelt.

Mehr als 60 Prozent der niederländischen Schweinefleischproduktion (1981: 10 Millionen Schweine in 40 000 Betrieben) werden im Ausland abgesetzt. Der Schweinefleischexport stellt rund zwölf Prozent der gesamten niederländischen Agrarausfuhr dar. Die Bundesrepublik Deutschland nahm rund 27 Prozent der lebenden Schlachtschweine ab, 1975 waren es noch 60,1 Prozent gewesen.

Beim Schweinefleisch liegt Deutschland mit einer Abnahme von rund 35 Millionen Tonnen an der Spitze. Weiters der größte Teil des Schweinebestandes – rund 60 Prozent – sind im Süden und Osten der Niederlande, nämlich in den Provinzen Nordbrabant, Limburg, Gelderland und Overijssel, zu finden.

Die starke Erweiterung der niederländischen Schweinehaltung wurde durch verschiedene Faktoren beeinflusst, wie z. B. die steigende Nachfrage nach Schweinefleisch in den EG-Partnerländern. Auch die Einführung

neuer, rationaler Produktionstechniken, die zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität führen, hat stark zur Erweiterung der Schweinehaltung beigetragen. Daneben verfügen die Niederlande über eine günstige Basis für wettbewerbsfähige Produktion und konkurrenzfähigen Absatz. Dazu zählen: günstige geographische Lage für die Einfuhr von Futtermitteln, hohe Qualifikation der Schweinehalter und gute Struktur der Schweinehaltung. Und: In den Niederlanden werden nahezu ausschließlich gute Schweinerassen gezüchtet, die mit Hilfe moderner Zucht- und Zuchtverfahren stetig verbessert werden.

Nach Fleisch rangieren Käse (794 Millionen Mark), Eier (683 Millionen Mark), Milch (410 Millionen Mark) und Butter (329 Millionen Mark) in der Exportliste.

Bei den Milchprodukten zeigt sich ein deutliches Bild: Die Bundesrepublik Deutschland ist der wichtigste Abnehmer von Hollands Spitzenmilchprodukten. 1983 exportierten Hollands Bauern rund 40 Prozent ihrer Erzeugnisse in ihr östliches Nachbarland.

Das „Niederländische Büro für Milcherzeugung“ rechnet aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren und im ersten Quartal 1984 mit einer Zunahme der Käseausfuhr um ungefähr 10 Millionen Kilogramm in diesem Jahr. Dies soll vor allem auf



den westeuropäischen Märkten erreicht werden.

Die traditionellen holländischen Schnitt-Käsesorten, Gouda und Edamer, sind in der Bundesrepublik Deutschland bekannt und beliebt. Es gibt aber noch andere Sorten, die es wert sind, gekostet zu werden. So zum Beispiel den „Pompadour“, einen schwarzzindigen Kräuterkäse, oder den „Kernheimer“, einen holländischen Weichkäse mit kräftigem Geschmack.

Einen großen Posten in der Handelsbilanz nehmen auch die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs mit 5,812 Milliarden Mark, darunter lebende Pflanzen (1,6 Milliarden Mark) und Gemüse (2 Milliarden Mark) ein.

Salat, Gurken, Tomaten gehören zu den wichtigsten Exportgütern. Aber holländische Gärtner erfreuen deutsche Hausfrauen auch mit Paprika, Auberginen, Kohlrabi, Eisbergsalat,

Retich, Courgettes, Broccoli. Die kann Holland in Nicht-Sonnen-Perioden liefern. In fast 6000 Betrieben erzeugen Landwirte Gemüse in Gewächshäusern. Diese Unternehmen haben eine Gesamtfläche von ca. 4600 Hektar. Mehr als 3000 Hektar befinden sich im westlichen Teil des Landes im Dreieck Rotterdam, Utrecht und Amsterdam. Das Sortiment ändert sich ständig. Immer wieder versuchen die Bauern, neue Gewächse auf den Markt zu bringen. Neuerdings sind es Versuche mit dem chinesischen Gemüse Paksoi und der surinamesischen Hülsenfrucht Vignabohne.

Auch beim Obst steht die Bundesrepublik Deutschland als Abnehmerland an erster Stelle.

Die Obstanbaugebiete befinden sich hauptsächlich in den mittleren und westlichen Landesteilen, nämlich in Gelderland, Utrecht, Zeeland, auf den südholändischen Inseln und im östlichen Teil von Nord-Holland.

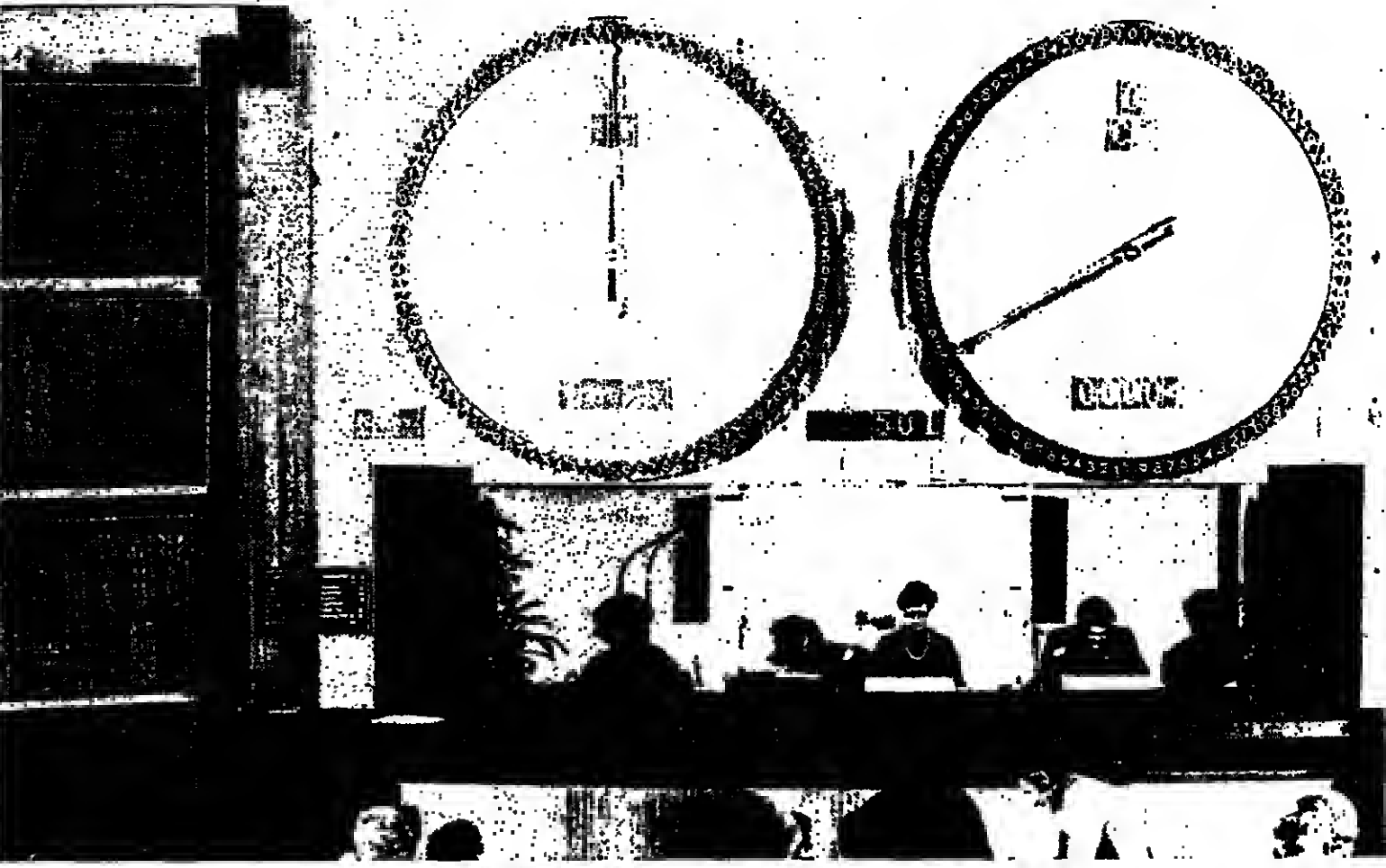
In den mittleren Niederlanden wurde das Pflanzen von Obstkernen bereits durch Karl den Großen begonnen. Bis rund um die Jahrhundertwende handelte es sich immer nur um Hochstämme, vor allem Äpfel, Birnen und Kirschen. Die wichtigsten Sorten waren Boskoop und Brabant Bellefleur. Aber es wurden auch Sternäpfel und viele süße Sorten angepflanzt. Während und nach dem Weltkrieg wurde die Obstzucht stark ausgeweitet.

Die Obstzüchter haben in den letzten Jahren neue Sorten wie Karmijn de Sonnaville, Jonagold, Elstar, Gloster in ihr Exportprogramm aufgenommen. Bekannte Apfelsorten wie James Grieve im Herbst, Cox Orange Pippin im Winter, Boskoop im Herbst und Winter sowie Golden Delicious im Herbst wechseln jetzt mit den neu gezüchteten Sorten.

Der Obstanbau nimmt zwar nur zwei Prozent des niederländischen Kulturbodens ein. Der Produktionswert des Obstes liegt jedoch bei rund 500 Millionen Mark. Der Ausfuhrwert schwankt zwischen 75 und 100 Millionen Mark. An erster Stelle der Abnehmerländer steht seit langem die Bundesrepublik Deutschland. Rund 700 Millionen Kilogramm Obst werden jährlich auf einer Fläche von 26 000 Hektar geerntet. Durchschnittlich 15 bis 20 Prozent der Apfelproduktion werden exportiert, bei Birnen sind es bis zu 40 Prozent.

Fleisch, Käse, Butter, Milch und Obst – bei allem darf der Matjes nicht vergessen werden. Rund 87 Prozent der Gesamt-Fangmenge von rund 15 000 Tonnen werden ins Nachbarland exportiert.

Dabei haben die Holländer ihre eigene Art, den Matjeshering schmackhaft zu machen. Wichtig ist, daß er sofort auf See nach dem Fang gekühlt und gesalzen wird. Dann wird er tiefgefroren, schließlich in Fässer oder Eimer gefüllt. Im Juni erreicht der Matjes seine höchste Qualität. Er wird dann dem Königsbau zum Probieren angeboten – und kommt in Deutschland in die Geschäfte. H. W.



Mit seinem modernen Vorstellungsverfahren sicherte sich Holland einen Vorsprung

FOTO: DIEWEL

ZWIEBELN / Die heimliche Königin der Küche herrscht auch über die Deutschen

Bei der Allium cepa traditionell Weltspitze

Mehr als die Hälfte des bundesdeutschen Zwiebelbedarfs wird aus den Niederlanden gedeckt.

Wenn von Gemüse die Rede ist, so denkt man zunächst an Tomaten, Gurken und Salat in allen Variationen und weniger an Zwiebeln. Der Grund dafür mag darin liegen, daß dieses scharfe Gemüse mehr in gekochter, gedünsteter und getränkter Form als Speiseveredler dient und in weitaus geringerem Maße roh genossen wird.

Dennoch wird die Zwiebel gern als die „heimliche Königin der Küche“ bezeichnet. Und das wohl auch nicht zu Unrecht, wenn man weiß, daß al-

lein im vergangenen Jahr über 410 000 Tonnen dieses Gemüses seinen Weg in bundesdeutsche Küchen fand.

Mit anderen Worten: Jeder Bundesbürger verzehrt pro Kopf jährlich etwa 7 Kilogramm an Speisewiebeln. Damit liegt die Bundesrepublik beim Zwiebelverbrauch im Vergleich zu den übrigen EG-Ländern deutlich an der Spitze.

Aber nur weniger als zehn Prozent der konsumierten Zwiebeln kommen davon aus dem heimischen Anbau. Der Rest muß aus dem Ausland eingeführt werden. Den Löwenanteil des

deutschen Zwiebelbedarfs decken dabei die Holländer.

Als Deutschlands größter Agrarhandelspartner haben sich die Niederlande unter anderem auch auf den Anbau von Speisewiebeln spezialisiert.

Auf einer Anbaufläche von etwa 12 000 Hektar betrug deren Erntertrag in der Saison 1982/83 rund 600 000 Tonnen, wovon 504 000 Tonnen in den Export gingen und gleichzeitig erstmals die 500 000-Tonnen-Grenze überschritten wurde.

In die Bundesrepublik lieferten die Holländer im gleichen Zeitraum 202 000 Tonnen Zwiebeln, was einem

Marktanteil von etwa 52 Prozent entspricht. Damit sind die Niederlande für Zwiebeln – wie beispielsweise auch bei Kartoffeln – weltgrößte Exportnation.

Was den Zwiebelexport angeht, so verfügen die Holländer über eine mehr als 500jährige Erfahrung. Aus alten Chroniken geht hervor, daß bereits seit dem Jahre 1401 die „Allium cepa“ (lat. für Zwiebel) in alle Welt exportiert wird.

Je nach Anbauart, ob angepflanzt (Februar/März) oder ausgesät (März/April), richten sich auch die Erntetermine. FRANS BOUVE

Anzeige

QUALITÄTSKONTROLLE / Letzte Prüfstation ist an der Grenze

Auch das Innere wird überprüft

Von den zur Zeit jährlich exportierten Obst- und Gemüsearten in Höhe von 1,7 Millionen Tonnen nimmt allein der deutsche Markt rund 900 000 Tonnen ab.

Etwa ein Drittel der für den Export bestimmten Obstmengen und etwas mehr als die Hälfte der verschiedenen Gemüsesorten gehen über die niederländische Grenze in die Bundesrepublik.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des Exports macht eine besonders strenge Qualitätsüberwachung erforderlich.

Es darf nur Obst und Gemüse ausgeführt werden, das der Qualitätsklasse I entspricht. Die Kontrolle dieser Exportpartien wird durch eine halbamtliche Instanz, das Qualitätskontrollbüro (KCB), durchgeführt. Die Kontrollen des KCB arbeiten in den Versteigerungshallen und bei den Packstationen der Exporteure. Eine letzte Kontrolle findet an der Grenze statt.

„Veiling“ seit fast hundert Jahren

Darüber hinaus besucht das KCB regelmäßig die Märkte im Ausland, um das Qualitätsniveau der niederländischen Produkte zu beobachten.

Befinden die KCB-Kontrollen die überprüften Partien für normgemäß, erteilen sie dem betreffenden Exporteur ein Genehmigungszertifikat, das für die Ausfuhr von holländischem Obst und Gemüse unbedingt erforderlich ist.

Das Herzstück der niederländischen Vermarktung aller Gartenbau-erzeugnisse ist seit 97 Jahren die Ver-

steigerung (Veiling). 98 Prozent der gesamten Obst- und Gemüseproduktion werden über Versteigerungen abgesetzt. 38 000 Gartenbaubetriebe sind auf genossenschaftlicher Basis an insgesamt 43 Versteigerungen angeschlossen.

Die Mitglieder der jeweiligen Veiling dürfen ihre Produkte nur über ihre Versteigerung verkaufen.

Die wesentliche Aufgabe der Versteigerungen besteht in der Förderung einer marktwirtschaftlichen Preisbildung durch eine offene Konkurrenz unter den Käufern. Außerdem übernimmt die Versteigerung das Umgruppieren des von den Erzeugern angebotenen Sortiments in ein gemeinsames Sortiment, das auf dem Absatzmarkt verkauft werden kann.

Und last not least kontrollieren die Warenprüfer der Veiling, ob die Sortierung des Erzeugers den strengen Vorschriften entspricht. Dabei wird nicht nur das Aussehen der Ware beurteilt (Farbe, mögliche Beschädigung), sondern auch das Innere der Produkte begutachtet (Festigkeit, Saftigkeit).

Im Jahre 1987 gab es noch 137 einzelne Versteigerungen. Heute sind es, bedingt durch Fusionen und Stilllegungen, 43. Die Investitionen, die nötig sind für die modernen Anlieferungs-, Lagerungs- und Verpackungsbedingungen sind meist nur dann rentabel, wenn sie optimal genutzt werden können.

Eine größere Konzentration bringt fast immer den Vorteil geringerer Betriebskosten und eine bessere Preisbildung mit sich.

Zur Verdeutlichung: 1971 betrug der durchschnittliche Umsatz einer

Versteigerung 15,3 Millionen Gulden bei insgesamt 84 Versteigerungen. 1981 betrug der Umsatz im Durchschnitt pro Versteigerung 53,8 Millionen Gulden bei 47 Versteigerungen.

Das vergangene Geschäftsjahr 1983 brachte den 43 Versteigerungen ein Umsatzplus von 12 Prozent. Der Gesamtumsatz ist damit von 2,5 Milliarden Gulden (1982) auf 2,8 Milliarden Gulden (1983) gestiegen.

Versteigert wird an jedem Arbeitstag der Woche. Das Prinzip ist denkbar einfach und funktioniert schon seit fast 100 Jahren bestens. Jede Veiling verfügt über eine Halle, die im Äußeren einem Hörsaal gleicht.

Wenn Sekunden entscheiden

Die Sitzplätze der Käufer sind mit Druckknöpfen ausgestattet, die direkt mit der großen Versteigerungsur gekoppelt sind. Der Zeiger dieser Uhr läuft von 100 im Uhrzeigersinn abwärts, das bedeutet, der Preis fällt. Erreicht der Zeiger den Maximalpreis, den der Käufer akzeptiert, so drückt er auf seinen Knopf. Wer zuerst drückt, bekommt die angebotene Partie.

Jeder Käufer versucht natürlich, die Uhr so lange wie möglich laufen zu lassen. Allerdings muß er aufpassen, daß ihm keiner seiner Mitbewerber zuvorkommt.

Sekundenbruchteile entscheiden darüber, wer die Partie bekommt. Im Gegensatz zum Bieten an herkömmlichen Versteigerungen bedeutet bei einer Veiling das Gebot, also der Knopfdruck, automatisch auch den Kauf. W.R.



INTERVIEW MIT DEM NIEDERLÄNDISCHEN LANDWIRTSCHAFTSATTACHÉ HEGEMANN

Vorteile durch Vermarktungssystem und größere Liefer-Flexibilität

WELT: Welche Bedeutung hat die Bundesrepublik für die holländischen Lebensmittel als Exportmarkt?

Hegemann: Für uns ist sie die Nummer eins.

WELT: Welches Volumen hat der Export?

Hegemann: Das Exportvolumen der Güter der Agrarwirtschaft betrug 1983 10 Milliarden und 549 Millionen Mark.

WELT: Und in Gegenrichtung?

Hegemann: Auf dem Agrarbereich drei Milliarden und 94 Millionen Mark.

WELT: Also ist die Bundesrepublik mit einem Volumen von sieben Milliarden Mark Nettoimporteur?

Hegemann: Ja, aber wenn man die gewerblichen Produkte einbezieht, dann sieht es wieder anders aus.

WELT: Was ist Ihre Funktion im Vergleich zu derjenigen der Absatz- und Marketingorganisation der einzelnen Branchen?

Hegemann: Wenn irgend jemand Fragen hat, zum Beispiel eine Fabrik, ein Werk oder eine Person, die sich informieren möchte über die Chancen auf dem Markt, oder jemand sucht eine Vermittlung für Adressen, dann schreibt er mir oder kommt ohne weiteres zu mir. Wir bemühen uns, die Antwort auf jede Frage zu geben.

Der Interessent geht nicht an erster Stelle zu seinem Sektor oder zu seiner Werbeabteilung. Die Werbeabteilungen der Sektoren bemühen sich hauptsächlich um Werbung, d. h. sie geben Broschüren heraus und sie beteiligen sich etwa an der Hollandwoche. Aber dann ist Schluss. Die konkrete Unterstützung bekommt man von uns, auf dem ganzen Gebiet. Wenn es Schwierigkeiten gibt mit der Veterinärbehörde oder wenn es sanitäre Schwierigkeiten gibt, wenn es um lebensmittelgesetzliche Fragen geht, dann schreiben wir ein.

Auf dem Gebiet der Werbung beteiligen wir uns und koordinieren.

WELT: Können sie zu den Wettbewerbsvorteilen Stellung nehmen?

Hegemann: Die Wettbewerbsvorteile liegen vor allem auf dem Gebiet der Schnittblumen, Topfpflanzen und Obst und Gemüse. Bedingt sind sie durch das System der Vermarktung.

Ich meine das System der Versteigerung. Damit befaßt sich eine Organisation, die kooperativ von den Züchtlern gegründet worden ist.

Sie bieten in dieser Versteigerung ihre Produkte an. Sie können nicht oobenbei verkaufen; sie haben Lieferpflicht und Lieferzwang. Sonst

her sein werden als 50 Prozent, meistens noch niedriger.

Wenn man so ein System nicht hat und gezwungen ist, seine Produkte an einen Zwischenhändler zu liefern, dann steigen die Kosten erheblich. Und die Distanzen sind etwa in Deutschland selbstverständlich größer. Bevor ein Züchter irgendwo, sagen wir im Kreis Frankfurt, sein Produkt an den Endhändler abgeliefert hat, sind schon ein oder zwei Tage vergangen und das Produkt um vielleicht 10, 20 oder 100 Prozent teurer. Bei uns fängt etwa eine Blumenversteigerung - um 7 Uhr an, um 11 Uhr bzw. 11.30 Uhr ist dann alles fertig. Dann ist schon ein Teil der Ware eingepackt. So schnell geht das, jeden Tag.

Unser zweiter Vorteil ist, daß in Holland die Produzenten aus dem Agrarbereich sehr eng mit unseren Ministerien und den Instituten des Ministeriums zusammenarbeiten. Wir haben staatliche Berater für Landwirtschaft, Gartenbau, Viehzucht usw. Wir haben Versuchsanstalten, die Ergebnisse dieser Institute werden veröffentlicht.

Es besteht eine Art Dreieck zwischen Ausbildung, Beratung und Forschung; d. h. zwischen der landwirtschaftlichen Universität in Wageningen mit ihren Instituten, den Beratungsstellen des Staates und der Forschung.

Wegen unserer geographischen Beschränkung, wir sind nur ein kleines Land, müssen wir einfach zusammenarbeiten. Es kommt nicht von ungefähr, daß der genossenschaftliche Gedanke auf dem Agrargebiet bei uns schon längst realisiert ist.

WELT: Welche Forderungen haben Sie an die Politik?

Hegemann: Ich hätte gern, daß die Grenzformalitäten völlig verschwinden, d. h. daß bei der Einfuhr aus Drittländern in Rotterdam oder Am-

sterdam die holländischen Veterinäre schon feststellen, ob die Waren noch gut sind oder nicht, und daß die Produkte ohne weiteres weiterexportiert werden können.

Daß zweitens, wenn wir Agrarprodukte herstellen, unsere Zertifikate ohne weiteres akzeptiert werden, ohne Grenzkontrolle.

Dasselbe trifft zu für pflanzliche Produkte. Man kontrolliert bei ihnen an der Grenze auf Befehl durch die Mediterranean Fruit Fly. Das ist eine Pest in subtropischen und tropischen Gebieten. Das Tier kann einfach hier nicht überleben. Es kann sein, daß bei einem Obsthändler, wenn es heiß ist, eine Wolke von diesen Fliegen herausfliegt. Aber überleben kann sie in Deutschland nicht.

Aber trotzdem wird kontrolliert und werden auch Sendungen zurückgeschickt, meistens Grapefruits. Ob das wirklich notwendig ist?

WELT: Ein Wort zu der Berechnung der Grenzabgleichszahlung. Könnte man das nicht schon am Speditionsort machen?

Hegemann: Das wäre möglich. Es wäre eine Vereinfachung der Kontrolle. Aber die Normen, die man verwendet, sollen sehr streng sein. Wir müssen darauf achten, daß wir die Qualitätsnormen aufrechterhalten und daß unsere Normen genauso streng sind wie Ihre und umgekehrt. Sie wissen, daß es im landwirtschaftlichen Bereich heutzutage in ist, auf alle Agrarprodukte zu schießen. Es ist einfach lächerlich, daß heute in deutschen Zeitungen erscheint, daß man kein Mineralwasser trinken solle wegen des Nitratgehaltes oder des Formaldehyds. Dabei wird das schon über 100 Jahre verwendet.

Heute sagt man, Gemüse ist gespritzt, und das Brot taugt nichts, und die Kartoffeln sind nicht in Ordnung. Das ist modisch.

Die einzige Antwort, die wir darauf geben können, ist Qualität, Qualität und Qualität. (hbb)



Landwirtschaftsattaché G. J. Hegemann

FOTO: DIE WELT

klappt das System nicht mehr. Dort hat man eine Konzentration von Anbietern, von Produzenten mit ihren Produkten, und da ist auch die Nachfrage. Das sind Hunderte von Käufern, von Warenhäusern bis Großorganisationen.

Daher läuft die Preisgestaltung meistens sehr gut und sehr rapide, und die Verkaufskosten sind im allgemeinen sehr niedrig. Ich glaube, daß bei den Blumenversteigerungen z. B. die Kosten für den Züchter nicht hö-

AUF EINEN BLICK

Kontakt-Adressen

Königlich Niederländische Botschaft
Büro des Landwirtschafts-Attachés
Strassensweg 10
5300 Bonn 1
Tel. 0228/23 80 91-98

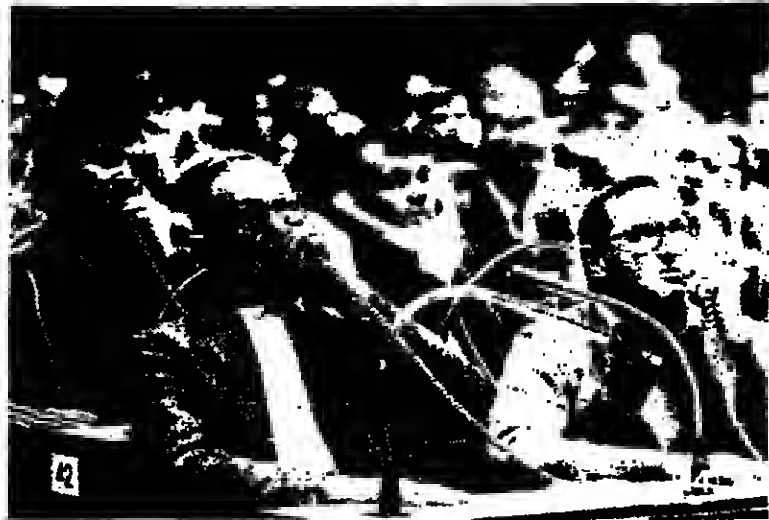
Kartoffeln
NIVAA-Niederländische Auskunftsstelle für Kartoffeln
Stadhoudersplantsoen 12
2517 JL Den Haag (Holland)
Tel.: 70-45 28 30
Verband der Kartoffel-verarbeitenden Industrie
van Stolkweg 31

Fisch und Fischprodukte
Wirtschaftsgruppe für Fisch und Fischprodukte
Javastraat 28
2585 AM Den Haag (Holland)
Tel.: 70-46 94 34

Ziergewächse, Blumenzwiebeln, Blumen und Baumschulzeugnisse
Wirtschaftsgruppe für Ziergewächse
Stadhoudersplantsoen 12
2517 JL Den Haag (Holland)
Tel.: 70-92 41 51
Niederländischer Blumenzweibelrat
Parklaan 5
2181 DB Hillegom (Holland)

Süßwaren, Schokolade, Kakao und Biskuit
Niederländischer Verband für die Zuckerwaren- und Schokoladen-verarbeitende Industrie
Keizersgracht 188
1016 DW Amsterdam (Holland)
Tel.: 20-23 62 12
Frischobut und Frischghee
Centraal Bureau van de Tuinbouwverelingen in Nederland,
2585 AS Den Haag,
Javastraat 80
Für Deutschland:
Peter Schlack,
7000 Stuttgart 61
Weinlinge 14,
Tel.: 0711/42 47 30

Fleisch
Jährlich geben die deutschen Verbraucher rund zwei Milliarden Mark für Fleisch aus den Niederlanden aus. Eine planmäßige Zucht von gesunden und vitalen Tieren im Wiesen- und Weideland hat dazu geführt, daß niederländisches Fleisch, Fleischwaren und Fleischkonserven besonders bei deutschen Konsumenten den Ruf genießen, von guter Qualität zu sein. Innerhalb der niederländischen Agrarwirtschaft ist die Fleischindustrie mit einem Exportvolumen von etwa 938 650 Tonnen der wichtigste Devisenbringer. Größter Kunde ist die Bundesrepublik, die im vergangenen Jahr über 280 000 Tonnen Fleisch und Fleischwaren importierte. Mit einem Pro-Kopf-Verzehr von über 88 Kilogramm Fleisch gehören die Bundesbürger zu den größten Fleischessern in Europa. Im Bild des niederländischen Fleischexportes in die Bundesrepublik rangierte Schweinefleisch 1983 mit 234 920 Tonnen an der Spitze, gefolgt von Kalbfleisch mit 27 180 Tonnen und Rindfleisch mit 8614 Tonnen. An Fleischwaren gingen 10 100 Tonnen in deutsche Länder. Insgesamt konnte der Fleisch- und Fleischwarexport in die Bundesrepublik um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.



Gemüseverkäufer auf der Versteigerung

FOTO: DIE WELT

2585 JN Den Haag (Holland)
Tel.: 70-51 24 61

Milchzeugnisse
Niederländisches Büro für Milchzeugnisse
Werbe- und Beratungsstelle für holländische Milchzeugnisse
Markt 45-47 (Karlshof)
5100 Aachen
Tel.: 0241/2 76 02-3

Eier, Eierprodukte, Geflügel und Geflügelkonserven
Wirtschaftsgruppe für Geflügel und Eier
Utrechtseweg 31
3704 HA Zeist (Holland)
Tel.: 3404/1 69 11

Tel.: 2520-1 52 54
Für Deutschland:
Holländischer Blumenzweibelrat
Informationszentrum
Rheinallee 4c
5300 Bonn-Bad Godesberg
Tel.: 0228/36 34 30
Spirituosen und Bier
Wirtschaftsgruppe für Spirituosen
Westmolenstraat 2
3111 BS Schiedam (Holland)
Tel.: 10-26 93 40
Braueriezentrallbüro
Herengracht 282
1016 BX Amsterdam (Holland)
Tel.: 20-25 22 51

Auf die Marke kommt es an...

wenn man gutes Fleisch einkaufen will. Die Deutschen wissen das, denn sie haben allein im letzten Jahr für rund 2 Mrd. DM Fleisch und Fleischwaren aus den Niederlanden in die Bundesrepublik importiert. Kein Wunder. Fleisch aus Holland kommt nun mal aus einem guten Stall.



Informationsbüro der Niederländischen Fleischwirtschaft (VV) All Pempelfort 6 4000 Düsseldorf 1
Telefon: (0211) 38 90 00

...aus gutem Stall!

BLUMEN / Das Land verwandelt sich in einen tausendfarbigen Teppich

Mönche machten eine Zwiebel heimisch

Unter den schützenden Dünen der niederländischen Nordseeküste verwandelt sich das Land jedes Frühjahr in ein riesiges Blumenbeet. Zwischen Leiden und Haarlem bilden die berühmten Blumenfelder einen tausendfarbigen Teppich. Weiter nördlich, jenseits des Nordseekanals, der Amsterdam mit dem Meer verbindet, und bis an den Saum der früheren Zuidersee, gibt es ebenfalls zahlreiche Blumenfelder - aber hier mehr wie ein Mosaik auf grünem Untergrund. Dieses großartige Farbenspiel der blühenden Tulpen, Narzissen, Hyazinthen und Krokusse lockt alljährlich ausländische Besucher nach Holland.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß ausgerechnet die Tulpe - die heute eher noch als die Windmühle Sinnbild der Niederlande ist - ursprünglich aus der Ferne stammt. Vor mehr als tausend Jahren wurde sie von den Kreuzfahrern auf ihren Feldzügen durchs Heilige Land entdeckt und dann erstmalig in den frühchristlichen Klöstern Kleinasiens systematisch angepflanzt. Mit rührender Sorgfalt begannen die Mönche die zarte und zierliche Blume und nahmen sie beim Einfall der Türken mit nach Mit-

teleuropa. Aber auch die mohammedanischen Eroberer fanden großen Gefallen an der Tulpe. Ein alljährliches Tulpenfest war eines der schönsten Ereignisse am Hofe der Sultane.

Im Jahre 1637 griff dann der Staat nach dem Blumenhandel.

Zu den Züchtlern mit ihrer jahrhundertalten praktischen Erfahrung gesellte sich die Wissenschaft. Pflanzenkrankheiten, die die Qualität und in einer bestimmten Phase gar die Existenz der Blumenzweibel bedrohten, konnten überwunden werden. Die modernen Kreuzungsmethoden wurden ständig verbessert. Außerdem gelang es, die Blüteperioden so zu regeln, daß die Blumenzweibel auch in Länder südlich des Äquators exportiert werden können, wo „umgekehrte“ Jahreszeiten herrschen.

Die eigentliche „Industrialisierung“ der Blumenzucht erfolgte erst vor etwa sechzig Jahren. Man entdeckte damals, daß die hinter den Dünen liegenden Geestböden für die Zwiebelzucht besonders günstige Vorbedingungen bieten. Geeignete Gelände wurden von Flugsand befreit, abgeschrägt und nach sorgfältigen Berechnungen drainiert. Auf diese Weise wurden viele Quadratkilo-

meter für die Blumenzucht erschlossen. Nachdem erst einmal die Voraussetzungen für eine großangelegte Produktion geschaffen waren, erfolgte die systematische Eroberung der internationalen Absatzmärkte.

Das heutige Blumenland, einst mit Dünen und Wäldern bedeckt, hat sein Gesicht völlig verändert. Im Sommer, der Hauptsaison, wenn die Zwiebeln für den Versand vorbereitet werden, wird oft Tag und Nacht durchgearbeitet. Lange Reihen schwerer Lastwagen rollen auf den Bahnhöfen und den Seehäfen, von wo aus die Reise in alle Welt beginnt.

Die Bevölkerung des Blumenlandes bildet eine eigene Gemeinschaft. Gemeinsam hat man den großen Schritt von der Familiengärtnerei zum internationalen Handelsbetrieb getan, und viele Leute aus dem buntan Landstrich zwischen Haarlem und Leiden sind in Rio de Janeiro ebenso zu Hause wie in Amsterdam. Aus früheren Dorfbewohnern wurden Kosmopoliten, und mit ihren Blumenzweibel tragen sie dazu bei, ein bißchen mehr Farbe und Freundlichkeit in die Welt zu bringen.

GEERT DE BEEK

Ein guter
Tip von
MEISTER
JAN



Auf diese Zeichen kommt es an,

wenn Sie Geflügel aus Holland mit viel zartem Fleisch und echtem Geschmack kaufen wollen.

Hervorragende Zucht, wohlausgewogene, lange Mast, hygienische, sorgfältige Schlachtverfahren, das alles garantiert Qualität. Qualität, die wir streng und unnachgiebig kontrollieren.

Und für diese besondere Qualität bürgt Meister JAN mit diesen Zeichen.

Frisches oder tiefgefrorenes Geflügel, ausgezeichnet mit einem dieser Qualitätssiegel, ist mit das Beste vom Besten aus Holland.

Qualitätszeichen
für gefrorenes
Geflügel



Qualitätszeichen
für frisches
Geflügel



WELT-GESPRÄCH MIT DEM DIREKTOR DES NIEDERLÄNDISCHEN BÜROS FÜR MILCHERZEUGNISSE, J. F. WILLEMSE

„Wir müssen für unsere Bauern einen ständigen Kampf um Marktanteile führen, auch in der Bundesrepublik“

WELT: An den europäischen Grenzen hat es in der Vergangenheit Probleme bei der Güterabfertigung gegeben. Jetzt kommt aus Bonn der Vorschlag, endlich einen Binnenmarkt in Europa zu schaffen. Viele denken ja, wir hätten so etwas schon.

Willemse: Wir haben noch keinen echten Binnenmarkt. Seit 1958, dem Jahr des römischen Vertrages, hat sich vieles zum Guten geändert. Aber es müßten sich noch viele andere Dinge ändern.

Es gibt Schwierigkeiten zwischen verschiedenen EG-Staaten.

Wir müssen daran arbeiten, daß der Handel besser fließt.

WELT: Das Gütezeichen der Produkte, die Sie auf dem Markt absetzen, der Milchprodukte, ist ja die Frische. Wie sieht es aus an der deutsch-niederländischen Grenze. Wie lange wartet ein Lkw oder kommt er problemlos durch?

Willemse: Er kommt ohne Schwierigkeiten durch. Da haben wir keine größeren Wartezeiten.

WELT: Die Lkw müssen an der Grenze warten, damit der Währungsausgleich berechnet werden kann. Die Forderung nach einem echten Binnenmarkt würde ja doch zum Inhalt haben, daß das entfällt.

Willemse: Das wäre eine sehr gute Sache.

WELT: Wenn man sich die Exporte der Milchprodukte in die Bundesrepublik ansieht über die letzten Jahre hinweg, ist eine kontinuierliche Steigerung festzustellen. Jetzt sagen Sie, der freie Markt würde nicht schaden. Leben Sie aber nicht doch von den Abnahme- und Preisgarantien der EG?

Willemse: Unsere Artikel, denken wir an den Käse, sind freie Artikel, nicht gestützt.

Wir haben andere Artikel, Milchpulver und Butter, die sind garantiert und das ist auch vorläufig noch gut

so. Im großen und ganzen meine ich, wenn etwas frei und ohne Barrieren hin und her geht, daß das besser für den Handel ist.

WELT: Der Milch- und Butterberg würde nicht größer?

Willemse: Das glaube ich kaum. Es gibt natürlich Probleme. Die Milchleistung der niederländischen Kuh ist sehr hoch. Mit 5 300 Kilogramm die höchste innerhalb Europas. Unsere 2,5 Millionen Milchkühe produzieren pro Jahr 13 Milliarden Liter Milch. Wir müssen davon mehr als die Hälfte exportieren, um überleben zu können.

Wir suchen Wege, neue Kundschaft im Ausland zu gewinnen. Wir sind sehr abhängig vom Export in Drittländer. Ich meine aber sagen zu dürfen, daß wir innerhalb Europas mit seinen 300 Millionen Verbrauchern dreiviertel unserer Kundschaft finden müssen. Die Bundesrepublik ist dabei für uns der wichtigste Kunde, wenn sie das weltweit sehen. 41 Prozent des Käsevolumens gehen nach Deutschland.

Das ist ein ständiger Kampf um Marktanteile, auch innerhalb der Bundesrepublik. Nach Italien ist die Bundesrepublik der größte Käseimporteur innerhalb der EG. Von den 271.000 Tonnen, die 1983 eingeführt wurden, kam die Hälfte aus Holland.

Am deutschen Käseverbrauch sind wir mit 25 Prozent beteiligt. Holland ist auf dem Agrarsektor sehr weit, erstaunlich für ein so kleines Land.

WELT: Wie erklären Sie sich den Erfolg?

Willemse: Die Deutschen sind, von regionalen Unterschieden abgesehen, keine typischen Käse-Esser. Sie sind eher Wurstesser; auch mit regionalen Schwerpunkten.

WELT: Wie kommt es denn, daß die holländischen Produkte so einen guten Markt hier haben. Ist das Ihr Marketing?

Willemse: Ich glaube, daß das Marke-

ting dazu beigetragen hat, daß wir so einen großen Exporterfolg zu verzeichnen haben.

Wobei Sie wohl bedenken müssen, daß die Bundesbürger natürlich kleine Käse-Esser sind, wenn sie das vergleichen mit dem Konsum in anderen Ländern.

WELT: Wieviel Kilo pro Kopf werden denn in den Niederlanden an Käse gegessen?

Willemse: 12,5 Kilogramm bei 14,3 Millionen Einwohnern. Das sind 180 000 Tonnen.



Käsefreunde auf der Berliner Woche unter sich FOTO: DIE WELT

WELT: Und wieviel sind es in der Bundesrepublik?

Willemse: 8,1 Kilogramm Schnittkäse, Hartkäse, Weichkäse, alles zusammen. Man sagt, daß man hier 14,5 Kilogramm Käse ißt. Davon sind allerdings 6,4 Kilogramm Quark und Frischkäse. Die Bundesrepublik liegt, was den Käseverbrauch betrifft, weit hinten in Europa.

Die Belgier essen soviel Käse wie die Holländer, die Franzosen essen weitaus mehr, über 18 Kilogramm. Und die Griechen sind innerhalb der EG die größten Käseesser. Neun Mil-

lionen Griechen essen 20 Kilogramm pro Kopf, dabei viel Schafskäse.

WELT: Würden Sie daher sagen, daß die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für holländischen Käse noch nicht erreicht ist.

Willemse: Ich glaube nicht. Wenn Sie es auf längere Sicht sehen, glaube ich, daß es sicherlich möglich ist, den Käsekonsum der Bundesbürger um ein Kilo zu vergrößern.

Dann hätte man auf 9 Kilogramm, aber ein Kilogramm in der Bundesre-

sind eigentlich sechs Geschmacksvarianten alleine beim Gouda.

Wir haben Leidener, Friesen- und Bauernkäse, dazu Edamer in verschiedenen Altersstufen. Insgesamt umfaßt das holländische Käsesortiment etwa 30 Sorten. Dazu kommt in den letzten drei Jahren der Maasdammer, der eine steile Käsekarriere hinter und vor sich hat.

Wir exportieren insgesamt etwa 25 bis 30 Sorten. Und ich glaube, daß eine Ausdehnung möglich ist.

WELT: Der Erfolg des holländischen Käses ist nach Ihren Mitteilungen damit verbunden, daß die Deutschen gesundheitsbewußter leben, will sagen, figurbewußter leben. Wenn man das holländische Image betrachtet, ist dies aber nicht das Image der figurbetonten Ernährung. Liegt da ein Mißverständnis vor?

Willemse: Holländischer Gouda hat von Natur aus einen Fettgehalt von 48 Prozent, bezogen auf die Trockensubstanz. Das entspricht einem absoluten Fettgehalt von 26 Gramm pro 100 Gramm.

Natürlich bieten wir auch fettarme Käsesorten an. Grundsätzlich sollte sich der Verbraucher merken, daß der absolute Fettgehalt etwa der Hälfte des in der Trockenmasse angegebenen Fettanteils entspricht. Wenn Sie Käse mal mit anderen Brotbelägen, wie zum Beispiel mit der Wurst vergleichen, dann steht der Käse doch ganz prima da. 50 bis 60 Prozent absolut sind bei der Wurst keine Seltenheit.

Und je billiger die Wurst, umso fetter ist sie. Wenn wir das vergleichen, ist unser Käse relativ fettarm. Fett bringt über die Zunge den Geschmack. Ganz ohne Fett geht es nicht. Der Körper braucht Fett. Ich glaube auch nicht, daß das negative Auswirkungen beim Verbraucher hat.

WELT: Ihr Werbungssymbol ist die

Frau Antje. Sie ist ja wohl sehr bekannt.

Willemse: Tatsächlich. 86 Prozent aller Bundesbürger kennen Frau Antje. Daran haben wir lange gearbeitet und viel Geld investiert. Damals, vor 30 Jahren, suchten wir eine typische Figur, die den holländischen Käse symbolisiert und vor allen Dingen kollektiv symbolisieren sollte. So sind wir auf das „Meisje“ gekommen.

Dann haben wir uns einen Namen überlegt. Was kommt in der Bundesrepublik gut an? Klingt es holländisch? Frau Antje schien uns gerade recht. Damit haben wir dann geworben. Alles, was wir tun, tun wir im Namen von Frau Antje.

WELT: Auch in den Niederlanden?

Willemse: Nein, nur im Ausland.

WELT: Seit 30 Jahren sind Sie auf dem deutschen Markt. Lag eine politische Entscheidung zugrunde?

Willemse: Nein, eine einfache kommerzielle Entscheidung. Wir haben gesagt, wir müssen in den Märkten arbeiten, wo die meisten Kunden wohnen. Es ist nicht gut, das aus Holland zu organisieren. Wir haben als erste gesagt, Holland will deutsche Kunden.

Wir haben vorher nie eine eigene Niederlassung gehabt, eine Agentur, die die Sprache der Verbraucher spricht. Wir waren die ersten in '54. 1962 sind die Dänen gekommen, 1963 die Sopena und alle anderen. Und dann hat man deutscherseits die CMA gemacht.

WELT: Eine Botschafterfunktion hatten und haben Sie vermutlich immer noch?

Willemse: Ja, wir vertreten die gesamte Industrie. Wir haben einen sehr hohen Bekanntheitsgrad. Wir sind, wenn Sie den Absatz anschauen, ein sehr großer Lieferant der Bundesrepublik, immerhin 1,8 Milliarden Gulden pro Jahr Molkereierzeugnisse.

Das heißt, vom Gesamtexport im Werte von 7,4 Milliarden Gulden gehen 1,8 Milliarden nach Deutschland.

SPEZIALITÄTEN

Importe in ein Land der Exporte

Als Agrarprodukt haben die Niederlande in der Bundesrepublik einen soliden Ruf, der sich u. a. auf bestens eingeführte und inzwischen schon traditionelle Handelsbeziehungen gründet. So kann es auf den ersten Blick nicht verwundern, daß die Holländer zu einem der wichtigsten Fleisch-Exporteure für ihren östlichen Nachbarn geworden sind.

Auf den zweiten Blick handelt es sich hier allerdings dennoch um ein erstaunliches Phänomen, denn: die Bundesrepublik ist im Hinblick auf ihre Fleischherzeugung nicht unbedingt auf Importe angewiesen. Die Inlandsproduktion könnte völlig ausreichen, die hiesige Nachfrage zu befriedigen.

Daß die Holländer dennoch in großem Umfang als Lieferanten der Bundesrepublik Fuß fassen konnten, liegt nicht nur an ihrer erklärten Bereitschaft, in allen Erzeuger-Bereichen – Schwein, Rind, Kalb und Fleischwaren – erste Qualität bereitzustellen, sondern darüber hinaus auch alles zu tun, um eine schnelle und pünktliche Belieferung zu marktgerechten Preisen zu gewährleisten.

Allein im Jahre 1983 wurde insgesamt Fleisch unter anderem in Form von Lebend- und Schlachtvieh sowie als Verarbeitungsprodukte mit einem Warenwert von über zwei Milliarden Mark in die Bundesrepublik exportiert. Wenngleich auch heute bereits ein großes Sortiment an Fleischverarbeitungsprodukten aus Holland kommt – im letzten Jahr waren es allein etwa 10 000 Tonnen –, so wird doch gerade dieser Marktbereich aufgrund des Convenience-Charakters seiner Erzeugnisse immer wichtiger. Hollands Fleischwirtschaft versucht deshalb in verstärktem Maße, in diesem Angebotssegment weitere Marktanteile zu erringen.

Dies kann in der an Wurst- und Fleischwaren-Spezialitäten nicht eben armen Bundesrepublik nur gelingen, wenn in der hiesigen „Fleischlandschaft“ passende Spezialitäten offeriert werden.

Bei Gelderländer Rauchwurst, einer Art geräucherter Fleischwurst nach Originalrezepten aus der holländischen Provinz Gelderland, ist der Versuch heute bereits gelungen.

WR.

Holco-Champignons



Eine Qualität, die sich sehen lassen kann – natürlich im Glas!

Holco-Konserven-Vertriebs-GmbH
5020 Frechen • Kölner Straße 180-182
☎ 0 22 34/52 06-1

DMV Campina: eine faszinierende Welt der Milch!

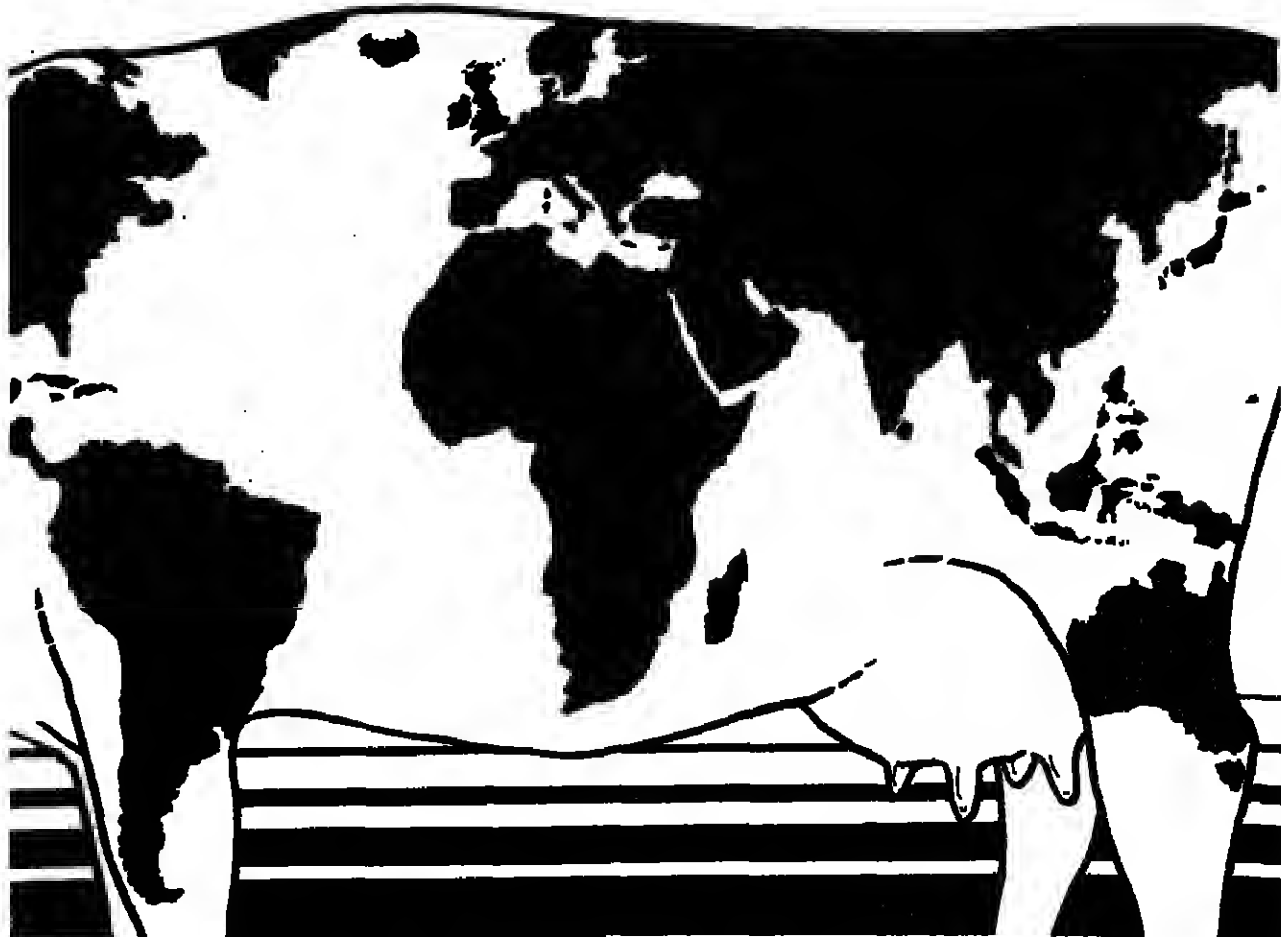
DMV Campina entstand 1979 aus der Fusion zwischen der Zuid-Nederlandse Melkindustrie (DMV) und der Melk-reigenenschaap Campina. 9000 Milchviehhalter aus Seeland, Nordbrabant und Limburg sind Mitglied dieser Genossenschaft. Sie besitzen zusammen über 400 000 Kühe, die jährlich 2,5 Milliarden kg Milch geben. In 16 Betrieben zwischen Middelburg und Maastricht verarbeitet DMV Campina diese Milch zu praktisch allen Produkten, die sich aus Milch herstellen lassen. Wie Konsummilch und -milchprodukte, Speiseeis, Kaffeesahne, Kondensmilch, Milchpulver, Käse und Butter. Aber auch Milcheiweiße, Laktose, Milchderivate, u. a. für die Bäckerei- und Dessertindustrie sowie Kälbermilchpulver und andere Pulver für die Viehzucht. Alle diese Erzeugnisse gelangen schließlich über unseren eigenen Verkaufsapparat zu unseren Kunden im In- und Ausland (70% werden in über 130 Länder exportiert).

DMV Campina hat die gesamte Milchverwertung – vom Bauernhof bis zum Kunden – in eigener Hand. Mit ca. 3700 Mitarbeitern und einem Umsatz von ca. 3 Milliarden Gulden können wir uns daher auch als das größte integrierte Molkereiunternehmen Westeuropas auf genossenschaftlicher Basis bezeichnen. Nur, damit Sie's wissen.



DMV Campina bv

Postfach 13, 5460 BA
Veghel - Niederlande
Telefon: 04130 - 84411
Telex: 746 50 dmv nl



CHAMPIGNONS

Aufstieg aus der Höhle ins eigene Kulturhaus

Holland liefert einen Großteil der Champignons, die in der Bundesrepublik Deutschland konsumiert werden. Die Niederlande sind nach den USA (235 Millionen Kilogramm), Frankreich (140 Millionen Kilogramm) und China (120 Millionen Kilogramm) mit 75 Millionen Kilogramm produzierter essbarer Pilze im letzten Jahr der Welt viergrößter Champignon-Erzeuger gewesen. Mehr als 70 Prozent der gesamten Produktion werden eingedost und fast ausschließlich exportiert. Die Bundesrepublik und Großbritannien sind die Hauptabnehmer für frische niederländische Pilze.

Um 1950 wurden die ersten modernen Champignon-Kulturen in Mook, Kerkrand und Ammerzoden gebaut. 1953 kam das Startzeichen für die stürmische Entwicklung mit der Gründung der CNC (Coöperatieve Nederlandse Champignonkweekers-Vereniging). Ursprünglich war die Pilzzucht Nebenberuf kleiner landwirtschaftlicher Betriebe. Heute haben sich viele Bauern darauf spezialisiert.

Früher wurden die Pilze auf dem Boden von Höhlen im Süden von Limburg gezüchtet. Seit 1950 sind spezielle Kulturhäuser gebaut worden, die aus einer Anzahl gut isolierter Räumlichkeiten mit Heizung und Ventilator bestehen. Eine Reihe von Familienbetrieben hat drei bis sechs Kulturräume, in denen eine Jahresproduktion von 50 bis 100 000 Kilogramm erzielt wird. Größere Betriebe nennen eine Produktionszahl von bis zu einer Million Kilogramm pro Jahr.

Die Aufzucht der Pilze ist sehr arbeitsintensiv, etwa 70 Prozent der für die Ernte erforderlichen Arbeitszeit entfällt auf das Pflegen. In Großbetrieben wird diese Arbeit allerdings inzwischen von der Maschine übernommen.

Die Pilze werden über die „CAC“ (Absatzzentrale für Champignons) auf den Markt gebracht. Die Niederlande besetzen einen der ersten Plätze in der Welttradingliste in Bezug auf die Entwicklung von Champignon-Kulturmethoden und ihrer Mechanisierung. So konnten die Landwirte ihre Produktion von 3000 Tonnen im Jahre 1960 auf jetzt 75 000 Tonnen steigern.

U. S.



Tomatenernte in einem genossenschaftlichen Betrieb

FOTO: DIE WELT

GEMÜSE / Palette ausweiten heißt jetzt die Devise der Marketing-Strategen

Dem Süden auf der Angebots-Spur

Nachdem in den Jahren 1955 bis 1970 eine rasch wachsende Nachfrage nach den „klassischen“ Erzeugnissen Tomate, Kopsalat und Gurke die Anbau- und Absatzpolitik bestimmt hatte, ist seit den 70er Jahren ein wesentliches Ziel holländischer Marketingstrategie, die Gemüsepalette stärker auszuweiten. Dabei handelt es sich entweder um Produkte, die bisher hauptsächlich in südlichen Ländern angebaut wurden, wie Auberginen, Broccoli, Chinakohl, Fenchel, Paprika, Zucchini oder um Gemüsesorten, die aufgrund von veränderten Konsumgewohnheiten verstärkt nachgefragt werden, beispielsweise Champignons, Chicorée, Eisbergsalat, Fleischtomaten.

Mittlerweile werden in Holland 56 verschiedene Gemüsesorten angebaut, die die Erzeuger fast in allen Jahreszeiten anbieten können. Bereits im 17. Jahrhundert entwickelte sich in Holland der Gartenbau auf hohem Niveau. Günstige Bodenverhältnisse und vorteilhafte klimatische Bedingungen, die günstige Lage für den Handel und der hohe Entwicklungsstand der Agrarbevölkerung haben dazu beigetragen, daß dort pro Kopf mehr Obst und Gemüse angebaut wird, als in irgend einem anderen Land der Welt.

Nicht weniger als 23 Prozent des gesamten Exports sind Agrarprodukte, obwohl nur sieben Prozent der berufstätigen Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt ist – ein Ergebnis, das vor allem durch die intensive Bewirtschaftung des Landes möglich wurde.

Eine produktgerechte Verpackung sorgt dafür, daß frisches Obst und Gemüse auch frisch bleibt und den Transport vom Erzeuger bzw. von der Versteigerung zum Konsumenten unbeschädigt übersteht. Die Holländer sind darum ständig bemüht, neue Verpackungsarten zu entwickeln, um ihren Vorsprung auf diesem Gebiet auch weiterhin zu halten.

So haben sie in den letzten Jahren die Exportware palettenweise mit Schruppfolie überzogen, um sie vor Transportschäden und Witterungseinflüssen besser zu schützen. Auch im Bereich der Kleinverpackungen haben sie in der letzten Zeit einige Neuentwicklungen vorangetrieben, zum Beispiel Polybeutel für Radieschen und Kopsalat, Foodtainer für Chicorée oder Porree in 1-kg-Kleinverpackung, Broccoli in Schruppfolie.

Die besonderen Vorteile dieser Kleinverpackungen liegen in der höheren Haltbarkeit der Produkte und das damit verbesserte Qualitätsangebot für den Verbraucher.

Im Jahre 1917 gründeten die einzelnen Versteigerungen eine gemeinsame Marketingorganisation, das „Centraal Bureau van de Tuinbouwveilingen in Nederland“ (CBT) mit Sitz in Den Haag. Das CBT hat die Aufgabe, alle Versteigerungen und ihre Mitglieder in betriebswirtschaftlichen und markttechnischen Angelegenheiten zu unterstützen. Außerdem ist das CBT verantwortlich für Entwicklung und Realisation von absatzfördernden Maßnahmen. ES

Holland ist nicht nur in der Produktion von Obst und Gemüse einzigartig, auch die Art der Versteigerung, über die Agrarprodukte gehandelt werden, ist einmalig in der Welt.

Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts verlief der Verkauf von Gartenbauprodukten noch auf klassische Weise: Der Erzeuger brachte seine Ware zum Markt und bot sie dort persönlich seinen Kunden an.

Eine Zusammenarbeit von Mitgliefern gab es nicht, im Gegenteil, die Konkurrenz untereinander war groß und der Erlös, den der einzelne auf dem Markt für seine Produkte erzielen würde, war sehr ungewiß. Dies war risikoreich und trug nicht gerade

VERSTEIGERUNGEN / Der Garten Europas setzt die Zeiger in Bewegung

Steht die Uhr, ist die Ware verkauft

Zum 16. Male ohne Unterbrechung beteiligten sich die Niederlande an der „Ikofa“ in München, die heute ihre Tore öffnet. Auch in diesem Jahr gibt es wieder einen Gemeinschaftsstand, koordiniert vom Niederländischen Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, in enger Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Zentrum für Handelsförderung.

Innerhalb dieses Gemeinschaftsstandes stellen mehr als ein Dutzend Einzelunternehmen ihre Produkte aus. Exportförderungs-Organisationen, darunter das niederländische Büro für Milcherzeugnisse und die Informationsstelle der niederländischen Fleischwirtschaft zeigen, was auf dem jeweiligen Sektor für den deutschen Markt angeboten wird.

Als Abnehmer niederländischer Agrarprodukte steht die Bundesrepublik nach wie vor an erster Stelle.

Holland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer bedeutenden Industrie- und Handelsnation mit einer der stärksten Währungen in Europa entwickelt.

Einen großen Anteil daran hat ein Wirtschaftszweig mit jahrhundertelanger Tradition in Holland: die Agrarwirtschaft. Nicht weniger als 23 Prozent unseres gesamten Exports sind Agrarprodukte, obwohl nur sieben Prozent unserer berufstätigen Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt ist – ein Ergebnis, das vor allem durch die intensive Bewirtschaftung unseres Landes möglich wurde.

Kein Land auf der Welt produziert pro Kopf soviel Obst und Gemüse wie Holland. Nicht ohne Grund wird dieses Land auch „der Garten Europas“ genannt.

Holland ist nicht nur in der Produktion von Obst und Gemüse einzigartig, auch die Art der Versteigerung, über die Agrarprodukte gehandelt werden, ist einmalig in der Welt.

Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts verlief der Verkauf von Gartenbauprodukten noch auf klassische Weise: Der Erzeuger brachte seine Ware zum Markt und bot sie dort persönlich seinen Kunden an.

Eine Zusammenarbeit von Mitgliefern gab es nicht, im Gegenteil, die Konkurrenz untereinander war groß und der Erlös, den der einzelne auf dem Markt für seine Produkte erzielen würde, war sehr ungewiß. Dies war risikoreich und trug nicht gerade

dazu bei, den Gartenbau auszuweiten. Diese „Jeder-für-sich“-Situation sehen wir heute noch in den Entwicklungsländern und in einigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Eine Wende bahnte sich in Holland im Jahre 1887 an. An diesem denkwürdigen Tag erlangte ein Gärtner in Broek op Langedijk ein neues Verkaufsverfahren. Er war an diesem Tag mit einem Boot voller Blumenkohl zum Markt gefahren und fand schnell heraus, daß seine Ware diesmal sehr stark gefragt war. Der Gärtner vermied zeitraubende Verkaufsgespräche und versuchte einen möglichst hohen Preis für seinen Blumenkohl zu erzielen, indem er eine abwärtsgehende Reihe von Preisen ausrief. An denjenigen, der als erster zuschlug, verkaufte er seine Ware.

Eine neue Verkaufsart war geboren: die Versteigerung.

Abwicklung per Computer

Angespornt durch den Erfolg dieser neuen Verkaufsweise folgten auch andere Gärtner dem Beispiel und gründeten 1887 die erste organisierte Gartenbauversteigerung. Diese örtlichen Versteigerungen arbeiteten zunächst getrennt voneinander. Im Jahre 1917 vereinigten die Erzeuger ihre Kräfte und schlossen sich zu einer landesweiten Dachorganisation zusammen, dem Zentralbüro der Gartenbauversteigerungen in den Niederlanden, CBT.

Nahm alle Obst- und Gemüseversteigerungen sind heute dem CBT angeschlossen. Die Gärtner, die Mitglieder dieser Genossenschaft sind, dürfen ihre Produkte nur über die Versteigerungen verkaufen.

Das CBT hat als Dachorganisation keine Gewinnzielsetzung. Seine Aufgaben sind die betriebswirtschaftliche und markttechnische Unterstützung der Versteigerungen, die Gestaltung einer zweckdienlichen Marketingführung für die Versteigerungen und ihre Mitglieder, und das Erzielen von Maßregeln, die den Absatz von holländischem Obst und Gemüse fördern.

Die Versteigerung findet in einer Versteigerungshalle statt, in der Re-

gel ein großer Raum mit stufenförmig versetzten Reihen von Käuferbänken. Sobald die Versteigerung beginnt, dreht sich alles um die große Uhr im Saal, über die die Preise zu standekommen. Die Uhr bestimmt den Geschäftserfolg von Händler und Erzeuger.

Das Wichtigste neben der Uhr ist für den Käufer der Knopf an seinem Sitzplatz. Ein geheimes und mit Sorgfalt eingestelltes Instrument. Dieser Druckknopf ist mit der Uhr verbunden. Mit ihm läßt der Käufer sein Gebot, und damit auch den Ankauf, im Gegensatz zum Bieten an herkömmlichen Versteigerungen (zum Beispiel von Kunstwerken) bedeu-

det das Gebot an einer holländischen Obst- und Gemüseversteigerung automatisch auch den Kauf.

In der Praxis sieht das so aus:

● An der Uhr wird die Nummer der zu versteigernden Partie (oder der zu versteigernden Blocks) angezeigt. Weitere Daten (Art, Qualität, Sortierung) können gegebenenfalls von schwarzen Schildern oder elektronischen Tafeln abgelesen werden.

● Der Versteigerer setzt die Uhr in Gang, wobei der Zeiger von 100 im Uhrzeigersinn abwärts geht.

● Sobald der Zeiger den Maximalpreis erreicht, den ein Käufer anlegen will, drückt er den Knopf. Sein Bestreben zielt darauf hin, daß sich der Zeiger so lange wie möglich dreht, er andererseits jedoch vor seinen Konkurrenten den Knopf betätigt – oft eine Sache von Sekundenbruchteilen.

● Wird im Block versteigert, dann gibt derjenige, der die Uhr zum Stillstand gebracht hat, zu verstehen, wieviel er aus diesem Block zu diesem Preis haben will. Danach wird die Uhr so oft wieder in Gang gesetzt, bis der ganze Block aufgebraucht worden ist.

● An den modernen Versteigerungen werden die Ankaufdaten über einen Computer verarbeitet. Der Computer hält automatisch die ganzen Ankaufdaten fest, belastet das Konto des Käufers und schreibt dem Konto des Erzeugers den für sein Produkt erzielten Preis gut.

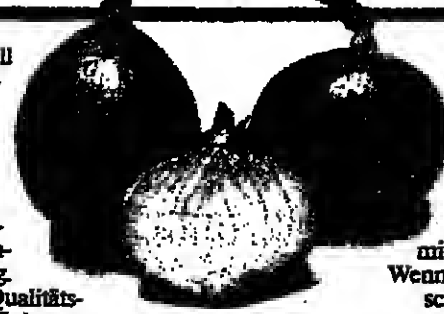
● Die Gärtner erhalten den Preis, zu dem ihre Erzeugnisse versteigert worden sind, nach dem Abzug einiger Abgaben.

Aus Holland – dem Garten Europas

Aus Holland kommen nicht nur knackig-frische Tomaten, Gurken, Paprika und Salate – das Angebot an holländischem Gemüse ist viel bunter: denn auch Spezialitäten wie Auberginen, Zucchini, Fenchel, Broccoli, Melonen, Paksoi und vieles mehr werden in Holland angebaut. Und alles kommt in der gewohnt hohen Holland-Qualität zu Ihnen. Spezialitäten mit Charakter – aromatisch, köstlich und herrlich frisch. Holland. Die Frische liegt nah.

Wenn der Abend kommt, geht Zwiebeltje auf Reisen.

Dann rollen die Laster voll geladen mit den schmackhaften Qualitätszwiebeln aus Holland in Richtung Deutschland. Sie haben sie mittags bestellt. Pünktlich am nächsten Morgen sind sie bereits in den Geschäften. In der gewünschten Menge und Sortierung. Handlich verpackt nach Qualitätsklassen. Klasse I und II NL in roten Netzen und Klasse II in gelben.



Wußten Sie übrigens schon, daß mehr als die Hälfte der in Deutschland verpeisten Zwiebeln aus Holland kommt? Und, daß in Deutschland jedes Jahr pro Kopf ca. 7 Kilo mit Gemüse verzehrt werden? Wenn Sie noch Fragen haben, schreiben Sie uns:

NIVAA - Postfach 17337 - NL - 2505 CH Den Haag